

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Schröders Logik

Es ist nicht Gerhard Schröders Art, halbherzig und zögerlich vorzugehen. Was er tut, tut er ganz. Wo er abräumt, da bleibt nichts übrig. Was er zerschlägt, geht vollständig unter. Schritt für Schritt, Stück für Stück. Ein anderer Weg steht ihm auch nicht offen. Wenn sich jemand in der Lage des Kanzlers befindet, muß er auf sozialen Kahlschlag und soziale Kälte setzen. Nur der vom Feuer eingekreiste Skorpion ersticht sich selbst. Jeder sonst auf verlorenen Posten Geratene führt einen Verzweiflungskampf bis zum Äußersten.

Schröder hat verstanden: Das System, dem er dient und auf das er setzt, ist am Ende seines Lateins. Obwohl es noch über gewaltige Ressourcen verfügt, steht ihm das Wasser am Hals. Die mächtige BRD muß den Offenbarungseid leisten und den Bankrott jener bisherigen Balance anmelden, bei der der Wolf satt und das Schaf angeblich nicht gefressen werden sollte. Damit der Wolf aber seinen Magen auch weiterhin füllen kann, muß das Schaf als der Schwächere dran glauben. Gewissermaßen scheinbarweise. Die Herrschenden brauchen den sukzessiven Bruch mit dem, was sie den Beherrschten in fetten Zeiten stets als hehre und ewige Errungenschaft der Bundesrepublik vorgegaukelt haben: Der „Sozialstaat“, dessen Halluzinationen selbst Linke erlagen, wird abgemeldet. In Wahrheit widerspiegeln sich in ihm die 40jährige Existenz des Regulators DDR, deren tatsächlich sozialstaatliche Ordnung die Kapitalisten zur taktischen Anpassung zwang. Das sozialistische Deutschland war die beste „Gewerkschaft“ der BRD.

Wenn Schröder aus seiner Haut könnte, würde er es vermutlich vorziehen, Brot und Spiele für das Volk zu veranstalten. Das Wahlvolk, versteht sich. Von der sie drückenden CDU immer weiter nach rechts gedrängt, weiß die deutsche Sozialdemokratie genau, daß für sie der Zug zunächst einmal abgefahren ist. In den Stimmlöcken der kommenden Bundestagswahl hat die SPD nichts zu erwarten. Von ihr wurde wieder einmal die Drecksarbeit besorgt. Nun schickt man sie in die Wüste.

Dabei handelt Schröder nicht bössartiger als jeder andere bürgerliche Politiker an seiner Stelle. Keiner von ihnen könnte auf die Agenda 2010 verzichten. Bössartig ist das System. Seine Trümpfe von gestern sind längst gespielt. Inzwischen werden nur noch Luschen eingefahren: Den fatalen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts verkauft man als „Nullwachstum“; das Lebensniveau der Rentner wird vorerst durch „Nullrunden“ und andere Feinheiten „abgesenkt“; auf Vermögenssteuern, die

strafrechtliche Verfolgung superreicher Steuerflüchtlinge und den bisherigen Spitzensteuersatz verzichtet man großzügig und beklagt zugleich den empfindlichen Steuerrückgang in der Bundesrepublik; die Dauerarbeitslosigkeit hat sich fast schon auf dem Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1929 eingeepegelt.

Mit dem weiteren Abstieg des Kapitalismus im Weltmaßstab konfrontiert, entwickelt Schröder seine eigene Regierungslogik. Es ist die alte Klassenlogik der Ausbeuter: Da man die „Wirtschaft“ schonen will, muß man den Arbeitern und Angestellten, den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, den Rentnern und kleinen Leuten tief in die Tasche greifen.

Wer so vorzugehen gezwungen ist, bemüht sich um die Quadratur des Kreises. Eine Lösung außerhalb des Zyklus der relativen und absoluten Verelendung wird er nicht finden. Die Krise des Systems läßt für humanitäre Pflichtübungen keinen Spielraum. Ist Schröder damit gerechtfertigt und aus dem Schneider? Nach seiner Logik ja. „Ist die Politik des permanenten Sozialabbaus tatsächlich alternativlos, wie Gerhard Schröder behauptet?“, fragte Gregor Gysi am 1. 11. 2003 im ND, ohne selbst die richtige Antwort zu wissen.

Natürlich gäbe es eine soziale und politische Alternative. Sie bestünde in radikalen Reformen, die den Weg zum Sozialismus öffnen. Das Geld, das Staat und Gesellschaft fehlt, müßte dort beschafft werden, wo es ist. Die enormen Profite, die weltweit Tag für Tag ohne einen einzigen produktiven Handschlag an den Börsen ergaunert werden, die Milliarden Gewinne der Pharmaindustrie (wieso kostet eigentlich eine Schachtel Kopfschmerztabletten acht bis zehn Euro?), der Kreditinstitute und Versicherungskonzerne, der Industrie- und Handelsgiganten müßten der Allgemeinheit zugute kommen. Dazu bedürfte es freilich anderer Macht- und Eigentumsverhältnisse, einer anderen Rechtsordnung.

Wir, die wir vier Jahrzehnte sozialer Freiheit im Sozialismus erlebt haben, kennen die wahren Quellen gesellschaftlicher Akkumulation, die dem Budget der DDR vor allem aus der vergesellschafteten Produktion – aus volkseigenen Betrieben und Genossenschaften – zuflossen. Das geschah allerdings unter den Bedingungen einer gerechten Gesellschaftsordnung, die den durch Konterrevolution und Annexion wiederhergestellten kapitalistischen Verhältnissen um eine ganze historische Epoche voraus war. **Klaus Steiniger**



INHALT

Nicht nur Wut im Bauch, auch Klarheit in den Köpfen ist nötig!	S. 2
„RotFuchs“-Kessel in Dresden	S. 2
Vom Spartakusbund zur KPD	S. 3
Zum 50. Pioniergeburtstag	S. 4
Chemnitzer Programmparteitag - schwere Niederlage für PDS-Linke	S. 5
Was die Basis denkt	S. 6
Zwei Linien in der DKP	S. 7
Rückkehr der Feudalen nach M-V: Schweriner Hofknicks	S. 8
War das keine Konterrevolution?	S. 8
Kolonialpolitik fällt den Palast	S. 9
Archie und die Sicherheitsfrage	S. 10
ND-Reporterin Christina Matte: „Eindampfen“ von 430 Arbeitern	S. 10
Diether Dehm exklusiv: Platzpatronen der Stasi-Jäger	S. 11
Kein Totalabriß in Marzahn-Nord	S. 12
Nein zum „Vertriebenenzentrum“	S. 13
Im Spiegel der zehn Gebote (3)	S. 14
Schill ohne Schill	S. 15
Weg eines Leuna-Ingenieurs	S. 16
J. Mitdank zur Berlin-Politik	S. 17
Reform und Revolution	S. 18
Zum Tod von Vera Pickova	S. 18
Gabi Zimmer belehrt Castro	S. 19
Gramscis Erfahrungen	S. 20
RF kommentiert: Zweierlei Maß/ Kriegsverbrecher unter sich	S. 21
Wie Mao das Manifest entdeckte	S. 22
Rußland: Wahlbündnis der kommunistischen Parteien	S. 23
Wandlungen in der Nationalen Befreiungsfront Nikaraguas	S. 24
Brasilien Lula in Havanna	S. 24
Brief aus Wroclaw (Letzter Teil)	S. 25
Zum 125. Geburtstag von Berta Lask	S. 26
Faschistisches Schmierstück auf Erlanger Bühne	S. 26
Sanary - du - Mer: Hauptstadt der Emigranteliteratur	S. 27
Meine Freundin Betty	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

Nicht nur Wut im Bauch, auch Klarheit in den Köpfen ist nötig!

„Es reicht! Widerstand tut not!“ Diese Schlagzeile einer linken Tageszeitung trifft ins Schwarze. Die an der Macht befindlichen Sozialdemokraten und Grünen, in zwei Ländern assistiert von der PDS, realisieren Schritt für Schritt das Maximalprogramm des Kapitals. Die „Opposition“ taktiert, weil ihr alles nicht weit genug geht. „Agenda 2010“ heißt die Hauptdevise. Man will den „Sozialstaat“ beerdigen. Brutaler Abbau sozialer Errungenschaften steht auf der Tagesordnung. Niemand, außer den Reichen dieses Landes, kann noch hoffen, daß es ihn nicht trifft. Keiner wird verschont bleiben. Und ein Ende des Raubzuges ist nicht in Sicht. Es steht außer Zweifel, daß den kommenden Generationen noch weit schlimmere soziale Grausamkeiten bevorstehen.

Wo ist der Widerstand dagegen? Sicher gab und gibt es Protestaktionen. Die Auflehnung nimmt sogar zu. Doch vergleicht man sie mit dem machtvollen Auftrumpfen in anderen Ländern, deren Völker von den gleichen Räubern ausgepowert werden, dann stehen wir erst am Anfang. In Italien und Frankreich kam es zum Generalstreik. Oder wenn wir auf Bolivien schauen, dann wissen wir, wie selbstbewußter, kämpferischer Widerstand gegen den Kapitalismus aussieht.

„Die Wut wächst“, wird in einer Zeitung festgestellt. Das stimmt. Doch warum entläßt sie sich nicht in noch wirkungsvollerem, ständigem Massenprotest? Wut im Bauch heißt noch nicht Klarheit im Kopf, gewonnen aus Erfahrung und gepaart mit entschlossenem Handeln. Vor allem gilt es, den Propagandaschleier der Ausbeuterideologie zu zerreißen. Er verhüllt den wahren Charakter des allein auf Profitmaximierung gerichteten Sozialabbaus. Er erzeugt trügerische Hoffnungen, daß es bei einer „Belebung der Konjunktur“ wieder besser werden könnte.

Das kapitalistische System bewegt sich chronisch und weltweit am Rande des Krisenniveaus. Es ist in seiner Endphase angekommen, auch wenn sich diese noch eine Weile hinziehen kann. In der rücksichtslosen Ausplünderung der Massen sieht es den einzigen Ausweg. Das Neue: Die Metropolen sollen schrittweise auf den Stand schwächer entwickelter Länder zurückgefahren werden. Man muß nur genau hinhören, wenn sich die Unternehmerbosse, die Hundts und Rogowskis, äußern. Sie wollen noch mehr. Flächentarifverträge, Streikrecht, garantierte Arbeitszeiten, Kündigungsschutz sind ihnen ein Graus. Da ist Durchblick erforderlich, Aufklärung ein Imperativ.

Ein Grund dafür, daß Protest und Widerstand vorerst nicht die notwendige Breite und inhaltliche Tiefe erreichen, besteht in der SPD-Abhängigkeit der meisten Gewerkschaftsführer. Statt sich mit den großen Verbänden an die Spitze zu stellen und alle geeigneten Kampfmittel einzusetzen, reden sie davon, daß „lokale“ und „regio-

nale“ Aktionen richtig seien und „rechtlich abgesichert“ werden müßten. Die Angst vor Repressalien der Ausbeuter und ihres Staates tut das übrige.

Die 100 000 Demonstranten, die am 1. November in Berlin auf die Straße gingen, gaben ein erstes wichtiges Signal. Ihr Aufmarsch machte Mut. Manche werten ihn sogar als Beginn des Umschlagens in



Die bolivianischen Mineros schickten Präsident Losada ins USA-Exil

„RotFuchs“-Kessel in Dresden

Der „RotFuchs“ hatte eingeladen, und über 50 Genossen linker Parteien und Organisationen sowie Parteilose aus Dresden und Umgebung, aus Kamenz, Bautzen und der Sächsischen Schweiz kamen zur ersten RF-Leserkonferenz in der Elbestadt. Als Gäste aus Berlin waren Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger und Vertriebsleiter Armin Neumann zugegen. Der Gesellschaftsraum in der Schlüterstraße hatte sich am 30. 10. bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einleitenden Bemerkungen von Klaus Steiniger entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion. Einmütigkeit bestand zu folgenden Aussagen: Eine starke linke Kraft ist für Deutschland eine objektive Notwendigkeit. Der „RotFuchs“ bildet einen Kristallisationspunkt auf dem Weg dorthin und wird zur politischen Heimat für viele Genossen mit und ohne Parteibuch. Er bestärkt sie in ihrer marxistischen Grundhaltung und gibt ihnen Argumente für die Auseinandersetzung mit gegnerischen Auffassungen. Die DDR war bei allen Problemen und Defiziten die größte Errungenschaft in der deutschen Geschichte. Es ist notwendig, den „RotFuchs“ weiter zu stärken und zu verbreiten.

In der Diskussion betonte Heinz Müller, daß viele PDS-Mitglieder für eine starke politische Linke unverzichtbar seien und nicht ausgegrenzt werden dürften. Prof. Horst Schneider erinnerte an den vor 100 Jahren in Dresden unter August Bebel abgehaltenen SPD-Parteitag, auf dem der Revisionismus eine Niederlage erlitt. Mit Hinweis auf den jüngsten PDS-Parteitag zog er eine Bilanz dieses Ereignisses. Zunächst unterschiedliche Auffassungen wurden in der Beurteilung der heutigen

eine neue Qualität des Massenwiderstandes. Nicht wenige fragen: Kann man das Räderwerk des Sozialabbaus doch noch stoppen und das, was von Schröder „auf den Weg gebracht“ wurde, im letzten Augenblick abfangen? Beginnt jetzt etwa die „heiße Phase“?

Man sollte es hoffen. Aber der Beweis steht noch aus. Obwohl diese Demonstration einen Verblüffungseffekt erzielte – alle Sender vermerkten in ihren Nachrichtenprogrammen nicht zufällig die Tatsache an erster Stelle, daß es fünfmal so viel Teilnehmer wie erwartet gegeben habe –, folgt der Kanzler weiter seinem Motto: „Augen zu und durch!“ Der Kampf gegen die „Agenda 2010“ braucht mehr als Trillerpfeifen und treffsichere Sprüche. Appelle an den „Gerechtigkeitssinn“ der Herrschenden sind illusionär. Permanenter und gesteigerter Druck im ganzen Lande, zentral und lokal, koordiniert und vernetzt, ist das Erfordernis des Tages. Was wäre, wenn auch die Deutschen lernten, mit ihren Machthabern Französisch, Italienisch oder bolivianisches Spanisch zu sprechen? Der Anfang ist gemacht. Der 1. November hat uns um eine Erfahrung bereichert. Dennoch sollten wir die Tatsache im Auge behalten, daß die Voraussetzungen für gerechte gesellschaftliche Verhältnisse, in denen das Kapital nicht mehr dominiert, erst noch in einem langen und schweren Kampf geschaffen werden müssen.

Dieter Itzerott

Haltung ehemaliger Angehöriger der NVA sichtbar. Man verständigte sich darauf, daß sich ein Teil der Offiziere politisch bedeckt hält, während andere das aktive Engagement gewählet haben. Oberst a. D. Günter Strobel erinnerte daran, daß er den „RotFuchs“ als inhaftierter Offizier der Grenztruppen erstmals im Gefängnis kennengelernt habe. Die Diskussion ergab, daß man Pauschalurteile unbedingt vermeiden sollte. Genosse Dr. Peter Fisch forderte, bei der Darstellung des Einigen im „RotFuchs“ auch Widersprüche nicht auszuklammern, da Einheit und Auseinandersetzung zwei Seiten einer Medaille seien. Bei der Verwendung der Begriffe Pluralität und Pluralismus gehe es um ein klassenmäßiges Herangehen, wurde festgestellt.

Klaus Steiniger nannte in seinen Schlußbemerkungen folgende Hauptziele: die Zeitung „RotFuchs“ abzusichern, zu verteidigen und zu verbreiten; politische Bildungsveranstaltungen durchzuführen, um viele einzubeziehen und Kader zu entwickeln; mehr Jugendliche und Frauen müßten für die Arbeit gewonnen werden. Ein Höhepunkt der fast dreistündigen Veranstaltung war der Auftritt von Mitgliedern des Dresdner Singclubs „Ernesto Che Guevara“, die sich als dem „RotFuchs“-Lager zugehörig zu erkennen gaben. Ihre Lieder wurden mit großer Begeisterung aufgenommen.

Versammlungsleiter Ferdinand Goldscheid konnte zum Abschluß die Gründung der Regionalgruppe Dresden des RF-Fördervereins unter Leitung von Günter Strobel bekanntgeben.

Lothar Neumann, Dresden

Aus den Erinnerungen von Wilhelm Pieck

Vom Spartakusbund zur Gründung der KPD

Am Montag, dem 11. Nov. (1918 – die Red.), fand im Hotel „Excelsior“ am Anhalter Bahnhof, wo Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wohnten, eine Sitzung statt, in der die Zentrale des Spartakusbundes gebildet wurde. Die Spartakusbewegung hatte während des Krieges einen solchen Umfang angenommen, daß Leo Jogiches vorschlug, den bisherigen Namen „Gruppe Internationale (Spartakusgruppe)“ in „Spartakusbund“ umzuändern. Der Bund war aber noch keine Partei, sondern seine Mitglieder gehörten organisatorisch zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er war jedoch innerhalb dieser Partei eine geschlossene Propagandavereinigung.

Die Spartakuszentrale wurde aus dreizehn Genossen gebildet, an deren Spitze Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Leo Jogiches standen. Außerdem gehörten der Zentrale noch an: Ernst Meyer, Hermann und Käthe Duncker, Wilhelm Pieck, Hugo Eberlein, August Thalheimer, Paul Levi, Willi Budich und Paul Lange. Jedem dieser Genossen wurde eine bestimmte Arbeit überwiesen. Für die Redaktion wurden vor allem die Genossin Luxemburg und Liebknecht bestimmt. Jogiches übernahm die Reichsagitation, Pieck die Groß-Berliner Agitation, Eberlein die Geschäftsführung, Budich die Soldatenagitation, und den beiden Dunccker wurde die Frauen- und Jugendagitation überwiesen.

Für das Zentralbüro des Spartakusbundes wurde in einem Hotelgebäude in der Wilhelmstraße 114 eine aus sieben Zimmern bestehende Etage gemietet, wo auch die Redaktion der „Roten Fahne“ untergebracht wurde. Aber diese Räume erwiesen sich sehr bald als zu klein, auch drängte der Hausbesitzer wegen des großen und ziemlich geräuschvollen Verkehrs, der sich in dem Hause entwickelte, auf Verlegung des Büros. Es wurden dann die in der Friedrichstraße 27 gelegenen früheren Büroräume der russischen Telegrafagentur übernommen, die ihre Tätigkeit mit der Ausweisung der sowjetrussischen Botschaft am 5. November einstellen mußte. Die Büroräume des Roten Soldatenbundes wurden nach der Besselstraße verlegt, und nur die Redaktion verblieb in der Wilhelmstraße. Außerdem wurden im Hotel „Askanischer Hof“ in der Anhalter Straße mehrere Zimmer belegt, die als Redaktionsräume Verwendung fanden.

Da die USPD-Führer in keiner Weise gegen den von der Regierung unternommenen Angriff auf die Matrosen Stellung nahmen und auch keine Anstalten machten, deshalb aus der Regierung auszutreten, wurde der Spartakusbund zum völligen Bruch mit den USPD-Führern genötigt.

Der Tätigkeit des Genossen Jogiches war es gelungen, in diesen Wochen mit allen Bezirken des Reiches Verbindung aufzunehmen und so auch die Voraussetzungen

für eine Reichsorganisation des Spartakusbundes zu schaffen. Fortgesetzt hielt er Besprechungen, mit Vertretern der Bezirke ab, um auch im Reich der Spartakusbewegung einen starken organisatorischen Rückhalt zu verschaffen. Zu den stärksten Bezirken gehörten neben Berlin das Ruhrgebiet, Chemnitz, Niederrhein, Wesserkante, Nordwest, Hessen-Frankfurt, Stuttgart, Braunschweig, Oberschlesien, Leipzig, Dresden, Thüringen, Ostpreußen, Magdeburg und Bayern.

Immer stärker trat die Auffassung hervor, daß die Gründung einer eigenen Partei notwendig sei, um die Bewegung auch



organisatorisch mehr zu festigen. Leo Jogiches und auch Rosa Luxemburg konnten sich aber mit diesem Gedanken wenig befreunden. Sie suchten vielmehr ihr altes Ziel zu erreichen, innerhalb der USPD die Arbeiter so stark zu beeinflussen, daß die Politik des Spartakusbundes in der USPD durchgesetzt würde und die Führung der Partei in die Hände von Spartakus käme. Die Voraussetzung dazu erblickten sie darin, daß ein Reichsparteitag der USPD einberufen würde, um zu der Politik der USPD-Führer Stellung zu nehmen.

Da bis zum 25. Dezember eine Antwort der USPD-Führer auf unsere Forderung nach Einberufung des Parteitages nicht erfolgte und sie am 24. Dezember in der „Freiheit“ erklärten, daß sie den Parteitag wegen Verkehrsschwierigkeiten und wegen der Wahlagitation nicht abhalten könnten, wurde die Einberufung einer Reichskonferenz des Spartakusbundes auf Sonntag, den 29. Dezember, festgesetzt.

Am Sonntag, dem 29. Dezember, traten im Festsaal des Landtages 83 Vertreter aus 46 Orten, 3 Vertreter des Roten Soldatenbundes, 1 Vertreter der Jugend und 16 auswärtige Gäste zu der Reichskonferenz des Spartakusbundes zusammen, die um halb zehn Uhr vormittags begann. Die Tagung am Sonntag war nicht öffentlich, um zunächst zu beraten, ob zur Gründung einer eigenen Partei geschritten werden sollte. Nach kurzer Debatte wurde gegen

drei Stimmen die Gründung der Partei beschlossen. Über den Namen der Partei gab es einige Meinungsverschiedenheiten, wobei Rosa Luxemburg und Leo Jogiches für den Namen Sozialistische Arbeiterpartei waren, während eine Anzahl anderer Delegierter für den Namen Kommunistische Partei Deutschlands eintrat. Es wurde deshalb eine Kommission eingesetzt, die sich nach längerer Diskussion für den letzteren Namen mit dem Zusatz „Spartakusbund“ entschied.

Am Montag, dem 30. Dezember, begannen die öffentlichen Verhandlungen des Parteitages. Karl Liebknecht hielt das Referat über die Krisis in der USPD und die Gründung der KPD. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde ohne Debatte beschlossen. Zur Organisationsform wurde hervorgehoben, daß sich die Parteiorganisation im Gegensatz zur sozialdemokratischen Wahlvereinsorganisation auf den Betrieben aufbauen müsse und daß „kommunistische Gemeinschaften“ in den Betrieben geschaffen werden müßten. Die Obleute der Betriebe sollten den Funktionärkreis des Ortes bilden, der die Ortsleitung zu wählen habe.

Am Dienstag, dem 31. Dezember, wurde die Konferenz durch das Referat der Genossin Luxemburg über das Parteiprogramm eingeleitet. Alle dazu eingereichten Anträge wurden einer Kommission von 25 Genossen überwiesen. Das Parteiprogramm wurde einstimmig angenommen. [...]

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands rief die Gegner der Arbeiterklasse auf den Plan. Die Mordhetze gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurde offen betrieben, Plakate in den Straßen forderten zu ihrer Ermordung auf. Bei den Soldaten wurden Kopfpreise auf die beiden Führer der Spartakusbewegung ausgesetzt. Sie wurden als die Urheber allen Unheils bezeichnet, ihre Beseitigung als die Behebung allen Elends hingestellt. [...]

Spartakus – das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus – das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfbewusstheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!

Karl Liebknecht in „Die Rote Fahne“, Nr. 15, 15. Januar 1919

Zum 50. Pioniergeburtstag

12. Dezember 1956. In einer Dorfschule in Mecklenburg werden 20 Kinder – darunter auch ich – in die Pionierorganisation aufgenommen. Eltern sind gekommen, eine alte Genossin überreicht uns das Pionierabzeichen, jeder erhält sein blaues Halstuch – ein Moment, der mir bis heute in Erinnerung geblieben ist. Im Osten Deutschlands gerät so etwas fast zu einem Ortsereignis. Zumindest laufen Erstkläßler an diesem Tag mit ihren Halstüchern von Tür zu Tür und zeigen stolz, daß sie den Knoten schon ganz allein binden können.

Acht Jahre zuvor, am 11./12. Dezember 1948, beschließt die 17. Tagung des Zentralrats der FDJ die Gründung des Verbandes der Jungen Pioniere als einheitliche demokratische Massenorganisation der Kinder. In der Entschließung heißt es: „Mit der fortschreitenden Festigung der demokratischen Errungenschaften in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ... vollzieht sich eine grundlegende Änderung der Stellung des Kindes in der Gesellschaft. ... Der Entwicklung und Förderung des Kindes gebührt die ganze Liebe und Fürsorge der demokratischen Öffentlichkeit. ...“

Die gesellschaftlichen Veränderungen erforderten die Schaffung dieser Organisation. Sie entstand aus der Kindervereinigung der Freien Deutschen Jugend, die als antifaschistisch-demokratischer Verband bereits im Mai 1947 gegründet worden war. Diesen gab es sowohl im Wohngebiet als auch an Schulen. In kurzer Zeit gelang es, mehr als 180 000 Mädchen und Jungen zu erreichen.

Ein kleiner Blick in die Chronik der Anfangszeit genügt, um sich ein Bild von der Größe der damals verwirklichten Aufgaben zu machen: Im Mai 1949 wird in Berlin das Haus der Kinder (später Zentralhaus der Jungen Pioniere) eingeweiht. Einen Monat später entsteht der Kinderbuchverlag. Nach einem weiteren Jahr, im Mai 1950, eröffnet der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, den Pionierpark „Ernst Thälmann“ in der Berliner Wuhlheide. 20 000 Kinder aus dem ganzen Land sind gekommen und bevölkern eine riesige Zeltstadt. Am 1. Juni 1950 wird zum ersten Mal der Internationale Kindertag begangen. Im Sommer des gleichen Jahres startet die erste große Ferienaktion, an der sich mehr als eine halbe Million Kinder beteiligen. 150 000 von ihnen verbringen erlebnisreiche Wochen in zentralen Pionierlagern, die übrigen nehmen an der örtlichen Feriengestaltung teil. Am 16. Juli 1952 findet die Einweihung der Pionierrepublik am Werbellinsee statt. Ihr wird der Name „Wilhelm Pieck“ verliehen. 500 Kinder können in Durchgängen ganzjährig dort spielen, lernen, sich erholen. Im Sommer wird dieser Ort ein internationales Kinderlager. Vom 18. bis zum 25. August 1952 findet in Dresden das erste Pioniertreffen statt. Der Verband trägt von nun an den Namen Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. In kurzer Zeit wurde geschaffen, was über die folgenden Jahrzehnte Bestand

hatte. Insbesondere außerschulische Einrichtungen und Ferienlager gehörten zu den wichtigsten Objekten, die mit großer Kraftanstrengung überall entstanden. Am Ende zählte man in der DDR insgesamt 49 zentrale sowie rund 5 000 andere Lager, die in Verantwortung von volkseigenen Betrieben und Genossenschaften geführt wurden. Nahezu eine Million Kinder und Jugendliche konnten dort alljährlich ihre Ferien verleben. (Für eine Übernachtung in der Jugendherberge bezahlten Schüler und Lehrlinge 25 Pfennig!) Großer Beliebtheit erfreuten sich die Stationen Junger Techniker und Naturforscher, die Touristikzentren und Pionierhäuser. Es war nicht schwer, sich für irgendeine der zahlreichen Arbeitsgemeinschaften oder Zirkel in diesen Einrichtungen einzutragen. Es gab sie in allen Kreisen und Bezirken!

Die Pionierorganisation, der auf freiwilliger Basis Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren angehörten, hatte ihren Platz an der Schule. Damit hielt etwas ganz Neues Einzug in das Bildungswesen, das es bis dahin noch nicht gab: Eine Kinderorganisation fühlte sich für das Lernen aller Schüler mitverantwortlich. Es ging um gute Leistungen im Unterricht, um Ordnung und Disziplin, um das Anfertigen der Hausaufgaben. Die Bildung von Lernaktiven, das Organisieren von Wissenswettbewerben u. ä. war Sache der Pioniere.

Die politische Organisation der Kinder verstand sich aber nicht als verlängerter Arm der Schule. Sie entwickelte ein Eigenleben, das prägend das Fühlen und Handeln vieler Kinder beeinflusste. Von ihrem Hauptanliegen, junge Menschen zu erziehen, die sich bewußt und engagiert für ihre sozialistische Heimat einsetzten und sie schützten, die aktive Solidarität übten und die Völker anderer Länder achteten, waren alle Aktivitäten bestimmt. So gehörte es einfach dazu, daß Kinder in unserem Land Friedenslieder lernten.

Freizeit an den Schulen zu verbringen, war nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sie wurde von den meisten auch als interessantes Abenteuer und Chance erlebt, die eigenen Talente und Begabungen zu entwickeln: Aus den Schülern am Vormittag wurden nach dem Unterricht junge Techniker, Funker, Zoologen, Astrologen, Naturforscher, Künstler, Historiker, Literaten ... Rückblickend ist die außerordentliche Vielfalt der Aktivitäten im Pionierverband kaum überzubewerten. Der Bezug auf die erfolgreiche Spartakiadebewegung – 1951 (!) fanden in Oberhof übrigens die ersten Wintersportmeisterschaften statt – soll genügen, um anzudeuten, wie umfassend Pionierleben war. Daß mir die Freude daran nie verlorengegangen ist, hat damit zu tun, daß unsere Initiative und Eigenverantwortung zielgerichtet und systematisch gefördert wurden. Später, als ich selbst leitend in der Pionierorganisation tätig war, habe ich erfahren, wie schwer es offensichtlich fiel, gerade diesem Prinzip überall gerecht zu werden.



1988 wurde das letzte, das VIII. Pioniertreffen in Karl-Marx-Stadt durchgeführt. Mehr als 1 300 Veranstaltungen und Begegnungen, ein Friedensmarsch durch 20 Kreise des Bezirkes, Ehrungen antifaschistischer Widerstandskämpfer, Exkursionen in 200 Kombinate, Betriebe und wissenschaftliche Einrichtungen, eine große Demonstration, ein Kosmonautenfest und vieles andere gehörten zu seinem Programm. Das alles wurde nur durch die Hilfe der gesellschaftlichen Kräfte möglich. Deren Unterstützung, die es übrigens von Beginn an gab, kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Brigaden aus Industrie und Landwirtschaft, Kulturschaffende, Künstler, Wissenschaftler, Veteranen waren Partner der Kinder. Stellvertretend für sie alle sei an den Verlag Neues Leben erinnert, dessen 1950 veröffentlichtes Buch „Timur und sein Trupp“ von Arkadi Gaidar eine über Jahrzehnte andauernde Pionierbewegung auslöste. Ich sehe noch heute die Gesichter jener Alten vor mir, denen wir halfen, die Mühen des Alltags zu bewältigen.

Das war so zu Zeiten der DDR. Heute bleiben Solidarität und Mitmenschlichkeit auf der Strecke. Die alte Generation soll es am liebsten gar nicht mehr geben, und die Kinder werden, wie zu Zeiten des legendären Edwin Hoernle, des Nestors der kommunistischen Kinderbewegung in Deutschland, wieder „vergiftet durch den Geist bürgerlicher Raffgier, Heuchelei, Tücke und Gewalttat. ... Er spricht zu ihnen aus Büchern, Zeitungen, Plakaten, Kinos, aus dem Munde der Erwachsenen, aus allen Einrichtungen des privaten und des öffentlichen Lebens.“ Die Antwort der Genossen damals bestand in der Bildung von kommunistischen Kindergruppen. Ist es nicht an der Zeit, an diese Tradition wieder anzuknüpfen? **Bruni Steiniger**

Unsere Autorin war Kreisvorsitzende der Pionierorganisation in Werdau und später 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt.

In Chemnitz wurde nach Godesberger Noten gespielt

Schwere Niederlage für PDS-Linke

Mit der Annahme des vom rechtsopportunistischen „Reformflügel“ formulierten Parteiprogramms kappte der Chemnitzer PDS-Parteitag die Wurzeln zur Geschichte und zu den theoretischen Fundamenten der Partei – und erklärte statt dessen deren Verzicht auf eine eigenständige politische Zukunft zum Programm. Damit wurde der seit 1990 betriebene Umwandlungsprozeß der PDS in eine sozialdemokratisch verfaßte Beliebigkeitspartei programmatisch abgeschlossen.

Der Bruch mit dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin ist vollzogen. Die PDS bekennt sich nun trotz einiger kapitalismuskritischer Schnörkel zur „Marktwirtschaft“ mit „sozialem“ Etikett. Sie akzeptiert Profitstreben (und die davon nicht zu trennende Ausbeutung) als unverzichtbare gesellschaftliche Triebkraft. In der Eigentumsfrage rückt sie von jenen Positionen ab, durch die sich der Sozialismus grundsätzlich vom Kapitalismus unterscheidet. Denn nur durch die Überwindung des Privateigentums an den (maßgeblichen) Produktionsmitteln können die alten Produktionsverhältnisse aufgehoben werden. Und in der Friedensfrage distanziert man sich von der bisherigen, in Münster beschlossenen prinzipiellen Verneinung von Auslandseinsätzen. Wenn die UNO ...

An die Stelle wissenschaftlicher Erkenntnis tritt mit dem neuen Programm eine „Freiheits- und Menschenrechtslyrik“, die „frei in Raum und Zeit schwebend“ jedermanns Interessen zu bedienen verspricht, also ein modernes Märchenbuch für Naive darstellt.

Konsequent linke Kritiker bewerten das Ergebnis von Chemnitz völlig zu Recht als das „Bad Godesberg der PDS“. Bestätigt ist Oskar Lafontaines Voraussage, daß sich die PDS mit diesem Programm als eine sozialdemokratische Partei konstituieren werde. Und ebenso zutreffend kommentiert – mit sichtlicher Befriedigung – die bürgerliche Presse diese Zäsur als „Abkehr vom Antikapitalismus“. Als Alternativkraft zur bestehenden Ausbeutergesellschaft kommt die PDS also nicht mehr in Betracht. Einstige Hoffnungen, daß sie dazu werden könnte, sind nun passé.

Daran ändert sich auch nichts dadurch, daß es in dieser Partei nach wie vor ein beträchtliches Potential an marxistisch gebildeten, subjektiv ehrlichen Sozialisten und Kommunisten gibt. Es ist bitter, aber Tatsache, daß sie nicht die Kraft aufbrachten, die nötig gewesen wäre, den opportunistischen Verfall ihrer Partei aufzuhalten und sie, wie auf dem Geraer Parteitag ansatzweise versucht wurde, wieder in sozialistische Bahnen zu lenken. Die Parteimitgliedschaft wäre die einzige Barriere gewesen, die die Preisgabe des vom bisherigen Programm umrissenen Charakters der PDS hätte verhindern können. Dazu wäre entschlossener Wi-

derstand gegen die „Reformer“-Fraktion an der Parteispitze nötig gewesen. Die Mehrheit der Mitglieder vermied aber den Kampf. Es blieb bei gelegentlichen Unmutsäußerungen über den Kurs der Führung. Solches Stirnrunzeln wich jedoch in aller Regel rasch dem Bedürfnis nach innerparteilicher Harmonie.

Insofern konnte, was sich in Chemnitz dann abspielte, ebenso wenig überraschen wie die lammfromme Hinnahme des Resultats durch die Parteibasis.

Die „Reformer“ als Gewinner der innerparteilichen Flügelkämpfe verzichteten darauf, ihrem im Zeichen eines vorgegaukelten Zentrismus errungenen Triumph allzulaut Ausdruck zu geben. Bisky, ihr derzeitiger Vormann, beschränkte sich auf die für alle PDS-Mitglieder hoffnungsfrohe Botschaft, damit sei „ein wichtiger Schritt zurück in die Politik“ vollbracht. Wie trügerisch solche Hoffnung jedoch ist, erwies sich am selben Tag bei den Brandenburger Kommunalwahlen, also in dem Land, wo Bisky den Fraktionsvorsitzenden gibt. Dort wurde die PDS zwar nicht so kräftig gerupft, wie ihr Wunschpartner SPD; sie verlor nur etwa 0,2 % gegenüber den vorangegangenen Kommunalwahlen. Doch gemessen an der absoluten Zahl von Wahlberechtigten mußte auch sie beträchtliche Einbußen hinnehmen. Ihr Anteil ging von 16,8 auf 9,8 % zurück. Aufgrund der hohen Wahlabstinz verlor sie fast 42 % ihrer Wähler. Dennoch wurde versucht, das Wahlergebnis als Erfolg auszugeben. So z. B., indem der in Frankfurt/Oder mit über 33 % erzielte PDS-Sieg als zukunftsträchtiges Signal für die Gesamtpartei bezeichnet und zugleich die Tatsache kaschiert wurde, daß in dieser Stadt zwei Drittel der Wähler den Urnen fernblieben und damit ihr Nein zur hiesigen Fassadendemokratie verdeutlichten. Kurzum: Zustimmung erhielt die PDS tatsächlich nur von etwa 11 % der Frankfurter Wähler. Soll das die „Rückkehr in die Politik“ sein?

Im kommenden Jahr wird die PDS vor gewichtigeren Bewährungsproben stehen: den Europawahlen sowie Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Jetzt schon sind selbst aus den oberen Partei-Etagen Warnrufe zu hören, die zwecks Mobilisierung der Basis ertönen. Wenn, so die Botschaft, diese Wahlen für die Partei mit einem ähnlich blamablen Ergebnis ausgingen wie die Bundestagswahl 2002, habe sich das „Projekt PDS“ erledigt ...

Andererseits verweisen Parteirechte auf den nach Chemnitz vermeldeten Anstieg bei Umfragen bis auf 5 %. Betrachten etwa bisherige SPD-Wähler, die ihrer zur zweiten CDU mutierten Stammpartei enttäuscht den Rücken gekehrt haben, die PDS jetzt als die neue Sozialdemokratie, die SPD von gestern? Bisky meint offenbar, Absage an den Sozialismus bringe Wahlheue ein.

Genau diese Politik wurde in Chemnitz zum Parteiprogramm erhoben! Zudem macht auch die politische Praxis deutlich, daß all die hehren Worte der PDS-Oberen vom Eintreten für soziale Gerechtigkeit in den Wind gesprochen sind, sobald die Partei einige ihrer Spitzenleute auf Ministeresseln plazieren kann: In Berlin wie in Schwerin ist die PDS als Juniorpartner der SPD Mittäterin beim rigorosen Sozialabbau. Als Partei, die das Wort „Sozialismus“ nur noch pro forma in ihrem Namen führt, verliert sie mit der Absage an ihre eigene Geschichte nicht nur unverwechselbares Profil, sondern zugleich ihre Zukunft.

Die marxistische Linke in der PDS hat in den vergangenen Jahren immer wieder davor gewarnt, daß der Kurs der „Reformer“ in die Sackgasse der Perspektivlosigkeit führt. Um so erstaunlicher ist, daß sie – von beherzten 38 Neinstimmen abgesehen – die Dinge in Chemnitz faktisch widerstandslos laufen ließ. Ruhiggestellt durch einige, meist beliebig interpretationsfähige Umformulierungen – „Zugestände“ der Parteiführung um den die „Einheit“ verkörpernden „Zentristen“ Bisky – akzeptierte sie nur noch leise murrend den Programmentwurf oder begnügte sich mit Stimmenthaltung.

Zweifel ergaben sich aus der nicht nachvollziehbaren Positionierung, die prominente Vertreter der Linken in und nach Chemnitz vornahmen. Wenn Sahara Wagenknecht, durch niveauvolle marxistische Publikationen und als Politikerin von Rang ausgewiesen, nunmehr das im Grunde antimarxistische Programm als irgendwie doch erträglich verharmloste und sich der Stimme enthielt, statt dagegen zu votieren, wenn ein wegen couragierter Aufmüppigkeit als Parteivize geschätzter Diether Dehm gleichfalls in braves Wohlverhalten wechselte, dann ist das ein Vorgang, der als einzige „echte Überraschung“ der Chemnitzer Tagung vermerkt wurde. Die von Sahara Wagenknecht als Rechtfertigung ihres Verhaltens bemühte (und von anderen Linken geteilte) Auffassung, sich damit Möglichkeiten zu erhalten, Änderungen in der PDS zu bewirken, wird durch die Praxis ad absurdum geführt: Nicht die Wagenknechts und Dehms verändern die PDS, sondern offenkundig verändert die PDS linke Kritiker in ihren Reihen.

In einer Situation, da sich hierzulande die sozialen Konflikte weiter zuspitzen und das Agieren eines konsequenten, kämpferischen, bündnis- und bündelungsfähigen Faktors auf der Linken immer dringender wird, tragen auch die Marxisten in der PDS eine große Verantwortung. Werden sie gemeinsam mit anderen fähig und willens sein, trotz ihres in Chemnitz gezeigten Formtiefs zu den Impulsgebern für eine solche Kraft zu gehören? Die Antwort duldet keinen Aufschub. **Wolfgang Clausner**

Wie ein kritischer PDS-Genosse die Stimmung an der Basis beurteilt

Der kleinste gemeinsame Nenner

Nachdem 1990 die SED zur PDS umgemodelt worden war, gab es in unserer damaligen Basisorganisation 24 in Berlin-Prenzlauer Berg noch 84 Mitglieder. 13 von ihnen sind inzwischen verstorben. Übriggeblieben aber nur noch acht, von denen sieben Beitrag zahlen. 63 Genossen, darunter etliche, die der Partei seit Jahrzehnten die Treue gehalten hatten, sind aus Enttäuschung, Empörung und Verbitterung über die Politik der PDS-Führung ausgetreten. Besonders die denunziatorischen Erklärungen zum Vereinigungsparteitag von 1946, zum 17. Juni und zum 13. August, aber auch der „Sonderparteitag“ mit dem Wegputschen des in Gera gewählten Parteivorstandes spielten dabei eine Rolle. Dringeblieden sind vorerst noch solche Genossen, die die Hoffnung nicht aufgegeben haben, daß die PDS Antikriegspolitik betreibt und daß man über sie doch noch etwas – vor allem im kommunalen Bereich – an sozialer Verschlechterung aufhalten könne; viele Verbliebene halten die „Reformpolitik“ der PDS-Führung für das derzeit „Machbare“ und wollen ihr deshalb „nicht noch Knüppel zwischen die Beine werfen“. Den langjährigen Programmstreit empfanden gerade sie meist als wenig an der Wirklichkeit orientierte, eher intellektuelle Rechthaberei der Beteiligten. Dementsprechend lautet die Reaktion auf den Chemnitzer Parteitag: „Na endlich hat man den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden, und die Partei kommt zur Ruhe.“

Parteivorstand und Programmkommission hatten alles getan, damit die Mitglieder den Kampf um Grundsätze als Krieg um Worte mißverstehen sollten. Dabei war bewußt einkalkuliert worden, daß die meisten von ihnen die vielen Entwürfe und langatmigen Texte mit z. T. pseudowissenschaftlichem Vokabular gar nicht lesen würden. Vorsorglich hatte man sie nur im PDS-Presseedienst veröffentlicht. Bei der letzten Fassung war man – um Dampf abzulassen – den Kritikern in Formulierungsfragen „weit“ entgegengekommen, trotzdem gab es noch über 500 Änderungsanträge. Man fand eine Lösung: Für die Behandlung eines Antrags auf dem Parteitag wurden jeweils 35 Unterstützerunterschriften von Delegierten (!) gefordert. Von den dort zum Programmwurf gehaltenen „Impulsreferaten“ (dafür und dagegen) über den Sozialismus, über Eigentum und unternehmerisches Handeln, über Friedenspolitik und über die Partei selbst erfuhren wir nur etwas aus dem allgemeinen Diskussionsbericht, der in „Disput“ und im Presseedienst erschien. Das Programm enthält Aussagen, die glauben machen, es sei ein antikapitalistisches, ein Antikriegsprogramm. Im Konkreten werden diese Formulierungen jedoch oft „relativiert“, es steht also für jeden Geschmack etwas drin. Bis jetzt sucht man vor der eigenen Mitgliedschaft zu verbergen, was die Medien sofort ausposaunten:

Dem UN-Sicherheitsrat wird das Recht zugestanden, auch militärische Mittel einzusetzen. Das Programm bezieht sich positiv auf den EU-Verfassungsentwurf, der die Militarisierung des Bündnisses einschließt. Es enthält das Bekenntnis zur „Marktwirtschaft“, also zum Kapitalismus; selbst die Forderung nach Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums, die im 93er Programm stand, ist verschwunden.

Verzichtet wird auf eine Analyse der Ergebnisse bisheriger Regierungsbeteiligungen. Man bescheinigt ihnen aber „Verlässlichkeit“. Aus der Tatsache, daß die Wiedererrichtung eines sozialistischen Systems auf deutschem Boden z. Z. nicht auf der Tagesordnung stehen kann, wird die Leugnung des Sozialismus als Gesellschaftsordnung überhaupt; die DDR diffamiert man als „mit Verbrechen behaftet“. Dafür wird aufgezählt, was uns die „Einheit Deutschlands“ angeblich alles gebracht habe. Hinter viel Wortgeprassel verbirgt das neue Programm der PDS kaum die ideelle Sozialdemokratisierung der Partei.

Einige Genossen sagen: „Nun hört doch mit den Streitereien auf, mit dem Programm kann man doch leben; auf die praktische Politik kommt es an!“ In der Tat kommt es auf diese an! Aber wie sieht sie denn dort aus, wo die PDS mit „in Regierungsverantwortung“ steht? Im Programmteil „Reformalternativen“ liest man viel Richtiges. Aber straft nicht die Teilnahme der PDS am Berliner Senat Tag für Tag alle Äußerungen gegen die Schrödersche „Agenda 2010“ Lügen? Was unterscheidet die PDS noch von der SPD, wenn Wolf erklärt: „Als Senator regiere ich und bin nicht meine eigene Opposition.“? Wenn PDS-Verantwortliche Nüchternheit in der Politik mit Kapitulation vor „Sachzwängen“ verwechseln, ist es nur verständlich, daß selbst unter den Organisatoren der großen Antikahlschlagsdemonstration vom 1. November das Zusammenwirken mit der PDS umstritten war. „Ihr macht es doch nicht anders als die“, sagen viele Wähler. „Was soll ich denn antworten, wenn jemand von mir wissen will, warum er die PDS wählen soll?“, äußerte ein besorgter Genosse. „Sag mir nur, wen ich bei den nächsten Wahlen ankreuzen kann!“, meinte einer der Ausgetretenen.

„Viele haben in den letzten Wochen der PDS den Rücken gekehrt“, hieß es in einer Annonce, welche Diether Dehm, Klaus Höpcke, Uwe Hixsch, Manfred Wekwerth, Heidrun Hegewald, Hans-Peter Minetti und etwa 50 weitere Persönlichkeiten unterschrieben. „Andere denken laut und leise darüber nach, auszutreten – ohne allerdings zu wissen wohin. Und wiederum andere wollen zunächst – oder prinzipiell – weiter in der PDS Politik gegen die Macht der großen Banken und Konzerne machen. Allen linken Konzepten gemeinsam ist,

daß sie ohne außerparlamentarische Mobilisierung, ohne Gewerkschaften, ohne direkte Gegenöffentlichkeit und ohne Kulturarbeit kaum gelingen können ...“ Die Unterzeichner forderten in ehrlicher Sorge dazu auf, über das „Wie weiter?“ miteinander zu reden.

Mir scheint, so richtig das ist, es gehört noch etwas dazu. Bisher treten die Arbeitsgruppe Betrieb & Gewerkschaft, die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum, der Geraer Dialog, weitere Plattformen und Arbeitsgruppen sowie viele Persönlichkeiten in der PDS dem verderblichen Kurs des Parteivorstandes einzeln entgegen. Wäre es nicht an der Zeit, daß sie sich alle auf gemeinsames Handeln verständigen? Und nicht nur innerhalb der PDS!

Natürlich müssen wir das bestehende Kräfteverhältnis realistisch in Rechnung stellen. Aber wir dürfen die Dinge nicht einfach so lassen, wie sie sind. Wirklich sozialistische Politik verlangt, an den Verhältnissen zu rütteln, sie durch die Verknüpfung parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampfformen zu verändern, weder Schrödersche Kriegspolitik noch Schröderschen Sozialabbau hinzunehmen, sondern das Volk dagegen zu mobilisieren.

Ganz in diesem Sinne forderten die Genossen der Basisorganisation 12 der PDS Berlin Drei „keine einseitige Festlegung auf parlamentarische Arbeit mit dem Ziel der Regierungsbeteiligung, bei der alle Werte aufgegeben werden, die diesem Ziel im Wege stehen ... Sollte die Partei diesen Weg ... nach dem Vorbild des Berliner Senats weitergehen, so würden sich noch mehr Mitglieder und Wähler von ihr abwenden, wovon wir uns auch nicht mehr abschließen können.“

Ja, einen bloßen Wahlverein für Minister und Senatoren brauchen wir nicht. Vor allem muß die PDS Antikriegspartei bleiben, sonst hat alles keinen Sinn mehr. So denken wohl auch die acht bislang Verbliebenen von der ehemaligen Basisorganisation 24 im Prenzlauer Berg. Das wäre der kleinste gemeinsame Nenner. Nur gebündelter Druck auf die PDS-Führung, endlich eine linke Politik zu betreiben, rechtfertigt die weitere Mitgliedschaft in dieser Partei.

Dr. Ernst Heinz

Der „RotFuchs“ am 1. November

Ein Kontingent von „RotFuchs“-Aktivisten, angeführt vom stellvertretenden Fördervereinsvorsitzenden Rolf Berthold, nahm unter einem großen Transparent am Massenprotest gegen die „Agenda 2010“ in Berlin teil. ■

Wird die DKP auf Chemnitz programmatisch reagieren oder kuschen?

Zwei Linien

In Chemnitz hat die PDS ihr Godesberger Programm beschlossen. Nicht in jedem Punkt, aber im großen und ganzen. Wieder einmal ist der Reformismus zur Generallinie einer sozialistischen Partei in Deutschland geworden – trotz zur Schau gestellter Harmonie und verbaler Zugeständnisse derer, die sich durchgesetzt haben.

Eine solche Situation schreit geradezu nach einer Antwort der Marxisten. Sie müsste klar und prinzipiell ausfallen und bald erteilt werden. Aber sind die deutschen Kommunisten darauf vorbereitet? Wie sieht es bei der DKP – der größten ihrer insgesamt kleinen Formationen – in dieser Frage aus? Hat sie ihr theoretisch-ideologisches Pulver trockengehalten und ihr Arsenal in Schuß, um schnell reagieren zu können? Der offizielle PDS-Parteitagbericht, den die UZ unter dem Pseudonym „Hans Seemann“ veröffentlichte, fiel leider recht kläglich aus. Zurückweichen auf der ganzen Linie war angesagt. Begleitmusik in Moll.

Offensichtlich gibt es in der DKP zwei Linien – nicht nur zu dieser Thematik. Sie drücken in programmatischer Hinsicht nicht miteinander vereinbare Standpunkte aus. Schon zu Jahresbeginn 2000 war von zwei wichtigen Persönlichkeiten der DKP – dem Philosophen Hans Heinz Holz und dem Führer der Ruhr-Kommunisten Patrik Köbele – ein als „Verbesserungsvorschlag“ deklariertes Diskussionspapier vorgelegt worden, das das Gerüst eines neuen Programms hätte bilden können. Es wurde jedoch von Kreisen des DKP-Parteivorstandes um Heinz Stehr und Nina Hager sowie Gleichgesinnten in der Programmkommission abgeblockt, auch wenn es auf dem 16. Parteitag in der Debatte glänzend bestand.

Offensichtlich setzen den kleinen Apparat und das Sekretariat des PV kontrollierende Personen auf Verzögerungstaktik, um Zeit zu gewinnen und nicht auf den Chemnitzer Triumph der PDS-Rechten antworten zu müssen. Angesichts dieser Methode sollten die Marxisten-Leninisten der DKP keinen weiteren Zeitverlust in der programmatischen Arbeit eintreten lassen, um ihre eigenen Genossen und andere Linke gleicher Orientierung mit einer zielklaren und niveaувollen Alternativkonzeption zu Chemnitz auszurüsten.

Auf der 4. Tagung des PV der DKP Ende September rückte Heinz Stehr von der Beschlußlage des 16. DKP-Parteitags unmißverständlich ab. Nach dieser war festgelegt worden, auf dem nächsten Parteitag im Jahre 2004 ein schlüssiges Programm zu verabschieden. Nun heißt es auf einmal bei Stehr, der Vorschlag sei „entwickelt“ worden, im Rahmen des 17. Parteitags nur eine „programmatische Erklärung“ zu diskutieren. Sie solle, wenn möglich, verabschiedet werden. „Die Erarbeitung eines Programms“ verlaufe in der DKP „in nachvollziehbaren Schritten“ (seit fast

12 Jahren!). Man könne jedoch noch nicht „über einen zu veröffentlichenden Entwurf den Schritt zu einem neuen Parteiprogramm gehen“, da „ein innerparteilicher Kampf um programmatische Positionen eher zur Schwächung als zur Stärkung der DKP führen“ würde. Heinz Stehr ist sich also seiner Sache keineswegs sicher. Er weiß recht gut, daß die von ihm vertretene Position, die man zumindest als zentristisch bezeichnen könnte, von vielen nicht geteilt wird, da sie statutenwidrig ist.

Die „jetzige Kontroverse“ sei „durch gravierende politische Veränderungen“, die es neu einzuschätzen gelte, „erklärbar“. Bei der theoretischen Bewertung und beim Ziehen politischer Schlußfolgerungen komme es „zu unterschiedlichen Positionen“, sucht der Parteivorsitzende nebulös zu bleiben. „Unabhängig von den handelnden Personen ... treten diese Widersprüche auf“, erklärte er. Hier geht es also nicht darum, daß „handelnde Personen“ sich vom Marxismus-Leninismus gelöst haben und in vielerlei Hinsicht Kurs auf Chemnitz nehmen. Es dreht sich – so Heinz Stehr – gewissermaßen um einen objektiven, nicht aufzuhaltenden Prozeß. Aufschlußreich ist, wie sich das Sekretariat des DKP-Parteivorstandes seine „Autorengruppe“ für die Erarbeitung eines Programmentwurfs zusammenstellen wollte. Die „Hauptakteure der bisherigen Kontroversen“ – gemeint waren natürlich in erster Linie Holz und Köbele – sollten dem Gremium nicht angehören. Die Programmkommission, zu der Protagonisten beider Linien zählen, entschied indes anders und bildete eine Dreiergruppe (Dürrbeck, Holz, Seppmann), die nach monatelanger Arbeit ihr Kompromißpapier vorlegte, das neben Mängeln auch gute Ansätze bot. Der PV verheimlichte es vor der Öffentlichkeit. Heinz Stehr brachte dieses Material dann auf der 4. Tagung zu Fall, nachdem Seppmann „plötzlich“ im Verein mit Nina Hager ein „Alternativdokument“ präsentiert hatte. Die Diskussion

verlief kontrovers, wobei Mehrheiten und Minderheiten entstanden. Tatsächlich ging es um zwei Grundlinien. Die Marxisten-Leninisten blieben im PV vorerst in der Minorität.

Heinz Stehr, der sich erneut weigerte, die Zerschlagung des Sozialismus durch den Kapitalismus als konterrevolutionären Vorgang einzuordnen, äußerte sich zum Inhalt der Meinungsverschiedenheiten folgendermaßen: Der Streit um die Imperialismusanalyse – vor allem war der unmarxistischen These des PV vom „kollektiven Imperialismus“ widersprochen worden – werde „weit weniger heftig als vor einem Jahr geführt“.

Einen anhaltenden Disput gebe es in der DKP aber zur Partei- und Sozialismus-Thematik. Es bestünden „unterschiedliche Sichtweisen auf die Erfahrungen des realen Sozialismus in Europa und seine Geschichte“. (Hier bewegen sich einige DKP-Politiker in der Nähe der geschichtsrevisionistischen Auffassungen der Historischen Kommission beim PV der PDS.) „Inhalte und Formen des Sozialismus, besonders in der Frage der Demokratie“, würden „ungleich gesehen“. Divergenzen zeigten sich in der Sozialismus-Konzeption insgesamt, besonders auch im Zusammenhang mit der Staatsfrage sowie bei der Bewertung der Rolle der kommunistischen Partei im Sozialismus. Erforderlich sei ein weiteres „Nachdenken“ über die Vernetzung mit neuen Bewegungen, „über Formen, Inhalte, aber auch Strukturen von Organisation und der internationalen kommunistischen Bewegung“.

Breiten Raum nimmt in Stehrs Konzept das sogenannte Alternativpapier Hager-Seppmann ein, das den Konflikt zur Parteilinken in einigen Punkten akzentuiert. Darin wird mit den „frühen sozialistischen Staaten“ im Stile anderer abgerechnet. Man habe „die Rolle der kommunistischen Partei verabsolutiert“. Die „Führungsrolle der KPdSU“ sei „immer weniger hinterfragt“ worden. Besonders in den Bemerkungen zur „unterentwickelten sozialistischen Demokratie“ wird ohne jede Differenzierung vorgegangen.

Wie man sieht, handelt es sich nicht um „kleine Beträge“, die zur Debatte stehen. Es geht um die Grundsubstanz einer revolutionären marxistischen Partei.

Für Gespräche über seine programmatischen Vorstellungen will Heinz Stehr das breite Publikum gewinnen. „Wir suchen die kritische Auseinandersetzung mit anderen linken Kräften und wollen sie in die Diskussion bei der Erarbeitung des Programms nach Möglichkeit einbeziehen“, meinte er auf der 4. Tagung. Zunächst aber wird er sich der „kritischen Auseinandersetzung“ in der eigenen Partei stellen müssen. Deren Mitglieder möchten nämlich kein Godesberger Programm der DKP.

Einen herzlichen Gruß
und nachträglichen
Glückwunsch
entbieten wir unserem
ukrainischen Leser

Akademienmitglied

Prof. B. E. Paton

aus Kiew, der am
27. November 2003

85. seinen
Geburtstag
beging.

Konrad Strehl

Fröhliche Urständ der Feudalen in Mecklenburg-Vorpommern

Schweriner Hofknicks

Mecklenburgs Großherzog Friedrich-Franz ist auferstanden. Im Schloß – wie konnte der feudale Ahnherr ein bürgerliches Parlament in diesen Palast lassen! – wurde unter Seiner Hoheit beraten, die Schweriner Karl-Marx-Straße in Alexandrinenstraße umzubenennen. Namensgeberin ist Großherzogin Alexandrine, Tochter der guten (preußischen) Königin Luise. In Würdigung ihres sozialen Engagements – ganz zeitgemäß! Fritz Reuter sah das bekanntlich anders.

Den Adelsverehrern im Parlament genügt also nicht das Denkmal der Alexandrine im Grüngarten, dessen Restaurierung von einer Hamburger Dame gestiftet wurde. Um Karl Marx aus dem Stadtbild zu vertreiben, fällt den Demokraten nur der alte Adel ein. Aber weiter. Im Schweriner Schloßgarten wurden Wege erneuert. Als sie danach wegen des verwendeten Kreidenschlammes nicht mehr begehbar waren, erhielten empörte Bürger die Auskunft: Das geschieht auf Weisung des Großherzogs! (Kein Witz.) Einer dieser Wege wurde tatsächlich getreulich nach den Plänen seiner Durchlaucht erneuert. Das war allerdings nutzlos, weil inzwischen eine vielbefahrenere Straße mit steiler Böschung das Areal durchquert – ohne Erlaubnis des hohen Herrn.

Im Schloß gab der Großherzog kürzlich ein Fest. Die Damen knicksten in höfischer Kleidung, der einstige Landesvater winkte huldvoll seinen jubelnden Untertanen zu. Sie sprangen vor der rasselnd heranpreschenden herrschaftlichen Kutsche beiseite. Kanonendonner riß die entgeisterten Bürger aus dem Schlaf. Ein Gaudi, gewiß. Aber der reaktionäre Hintergrund schimmert offensichtlich durch.

Des Großherzogs Macht reicht inzwischen bis ins preußische Usedom. In den Kaiserbädern – so heißen sie inzwischen wieder – Bansin, Heringsdorf und Ahlbeck können die Adelsverherrlicher jetzt auch eine Büste Kaiser Wilhelms, des verjagten Eroberers, bewundern oder im Hotel Kaiser Wilhelm nächtigen. Das kann doch nur der Großherzog veranlaßt haben! Auf die regierenden Parteien – SPDS – fällt kein Schatten eines Verdachts. Und war das nicht auch unser Kaiser mit dem Ausruf: „Ich kenne keine Parteien mehr ...“?

Berlin ist mit seinem nun auf unbestimmte Zeit verschobenen Schloßbau weit hinter Mecklenburg zurückgeblieben. Dort wurden bereits mehr als 300 Schlösser und Herrenhäuser, die in der DDR zu Kinder- und Erholungsheimen „herabgewürdigt“ worden waren, von ihren uralten oder neuen Besitzern (soweit diese nicht mit den Fördermitteln durchbrannten) in Nobelterbergen verwandelt. Das ist eine attraktive soziale Leistung! Das NDR-Fernsehen wird nicht müde, diese Herrlichkeiten und die darin erhältlichen lukullischen Genüsse schmackhaft zu machen. Und jene, die es angeht, verstehen das auch, ohne daß

jemand die Preise öffentlich nennt. Der PDS-Minister bejubelt die „Investoren“, weil sie Arbeitsplätze schaffen.

Nur das Palais der Oberhofmarschallin – in der DDR ein Krankenhaus und jetzt Ruine – ist noch nicht wieder für den Adel und die Geldleute erschlossen, weil die Erbin in den USA 20 Millionen Dollar dafür verlangt. Sie kennt die hiesigen Spielregeln wohl nicht. Von der Treuhand wurden solche Immobilien für eine symbolische Mark ausgereicht.

Golfplätze werden von den PDS-bestückten Parlamenten am laufenden Band beschlossen, garantiert doch jeder von ihnen neue Arbeitsplätze – im Verhältnis 1 : 10 zu den vernichteten.

Die Nobeladresse überhaupt ist Heiligendamm. 1793 gründete Friedrich-Franz die „weiße Stadt“ am Meer, damit der Hof hier baden gehen konnte. Das allerdings tat es erst 1919. Nach 1945 haben sich erholungsbedürftige und kranke Kinder die adligen Gemäuer angeeignet.

Für Leute mit mehr als 100 000 Euro Jahreseinkommen ist heute Kempinski da. Der „Sozialstaat“ hat dafür gesorgt. Dem Etablisement zu Ehren wurden aus Steuermitteln sogar Straßen verlegt, um das gemeine Volk fernzuhalten. Die Anlage eines neuen Golfplatzes feierte die Schweriner Volkszeitung: Wir tun was für die Rei-

chen und Schönen! Der Hotelpförtner, in Frack und Zylinder, mit offener Hand und Bückling hat ein wachsames Auge. Hier herrscht Sicherheitsstufe 1. Immerhin war der Kriegsminister schon zu Gast.

Angesichts der Restauration des Adelsstandes müssen sich die demokratischen Politiker nicht wundern, wenn kaum noch ein bürgerlicher Investor nach Mecklenburg kommen will. Offensichtlich gibt es nichts Lukratives mehr zu holen.

Das einzige, was in unserem Hofbericht übrigens gesponnen wurde, ist die Sache mit der Rückkehr des Großherzogs. Keine Spinnerei aber ist, daß die PDS im refeudalisierten Mecklenburg-Vorpommern mitregiert. Wir sehen also, wozu die „Macht“ der sozialen Demokraten und der demokratischen Sozialisten gut ist. Sie reicht nicht einmal bis vor die eigene Haustür.

Die Adelsglorifizierung sollte Anlaß sein, über Nostalgie nachzudenken. Gelernte DDR-Bürger erinnern sich da an so manches: an die Bodenreform, an die Vertreibung der Parasiten, an unvergängliche Filme wie „Schlösser und Katen“ und „Wege übers Land“. Die Verherrlichung von Kaiser, König und Großherzog soll nur ablenken von der vergangenen und der heutigen Ausplünderung der Untertanen. Pardon, ich meinte die freien Bürger eines freien Landes. **Dr. Norbert Pauligk**

Wie ein Plauener PDS-Regionalblatt die Dinge sieht:

Keine Konterrevolution?

„Der Vogtlandbote“ veröffentlichte in seiner September-Ausgabe einen Leserbrief von A. Meinhold. Dieser fordert mich heraus, etwas entgegenzusetzen. A. Meinhold entnimmt der PDS-Zeitung des Vogtlandes, daß die Partei ins Lager derer wechseln könnte, „die das Rad der Geschichte um jeden Preis zurückdrehen wollen und eines Tages nur noch ein Jammerverband heimatvertriebener DDR-Bürger“ sein wird. Er zitiert in diesem Zusammenhang die Formulierung „die Konterrevolution von 1989“ und wertet dies als erzreaktionären Stalinismus. Der Brockhaus 1994 definiert reaktionär als Streben „nach Rückkehr zu überholten, veralteten Anschauungen und Einrichtungen“.

Ich verstehe nicht, wieso die Rückkehr zu unentgeltlich gewährter gesundheitlicher Betreuung bis ins hohe Alter, Bildung und Erziehung von Kindesbeinen an bis zum gesicherten Eintritt ins Berufsleben und darüber hinaus und damit Garantie ausreichender Nahrung, Kleidung, Wohnung, Teilhabe an Kultur und Sport für alle Mitglieder der Gesellschaft, zu solidarischer Hilfe und Unterstützung untereinander reaktionär sein soll. Man vergleiche doch die damaligen Besitzstände in oben ge-

nannten Lebensbereichen in der DDR mit den heutigen in Bundesdeutschland.

Haben die politischen Demonstrationen vieler – nicht aller – DDR-Bürger 1989/90 nicht zu einer Rückkehr in eine überholte, überalterte Welt geführt? War das nicht reaktionär? War das etwa keine Konterrevolution?

Die Behauptung, wir Vogtländer hätten eine „wunderbare Chance“, zu einer friedlichen und gemeinsamen Zukunft der Menschen und Völker im „gemeinsamen Haus Europa“ beizutragen, ist nicht zu akzeptieren. Wie soll unser „kleines zänkisches Bergvolk“ gegen Stoiber, Erika Steinbach und andere „Vertriebenen“-Vertreter, die Gebietsansprüche an die Tschechische Republik stellen, bestehen? Mit solchen und anderen Forderungen (auch an Polen) ist kein friedliches Zusammenleben in einem „gemeinsamen“ (?) Haus möglich.

Und: Wem gehört das Haus? Ihm? Mir? Uns beiden? Oder dem Kapital?

Seine Formulierungen „Jammern um verlorene Stacheldrahtzäune“ und „Festklammern an prähistorischen Feindbildern“ sind ungerechtfertigt, unseriös, „erzreaktionär“. Das ist meine Meinung.

Siegfried Joch in „Der Vogtlandbote“

Notorische DDR-Hasser beschlossen den Abriß des Palastes der Republik

Asbest und Kolonialpolitik

Am 13. November 2003 beschloß der Deutsche Bundestag den Abriß des Palastes der Republik, dessen restlose Vernichtung im Jahr 2005 beginnen soll. Es handelt sich um ein weiteres Bubenstück zur Vergewaltigung der Gefühle von Millionen ehemaligen DDR-Bürgern durch die Annexionsmacht. Hierzu schrieb uns **Rudolf Denner**, ein intimer Kenner der Materie, diesen Beitrag.

Nun ist er asbestbefreit, der Palast. Mehr als 4000 öffentliche Gebäude, vornehmlich im Westteil Berlins, warten noch auf diese Befreiung.

70 Millionen Besucher, die im Palast nachhaltige kulturelle und persönliche Erlebnisse seit der Eröffnung im Jahre 1976 hatten, verdeutlichen, in welchem Maße dieses Gebäude durch die Bevölkerung angenommen wurde. Dort traten Künstler von internationalem Rang auf, fanden niveauvolle Unterhaltungsveranstaltungen statt, aber auch nationale und internationale Kongresse, darunter FDJ-Parlamente und drei Parteitage der SED. Die politische Nutzung machte aber nur etwa 2 % aller Palastaktivitäten aus. Warum wurde und wird der Öffentlichkeit etwas anderes vermittelt?

Dieses Gebäude zählte wegen seiner Nutzungsvielfalt und innenarchitektonischen Gestaltung zu den bedeutendsten Bauwerken seiner Art in Europa.

Kein Wunder, daß es zum Angriffsobjekt kolonialer Einverleibungspolitik wur-

de. Am 19. September 1990 schloß die de-Maiziere-Regierung den Palast wegen Asbestbelastung unter dubiosen Umständen. Die Orientierung aber lautete, ihn nach erfolgter Sanierung weiter zu nutzen. Es kam indes anders. Unter dem lügnerrischen Trommelfeuer der bürgerlichen Medien und etablierter Parteien wurde der politisch motivierte Abriß auf Kosten der Steuerzahler systematisch vorbereitet. Sachliche Informationen über die großartigen Möglichkeiten dieses Hauses blieben Mangelware. Warum?

In diesem Gebäude befand sich auch die Volkskammer der DDR. Hier wurde der vaterlandsverräterische Anschluß des östlichen deutschen Staates an die BRD ausgekugelt und perfekt gemacht. Die damaligen Volkskammerabgeordneten zogen 1990 fluchtartig in ein Gebäude um, das mindestens ebenso asbestbelastet war. Die Grundlage der Palastschließung bildete ein Zwischenbericht des erst im Dezember 1990 von der Westberliner Firma Tepasse fertiggestellten Asbestgutachtens. Die Annexionsbeflissenen hatten es eilig. Was war der Grund? Die offiziellen Meßdaten der Asbestbelastung, die als Schließungsargument dienten, sind bis heute nicht veröffentlicht. Und eine öffentliche Ausschreibung für ein Sanierungsgutachten gab es auch nicht. Organisierte Geheimniskrämerei?

Die ehemaligen Mitarbeiter des Palastes haben weder ein Kündigungsschreiben

noch eine Abfindung erhalten. Ihr Anliegen wurde vom Bundestag abschlägig beschieden. Ist das rechtens?

Bereits 1992 faßten CDU-Gremien den Beschluß, den Palast abzureißen und an seiner Stelle das Berliner Schloß neu zu errichten. Waren sie dazu legitimiert? Im März 1993 entschied sich die Umzugskommission Bonn-Berlin für den Abriß. Woher nahm sie die Berechtigung dazu? Zur Illustration der Schloßbauabsichten wurde 1994 eine millionenteure Fassadenimitation auf dem Platz vor dem Palast der Republik installiert. Welche Rolle spielten dabei die Thyssen-Stiftung und gewisse Banken? Wessen Interessen wurden bedient?

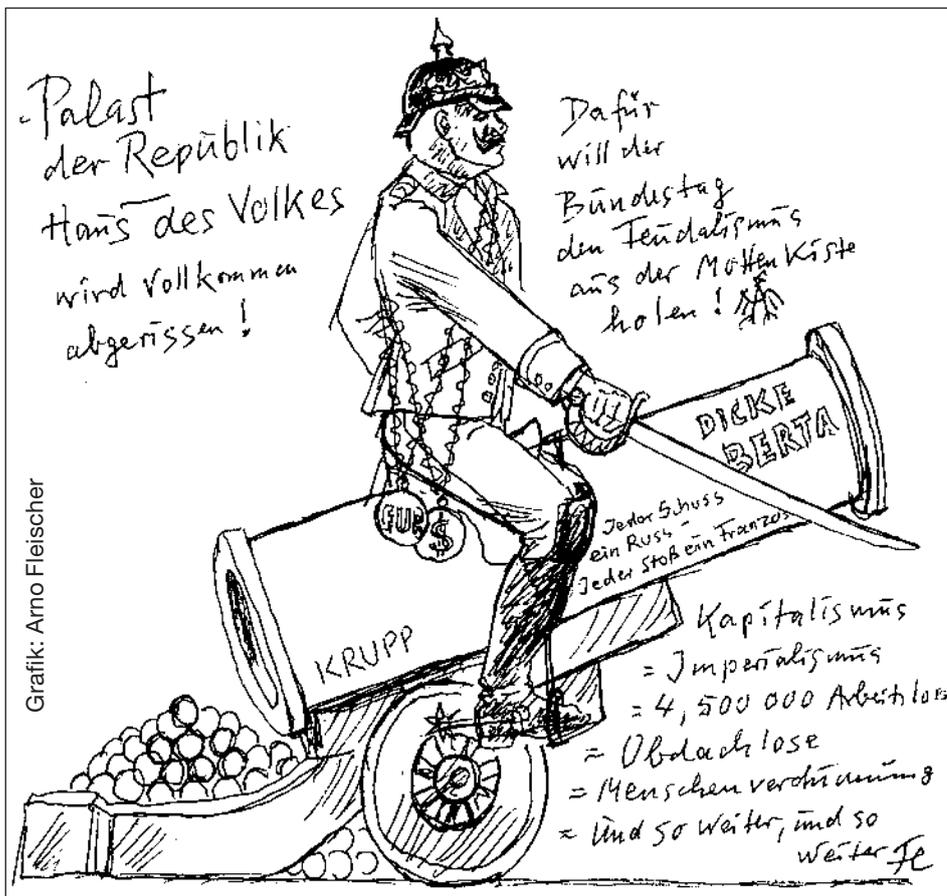
Nach Jahren des Leerstands wurde die aufwendigste Weise der Asbestbeseitigung auf den Weg gebracht. Es handelte sich um den politisch motivierten Abriß auf Raten. Das Haus des Volkes sollte weg. Bestrebungen von Fachleuten und geachteten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, den Palast der Republik als Denkmal anzuerkennen, fegten die Herrschenden beiseite. Nur Regierungsschlamperie?

Man negierte den Bürgerprotest gegen Schließung und Abrißpläne allein aus politischen Gründen. Man unterdrückte ihn weitgehend. Eine Massenpetition mit 100 000 Unterschriften an den Deutschen Bundestag und Hunderte Protestaktionen nahm man nicht zur Kenntnis. Ist das Demokratie?

Mit Ausnahme von Abgeordneten der PDS haben die Mitglieder des Bundestages Gesprächs- und Diskussionsangebote mit engagierten Bürgern zum Thema Palast abgelehnt. Auf sachliche Fragen reagierten sie ausweichend, unkonkret oder gar nicht. Weshalb wohl? Reden der gewählten „Volksvertreter“ in dieser Sache verraten erschreckende Unkenntnis, Intoleranz und offenen Haß. Gilt dies nur für den Palast der Republik?

Die Beschäftigung einer „Internationalen Expertenkommission“ war eine reine Alibiveranstaltung der heutigen SPD-Regierung, die ihre Wahlversprechen brach und auch den Bundestagspräsidenten zum Amtsmißbrauch in Stellung brachte. Kannte der nicht die Versprechungen seiner Partei im Wahlkampf 1998? Warum scheute er angebotene Gespräche mit Palastbefürwortern und wich deren Fragen aus? Ein abgekartetes Spiel, bei dem die Würfel längst gefallen waren.

Das Denkmal der DDR-Kultur auf dem Schloßplatz ist heute ein Schandmal der Anschlußpolitik! Einen Abschied in Trauer, der ihnen angetragen wurde, werden die ehemaligen Palastbesucher nicht nehmen. Sie bewahren die Erinnerung an dieses großartige Gebäude und werden den Kampf gegen die Abrißbeschlüsse fortsetzen.



Archie und die Sicherheitsfrage

Als der durch Nazi-Deutschland vom Zaun gebrochene Zweite Weltkrieg des Weißen Mannes in Europa zu Ende war – beendet vor allem mit Hilfe der Roten Armee, obwohl es sich heute aus dem Weißen Haus in Washington so anhört, als hätten die Amerikaner Europa und vor allem Deutschland im Alleingang vom Faschismus befreit –, entstanden zwei deutsche Staaten. Sie beföhden sich aufs heftigste, da sie gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen angehörten. Ihre Grenze war eine Ideolo-

gie-Grenze in Europa, eine Wasserscheide der Weltanschauungen, was es bislang so noch nicht gegeben hatte – vor allem mit konträrer Einstellung zum Eigentumsbegriff, ob gesellschaftlich oder privat. Der kleine Staat der Habenichtse im Osten, der vorwiegend allein die Reparationszeche des Krieges zu zahlen hatte, mußte sich auch noch gegen die Übermacht des Kapitals im Westen wehren, das eine Allianz mit der vom Kriege nicht beschädigten Großmacht USA gegen die Kommunisten



Über das „Eindampfen“ von 430 Arbeitern

In „Gottes eigenem Land“ führt der Weg des Bürgers bekanntlich vom Tellerwäscher zum Millionär. Vielleicht ist das auch eine Legende. In Anklam wurde der einstige Direktor einer volkseigenen Zuckerfabrik zum „Rübenkönig“. Und das ist wahr, wie Christina Matte den Lesern des ND in der Ausgabe vom 25./26. Oktober 2003 glaubhaft nachweist. Unter dem Foto des „Rübenkönigs“ Ingo Kuchenbrandt steht, er trage „heute Verantwortung ohne Netz“ – für die Profite der Danosco-Gruppe aus Dänemark.

Immerhin: Kuchenbrandt ist eine „Rarität“, weil er nach wie vor auf dem Chefessel desselben Betriebes sitzt. „Natürlich gehört der Betrieb inzwischen nicht mehr dem Volk (was ohnehin ein hoffnungsfrohes Konstrukt war), sondern einem internationalen Konzern“. Das ist „natürlich“, also gewissermaßen in Gottes Ordnung, so vorgesehen. Allerdings könnte mancher Fürwitzige fragen: Ist der Kapitalismus eine „natürliche“ Ordnung? Was bedeutet, daß das Volkseigentum „ohnehin ein hoffnungsvolles Konstrukt“ war? Wessen „Konstrukt“? Zu welchem Zweck?

Jedenfalls beweist Christina Matte eindrucksvoll, daß es sich für den „Rübenkönig“ gelohnt hat, in der neuen (alten) Gesellschaft „anzukommen“. Um Politisches und Soziales muß er sich nicht mehr kümmern. Es hat ihm „keine Freude bereitet, die damals allein im Anklamer Werk 580 Beschäftigten auf 150 ‚einzudampfen‘. Eine Wahl hatte er nicht“. Wer empfindet schon Freude, wenn er frühere Arbeitskollegen „eindampft“?

„Alles in allem ... mache es (Kuchenbrandt) mehr Spaß als früher. Seine (!) Belegschaft sei hoch motiviert: Wer bei ihm (!) Arbeit hat, schätze sich glücklich“, berichtet die

Reporterin. In der Tat: Die Angst vor der Arbeitslosigkeit wirkt nicht nur in Anklam „motivierend“ wie ein Damoklesschwert. Ob dieses fehlende „Motivieren“ die Ursache dafür gewesen ist, daß das Volkseigentum ein „hoffnungsvolles Konstrukt“ blieb? „Die Arbeitslosigkeit in Anklam liegt bei 31 Prozent.“ Dem Schicksal der Arbeitslosen widmet Christina Matte allerdings keine Zeile. Warum schafften sie es nicht auch zum „Rübenkönig“?

In den Tagen vor dem Erscheinen des Matte-Artikels war ich im polnischen Gostyn. Die örtliche Zuckerfabrik war gerade in die Hände eines ausländischen (deutschen) Besitzers übergegangen. Einen Streit über einen glücklichen „Rübenkönig“ erlebte ich dort nicht, wohl aber über die Folgen des EU-Beitritts und den Segen der einstigen Eigentumsverhältnisse. Übrigens: Im selben ND, in dem Christina Matte den „Rübenkönig“ preist, steht ein „Denkzettel“ des namhaften Anwalts Friedrich Wolff, vor dem ich mich abermals in Respekt verneige. Er beweist: Nicht jeder wurde zum „Klopffechter des Kapitals“ (Karl Marx).

Hier zwei Fragen des ND und zwei Antworten Wolffs: „Was finden Sie liebenswert an diesem Jahrhundert?“ „Die Tatsache, daß es immer noch Menschen gibt, die für eine gerechtere Welt gegen alle Widerstände eintreten.“ „Sie stehen einer Weltregierung vor: Was würden Sie sofort abschaffen?“ „Das Privateigentum an Grund und Boden, an Großbetrieben und an allem, was der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen dient.“

P. S. Zu frühen DDR-Zeiten war ich einige Male mit Studenten zur Ernte der Zuckerrüben in den Kreisen Anklam und Parchim.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

eingegangen war. Bodenreform und Verstaatlichung der Großindustrie betrachtete es als Kapitalverbrechen. Der kleine Staat hinkte wirtschaftlich stets hinterher, wodurch das Bewußtsein eines Großteils seiner Bevölkerung, von den Oberen unbemerkt, ebenfalls ins Hinken kam.

Nach 40 Jahren hatte das Kapital wieder gesiegt, als die Schutzmacht Sowjetunion das Handtuch in den internationalen Ring geworfen hatte. Es übernahm ruckzuck das kleine Nachbarland gleicher Sprache, das einzige, was die beiden Staaten noch verband. Es liquidierte sofort die anderen Produktionsverhältnisse des anderen Staates, machte dessen Industrie treuhändlerisch platt und stellte das Privateigentum an Produktionsmitteln wieder her, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze oder sonstige Verluste.

Der zweite große Krieg in Europa und der Welt war durch eine Vorkriegs-Krisen-Arbeitslosen-Spätkapitalismus-Faschismus-Situation entstanden, die unter anderem den kleinen anderen deutschen Staat in Europa zur Folge hatte. Jetzt geriet alles wieder in eine Vorkriegs- und Kriegssituation. Eine staatliche Fusion, die zur politischen Konfusion, zum wirtschaftlichen Desaster und zu sozialer Verwerfung führte. Außerirdischen könnte man das kaum erklären, dachte Archie, und hörte gelegentlich den Stoßseufzer: Ach, wären sie doch getrennt geblieben!

Dieser kleine deutsche Staat wurde inzwischen von den Medien pausenlos diffamiert. Das geht jetzt so weit, daß bei irgendeiner Kritik an den „neuen“ Verhältnissen mancher Kritisierende sofort erschrocken hinzufügt, er wolle den früheren kleinen deutschen Staat aber auf keinen Fall wiederhaben, lieber erwerbslos und obdachlos und ohne Zähne sein oder arbeiten bis 70!

1949, als sich dieser Staat als Antwort auf die Gründung des größeren kapitalistischen Nachbarn konstituierte, wurde der aus Schlesien stammende mittellose Kriegsflüchtling Archibald aufs Gymnasium geschickt und mit allem versorgt, was er dazu brauchte. Das tat der kleine Staat für ihn. Sein Vater, ein Kommunist, der unter Hitler 12 Jahre inhaftiert war, hätte gern gesehen, daß sein Sohn etwas zur Sicherung des kleinen Staates getan hätte. Aber Archie weigerte sich. Sein Drang zum Wissen war stärker als sein Hang zur Staatssicherung. Auch später, während des Studiums und seiner beruflichen Tätigkeit, wollte er damit nichts zu tun haben. Angst hatte er nicht, vielleicht eher Skrupel. Auch war er für Konspiratives viel zu schusselig, zu abwesend, zu zerstreut. Er wollte Bücher, Theater und Filme im Geiste des Sozialismus machen, im Namen der Gleichheit aller Menschen, stellt sie doch die Voraussetzung für alles andere dar. Das ist Archies Alterserkenntnis.

Jetzt, da der kleine Staat Vergangenheit ist, denkt er manchmal, er stünde mit leeren Händen da, er hätte vielleicht doch etwas für die Sicherheit seines Staates tun sollen. Schlechter hätte er von den Siegern auch nicht behandelt werden können, als er behandelt wurde. Vielleicht hätte er jetzt wenigstens ein besseres Gewissen, zumal man so eine Chance im Leben wohl kaum zweimal bekommt, zur Sicherheit eines sozialistischen Staatswesens beizutragen.

Manfred Hocke

Auch das noch: Ex-Biermann-Manager Dehm (PDS) entschuldigt sich!

Platzpatronen der Stasi-Jäger

Der bekannte PDS-Politiker Dr. Diether Dehm hat auf Verleumdungen des früheren Bremer Bundestagsabgeordneten Hubertus Knabe von der sogenannten Gedenkstätte Hohenschönhausen mit einem offenen Brief geantwortet, den er unserer Redaktion exklusiv zur Verfügung stellte. Wir veröffentlichen sein Schreiben ungekürzt.

Sehr geehrter Herr Knabe,

wie ich Sie und Ihre prowestliche Toleranz kenne, werden Sie meine Haltung gut verstehen und gern tolerieren. Denn einen notorischen Kriegstreiber wie Biermann („Bomben auf Belgrad, Kabul und Bagdad!“) an die Stasi verraten zu haben, wäre, aus heutiger Sicht, ja gewiß ein moralisches Muß gewesen, wozu ich mich irgendwann mal vor meinen Enkeln – hoffentlich dann engagierte Kriegsgegner – gerne bekennen würde, nehmen sich doch mittlerweile die Menschenrechts-Eingriffe des MfS im Vergleich zu dem von Biermann gepriesenen US-Massenmord-Regime eher marginal aus. Ja, wenn Frau Birthler meint, nun müßten selbst diejenigen Wessis rigoros aus dem Verkehr gezogen werden, die jemals die DDR – weil freier von den Diktaten der Daimler, Allianz und Deutschen Bank – dem Globke-Staat vorgezogen haben, ich wäre tief gekränkt, dabei übersehen zu werden. (Sie kennen ja Oskar Maria Grafts „Verbrennt mich!“...)

Mit Ihren Beiträgen versuchen Sie nun, meine Schande, Biermann leichtgläubig bedient zu haben, zu mindern. Ähnlich mühen Sie sich um Günter Wallraff. Auf die Gefahr hin, noch zum „IM posthum honoris causa“ ernannt zu werden, erweisen Sie dem Wahrheitsgehalt der Stasi-Akten höchste Anhänglichkeit („... Wallraff habe mit der DDR gebrochen ... wird von den Stasi-Unterlagen nicht bestätigt ...“) So ist es Ihrem gutgläubigen Blick sicher auch entgangen: Ich kann mich beim besten Willen des anständigen Verrats jenes unanständigen Verräters seiner eignen Lieder und Freunde nicht rühmen. Die mir vom MfS zugeschriebene, glücklicherweise lückenarm gebliebene Perspektiv-IM-Akte „Dieter/Willy“ enthält z. B. keinerlei Verpflichtung, auch keinen anderen Beleg dafür, daß ich wissen konnte, als „IM“ geführt zu werden. Und mit Verlaub: Sie setzen bei der von Ihnen für wahrheitsstreu Akten so hoch verehrten Stasi zusätzlich eine solche Gewitztheit in Managementfragen voraus, daß man sich nachträglich wundert, warum die DDR dann derart und besenrein dem westdeutschen Großkapital übereignet werden konnte.

Sie schreiben, die Stasi hätte – „...vermittelt ...“ von Günter Wallraff – mich dem Biermann als Manager angebahnt. Leider aber belegt die Akte das Gegenteil: Mit dem völlig überraschten, nachträglichen Akteneintrag des MfS erst im Frühjahr 1977, ich sei vor einigen Monaten Bier-



mann-Manager geworden, was ergo die Stasi schlicht verschlafen hatte! Vorher gab es allerdings viele verärgerte Einträge über mich. Daß ich gegen die Biermann-Ausbürgerung und die Bahro-Inhaftierung u. a. vor dem SED-Gebäude protestiert hatte. Weshalb ich dann ja wenige Wochen nach dem Management-Vertrag in die „Einreisefahndung“ der DDR-Organen gesteckt wurde und der MfS-Aktenführer die „Dieter-Vorlauf-/Perspektiv-IM-Willy-Akte“ 1977 frustriert beendete. In „meiner“ vielhundertseitigen (dank einer 300 000-DM-Spende der Deutschen Bank) aus dem Archiv wieder neu zusammengestellten Akte haben Sie auch nur ein einziges Zitat für meine „Biermann-Spitzelei“ aufstöbern können, nämlich: „Biermann ist mitunter hysterisch.“ Glauben Sie im Ernst, mit solcherlei „Geheimnisverrat“ könnte ich vor meinen Enkeln bestehen, wenn die mir dermaleinst vorwerfen werden, den Kriegstreiber nicht an friedliebendere Kräfte verraten zu haben? Hysterische Kreischereien des großen Wendesängers waren doch allzulange auf allen Kanälen! Gut, gut – da sind Sie mir im „Tagesspiegel“ mit neuem Material zu Hilfe gekommen, das Sie einer ganz anderen Stasi-Akte entnommen haben: „Im April 1977 berichtet Dehms Ehefrau ...“ Aber meine Enkel würden Ihnen, sehr verehrter Herr Knabe, und mir, solches nicht durchgehen lassen. Denn die wüßten es wohl besser: nämlich, daß die Genannte erst 16 Jahre später meine Ehefrau wurde, als es die DDR schon längst nicht mehr gab. Herr Knabe, wenn Sie schon derart Akten, Fakten und Ehen klittern, will ich Sie wenigstens als ernststen Stasi-Forscher ansprechen. Sie wissen doch, daß Biermann mit Heidi Wieczorek-Zeul damals in Wallraffs Wohnung ein Verhältnis hatte, was er ja kaum jemandem vorzuenthalten Anstalten machte. Sie wissen von seinen Dauerkontakten zu Jürgen Fuchs, die er weder Wallraff noch mir verheimlichte. Und

Sie wissen, daß dies beides – wenn Biermann-Management ein Stasi-Mega-Plan war – von höchstem Interesse für das MfS gewesen wäre. Haben Sie sich denn nie gefragt, warum alles solches die Stasi nie erreichte, also in der Akte fehlt, bei Wallraff selbstverständlich, der Fuchs näher stand als jedem DDR-Funktionär, aber auch bei mir? In der „Dieter-Willy-Akte“ heißt es gar, ich würde mich weigern, über Fuchs, als der bei mir wohnte, irgendwem Auskunft zu geben. Und auch der Name „Wieczorek-Zeul“ bleibt dem lesenden Stasi-Arbeiter vorenthalten. O weh, Sie und ich, wir beide, kämen vor meinen Antikriegs-Enkeln nicht durch ...

Von Herzen Schmerzen dürfte es die allmählich ausgedünnte Meute der Stasi-Jäger, wie Sie von deren St. Hubertus zum Promotion-Knabe der gejagten Ex-MfS-Seilschaften werden. Weil: Die Ausbürgerung begründete Mielke 1976 vor der weltweit entsetzten Linken mit Biermanns konterrevolutionärem, DDR-feindlich-reaktionärem Wirken. Und just zur gleichen Zeit, so schreiben Sie im „Tagesspiegel“, sollen Dehm und Wallraff „sich intensiv darum bemühen, Biermann von öffentlichen Äußerungen gegen die DDR abzuhalten ... Wolf Biermann auf ein neues Thema umzulenken: den Klassenkampf in der Bundesrepublik ...“ Die Stasi soll also Dehm und Wallraff befohlen haben, Biermann wieder in rötestem Lichte erstrahlen zu machen, Mielke und Honecker so öffentlich zu blamieren??? (Ihr Konstrukt setzt zudem noch voraus – alle Konspirationsgesetze auf den Kopf stellend –, zumindest Wallraff habe bei seiner schlaue gefädelten Managementanbahnung wissen müssen, daß auch ich, damals 26jähriger Liedermacher und Jusso-Sprecher in Frankfurt/Nordend, ein so ausgekochter Ostspion gewesen war.)

Gleichgültig, wie Biermann die Ausbürgerung, seinen Marktwert nicht eben billigend, in Kauf nahm: Wallraff und ich haben jahrelang, ohne jegliche MfS-Inspiration, versucht, die Begründung der Ausbürgerung durch das SED-Politbüro zu konterkarieren und dies mit Biermann-Aussagen und -Auftritten gegen Krieg und Faschismus, zu denen wir ihn damals noch überreden konnten, öffentlich zu belegen. Das kann – in schlichter Logik – nicht im Interesse derer gelegen haben, die mit der Behandlung von Biermann und Bahro international immer mehr in Begründungsnot geraten waren. Mich schmerzt, wie Biermann in den letzten Jahren nichts unversucht ließ, den Ausbürgerern posthum noch so was wie Legitimität zu verschaffen. Mit der Schande, ihn auch noch 10 Jahre nach Beendigung „meiner“ Akte gutgläubig gemanagt zu haben, werde ich wohl leben müssen. Sie haben es gut gemeint. Aber auch Sie konnten mir da nicht helfen.

Mit doch dankbaren Grüßen
Ihr Diether Dehm

Wie ein Totalabriß in Marzahn-Nord verhindert wurde

Verteidigung von Plattenbauten

Gemeinhin ist der Monat November grau. In diesem Jahr indes verbreitet er Hoffungsgrün. Zumindest in Marzahn-Nord, dem nördlichsten Zipfel des Berliner Stadtbezirks Marzahn-Hellersdorf. Die dicksten Wolken, die das Areal rund um die Havemannstraße verdunkelten, konnten durch den Wind und den Schwung, für den gemeinhin Baustellen sorgen, die ihrem Namen auch Rechnung tragen, vertrieben werden. Anfang Dezember beginnt der Umbau des Stadtteilkerns.

Als im September 2002 die dafür geschmiedeten Pläne erstmals in Berlin öffentlich ruckbar wurden – und das auch noch ungewollt – war keineswegs sicher, daß am Ende auch tatsächlich gebaut werden würde. Obwohl sich das ganze Vorhaben schon damals „Stadtumbau Ost“ nannte, hörten die Leute vor allem doch gegenteilige Signale. Schnell hatte sich auch hier gezeigt – und der „RotFuchs“ entlarvte die sprachlichen Verbrämungen und Roßtäuschereien in diesem Zusammenhang bereits in seiner März Ausgabe am Beispiel Dessaus –, daß dieses Bundesvorhaben als Generalangriff auf das DDR-Wohnungsbauprogramm zielte und etwa seit dem Jahr 2000 die daraus hervorgegangenen Wohnsiedlungen zwischen Ostsee und Mittelgebirgen als „Häuserkampfbjekte“ freigab. Als Munition dienten nach entsprechender Artillerievorbereitung mit medialem Dauerbeschuß im Stile des Kalten Krieges die Argu-Granaten Leerstand, demographische Entwicklung, Abwanderung West, Kostenexplosion und kreisende Pleitegeier über Wohnungsunternehmen. Von den handelsüblichen Plattitüden über marode Plattenbauten oder das elendige „Großbetonnie“ ganz zu schweigen.

Sarkastisch bemerkte Prof. Dr. Christine Weiske vom Institut für Soziologie der TU Chemnitz in einem Vortrag an der Fachhochschule „Alice Salomon“ in Hellersdorf zum Thema: „Es geht um das einmalige geschichtliche Vorhaben, eine Million Wohnungen zu beseitigen, also genauso viel, wie seit 1990 neu gebaut wurden.“

In Marzahn-Nord bissen die Verfechter des totalen „Plattmachens der Platte“ aber auf Granit. Namentlich der zuständige Berliner Senator für Stadtentwicklung, Peter Strieder (SPD), war vom massiven Widerstand der betroffenen Einwohnerschaft sichtlich überrascht und brauchte lange, dieses unerwartete Bürgerengagement zu verkraften. Offensichtlich waren er und sein Stab bislang der bewußten Legendenbildung erlegen, die Marzahner würden am liebsten ihren eigenen Kiez zuschütten.

Ein Bewohnerbeirat, dessen Mitglieder zum großen Teil aus kommunistischem Humus gewachsen sind, erinnerte sich jedoch, was in diesem Fall zu tun war und inspirierte mit einer Einwohnerversammlung die Bildung einer Bürgerinitiative. Gemeinsam boten beide dann all denen Paroli, die an den Rechten und Interessen der Mieter vorbei stadtteilerstörerische Wald- und Wiesenpläne verfolgten. Sie beharrten auf ihrem Heimatrecht und unterstützten deshalb schließlich auch das betroffene Wohnungsunternehmen, den drohenden Totalabriß von 1670 Wohnungen zu verhindern. Das Ergebnis mag bescheiden klingen. Doch 409 gerettete und modernisierte Wohnungen, die Ende 2004 fertiggestellt sein sollen, bedeuten auch, daß der Stadtteilkern wenigstens in seinen ursprünglichen Konturen erkennbar bleiben wird. Und nicht unwesentlich für das Selbstwertgefühl der Akteure ist die Erkenntnis: Ein mehr als einjähriges Ringen, begleitet von diversen Petitionen an Senat und Abgeordnetenhaus sowie vielfältigen Protestaktionen (u. a. „Auswanderungsbegehren nach Brandenburg/Eingemeindung in das Dorf Ahrensfelde“) hatten Wirkung gezeigt. Nach dem Urteil maßgeblicher Bezirkspolitiker und sachkundiger Beobachter anderer Institutionen habe das leidenschaftliche und hartnäckige Auftreten der ehrenamtlichen Bürgergremien im Stadtteil Marzahn-Nord erheblich dazu beigetragen, daß eine halbwegs für Einwohner wie Stadtteil

verträgliche Lösung erreicht wurde. Marzahn-Hellersdorfs Bezirksstadtrat und Strieder-Pendant Dr. Heinrich Niemann (PDS) sagte: „Wie sich der Bewohnerbeirat und die Mieterinitiative bewegt und verhalten haben, beeindruckte den zuständigen Senator mehr als alle sonstigen juristischen, wirtschaftlichen oder politischen Bedenken und ihre Träger.“

Sicher dachte auch er an die Gefahren, die über dem Viertel noch immer schweben und die Bürgerinitiative zuweilen durchaus auch hätten abergläubisch werden lassen. Beispielsweise im April dieses Jahres. Eben noch hatten die Frauen und Männer am offenen Strieder-Brief, dem dritten zum Stadtumbau Ost, gefeilt sowie den Wert einer hinhaltenden, aber nicht ablehnenden Antwort aus dem Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses diskutiert, als in der Abendsonne ein Weißstorch majestätisch das Umbaugebiet überflog. Nanu, dachten wir, hatte der Ciconia ciconia, der weite feuchte Wiesen liebt, Wind davon bekommen, daß die hiesigen Häuserquader in ebensolche verwandelt werden sollten? Womöglich hielt er schon mal Ausschau nach den künftigen Feldern und Auen, die auch der Senator leuchtenden Auges als verheißungsvolle Perspektive zu preisen wußte? Vögel und Wildtiere wittern vieles im voraus. Aber auch den Einheimischen zwischen Eichhorster und Rosenbecker Straße schwante damals manches, nur nichts Gutes. Zu lange und zu viele Mieter vertreibend war beim heiß umstrittenen Umbauprojekt mit den Hufen gescharrt und um Millionen gefeilscht worden.

Wenn jetzt der Start für den Umbau im ersten Bauabschnitt erfolgt, dann ist das Aufatmen hörbar. Und brat uns einer den Storch, wenn da noch was dazwischenkommt. Bürgerinitiative und Bewohnerbeirat haben viel Kraft und nicht wenig Witz dafür investiert, daß statt grüner Vogelweiden vor allem etwas für die hier wohnenden Menschen herauskommt. Das Rasseln der Kranketten und das Schepern der Baggereimer geben uns deshalb mehr Zukunftsgewißheit als das hämische Klappern der Störche am Leerstandslokal „Ahrensfelder Krug“. Und ein bißchen erwärmen sie auch die Herzen derer, die fast 15 Monate hartnäckig darum gerungen haben, hier einen drohenden Kahlschlag abzuwenden. Natürlich mag keiner der Wohngebietsaktivisten angesichts der zu erwartenden Berge von Abrißschutt, in die 1261 ehemalige Vollkomfort-Wohnungen trotz allem verwandelt werden, von einem Sieg sprechen. Aber gewonnen haben wir dennoch. Und deshalb werden wir auch die Bauphase kritisch und wach begleiten. Schließlich glauben wir eben doch nicht an den Klapperstorch.

Torsten Preußing

Wir gratulieren herzlichst unseren verdienten Jubilaren

Dieter Ament aus Berlin (13. Dezember),
Prof. Dr. Alfred Barth aus Halle (3. Dezember),
Anneliese Kuligowski aus Berlin (9. Dezember)
 und **Roland Schlesier aus Mulda** (20. Dezember),
 die 70 Jahre alt werden,
 und nachträglich **Doris Faust aus Halle/Saale** zum 60.,
 den sie am 29. November feierte.
 Ihren 50. Geburtstag begehen
Leonhard Bergmann aus Mahlow (25. Dezember 2003)
 und **Reinhard Simon aus Hannover** (21. Dezember 2003).
 Einen lieben Gruß auch an einen unserer jüngsten „Veteranen“:
Marcel Gerds aus Papenhagen, der am 8. Dezember
 sein 20. Lebensjahr vollendet.

Unser Autor ist Mitglied des Bewohnerbeirats Marzahn NordWest.

Warum die Vertreibung des „Vertriebenenzentrums“ geboten ist

Die „Lebensraum“-Lüge

Eher oberflächlich, fast gelangweilt kommentiert der Großteil der deutschen Medienlandschaft das Treiben einer Dame aus den Reihen der Christdemokraten, fast 60 Jahre nach den bitteren Folgen des 2. Weltkrieges in der Bundeshauptstadt Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibung“ einzurichten. Eine „Volksgemeinschaft“ von Gleichgesinnten hat sich schon zusammengetan, u. a. Peter Glotz und Ralph Giordano, nur noch nicht der Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Für seine Attitüden außerhalb der konservativen „Volksgemeinschaft“ bezichtigte die CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Vertriebenenverbandes Erika Steinbach den Kanzler der Feigheit. Er habe „Angst vor unseren Nachbarn“. Und einer dieser Nachbarn, der frühere Außenminister Polens, Prof. Wladislaw Bartoszewski, widersprach dem selektiven Erinnern, das die Verbrechen der Faschisten relativieren soll. Der alte Herr im Nachbarland weiß wohl, wo das Erinnern anfangen müßte.

„Es ist also kein Zufall, daß die ersten Kulturen dort entstanden, wo der Arier im Zusammentreffen mit niederen Völkern diese unterjochte und seinem Willen untertan machte. Sie waren dann das erste technische Instrument im Dienste einer werdenden Kultur. Damit aber war der Weg, den der Arier zu gehen hatte, klar vorgezeichnet. Solange er den Herrenstandpunkt rücksichtslos aufrechterhielt, blieb er nicht nur wirklich der Herr, sondern auch der Erhalter und Vermehrer der Kultur“, verkündete Hitler in seinem als „Volksbibel“ verbreiteten Machwerk „Mein Kampf“.

Entsprechend den 1935 erlassenen Rassegesetzen resümierte „Reichsärzteführer“ Dr. Wagner gelegentlich der Einweihung des ersten deutschen Ärztehauses in Weimar am 10. 1. 37: „Der nationalsozialistische Staat geht nicht von Einzelmenschen aus, sondern sieht das Volk in seiner Gesamtheit. Die ärztliche Führung mußte deshalb an die Stelle der Individualhygiene die Rassenhygiene setzen; dem Schutz von Blut und Rasse müssen alle anderen Fragen untergeordnet werden. Wir haben heute 500 000 Juden, 200 000 Halbjuden und 100 000 Vierteljuden. Schon in der nächsten Generation werden wir keine Halbjuden mehr haben. Viele von diesen sterben ohne Kinder, aber die anderen Kinder werden Vierteljuden sein, für die die Ehegenehmigung eingeführt ist.“ (Greifswalder Zeitung, 12. 1. 1937, S. 2)

Wie viele Vertreibungen in die Gasanstalten erduldeten die Juden? Damit war für Hitler und seine geistigen Helfer die Rassenfrage „perfekt“ geklärt. Die gereinigte „Volksgemeinschaft“ konnte sich nun der „Raumfrage“ widmen. Jubelten doch die Christen, zu denen Sie, Frau Erika Steinbach, sich rein parteipolitisch

rechnen, anläßlich Hitlers Geburtstag schon 1933: „... können wir nur auf den Knien dankbar sein vor Gott, daß er unserem deutschen Volke diesen Mann erweckte. Wir wollen uns heute vereinigen in dem Wunsche: Gott, der Herr, schütze unseren Volkskanzler Adolf Hitler.“ So gratulierte Bundespfarrer Friedrich Peter namens der Bewegung „Deutsche Christen“. (Pommersche Zeitung, 21. 4. 33, S. 2)

Wie viele Christen inner- und außerhalb Deutschlands wurden von den Nazis aus dem Leben vertrieben?

Vom hochgelobten „Christen“ Adolf Hitler erfuhr die „Volksgemeinschaft“ in „Mein Kampf“ den Weg zur Beschaffung von Raum: „So, wie unsere Vorfahren den Boden, auf dem wir heute leben, nicht vom Himmel geschenkt erhielten, sondern durch Lebens Einsatz erkämpfen mußten, so wird auch uns in Zukunft den Boden und damit das Leben für unser Volk keine göttliche Gnade zuweisen, sondern nur die Gewalt eines siegreichen Schwertes.“

Wie viele Menschen wurden Opfer der Vertreibung durch die Kreuzzüge?

Hitler stellte in einer Rede am 28. 4. 1939 seine „Raumbedarfsforderung“, antwortend auf eine Note von Roosevelt, in einen Vergleich zu den USA: „In diesem Staat leben nicht wie in Amerika 15, sondern 140 Menschen auf dem Quadratkilometer. Die Fruchtbarkeit unseres Landes ist nicht zu vergleichen mit der Fruchtbarkeit des Ihren. Zahllose Bodenschätze, die Ihnen in unbegrenzten Mengen die Natur zur Verfügung stellt, fehlen uns.“

Auch die Briten konfrontierte Hitler mit seiner „Raumbedarfsforderung“. „Wenn 46 Millionen Engländer das Recht in Anspruch nehmen, 40 Millionen Quadratkilometer der Erde zu beherrschen, dann ist es kein Unrecht, wenn 82 Millionen Deutsche das Recht verlangen, in 800 000 Quadratkilometern zu leben, dort ihren Acker zu bebauen und ihrem Handwerk nachzugehen.“ (Adolf Hitler über Deutschlands Ziele. Berliner Illustrierte, Nachtausgabe, 6. 10. 1939)

Am 10. November 1937 erläuterte Hitler im Beisein von Göring, von Neurath, Räder, Blomberg und Fritsch seine Kriegsziele. Es handle sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluß an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse ... Für Deutschland laute die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei. (Das Urteil von Nürnberg. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1946, S. 30)

Wie viele „Besitzer“ wurden von den Nazis vertrieben?

Auf höheren Schulen gehörte es 1936 zum Lehrstoff, welche „Schande“ das Versail-

ler Diktat über Deutschland gebracht hatte: „In Versailles verlor Deutschland 13 % seiner Bodenschätze, 10 % der Bevölkerungszahl, sämtliche überseeischen Siedlungsgebiete, Rohstoff- und Absatzmärkte.“ (Dr. Walther Gehl. Geschichte für höhere Schulen – Mittelstufe, Ferdinand Hirt Verlag, Breslau, Heft 4, 1936, S. 106)

Hitler relativierte diesen Lehrstoff in einer Rede vom 28. April 1938: „... das deutsche Volk hat in Europa und außerhalb Europas rund 3 Millionen Quadratkilometer Land verloren. Dabei ist das ganze deutsche koloniale Reich, im Unterschied zu den Kolonien anderer Nationen, nicht durch Kriege erworben worden, sondern durch Verträge oder Kauf.“

Wie viele „Eingeborene“ wurden durch die Generäle Lettow-Vorbeck und Leutwein umgebracht und vertrieben?

In der gleichen Rede lobte der vorsehungsfreudige „Christ“: „Ich habe die uns 1919 geraubten Provinzen dem Reich zurückgegeben, ich habe Millionen von uns weggerissener, tief unglücklicher Deutscher wieder in die Heimat geführt, ich habe die tausendjährige historische Einheit des deutschen Lebensraumes wiederhergestellt.“

Wie viele Vertreibungen fanden allein aufgrund des Reichserbhofgesetzes dort statt?

„Durch die seit 1939 durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus Lettland, Estland und Litauen, aus Galizien, Wolhynien, Bessarabien, dem Buchenland und der Dobrudscha wurden rund 500 000 Deutsche in das Reich aufgenommen.“ (Der Neue Brockhaus, 1941, 1. Band, S. 521)

Joseph Goebbels hinterließ als Propagandaminister der Faschisten der „Volksgemeinschaft“ noch die folgenden einprägsamen Argumente für die Errichtung eines „Zentrums der Vertreibung“ in Berlin: „Der Krieg, den heute unsere Soldaten siegreich an allen Fronten durchfechten, ist für uns Deutsche mehr als nur ein Kampf um Rohstoffe und Lebensraum. Er bedeutet für unsere Volksgemeinschaft die Behauptung der europäischen Kultur, die wir Deutschen in unseren sicheren Schutz genommen haben.“ Und er fügte hinzu: „Hat jemand geglaubt, daß uns die historische Aufgabe der Neuordnung eines Kontinents leicht und fast unverdient in den Schoß fallen würde? Die Geschichte verschenkt nichts, sie bietet alles nur an. Wer da nicht zugreift, wird alles verlieren.“ (Goebbels: Das eherne Herz. Zentralverlag der NSDAP, München 1943)

So viel zum Thema Vertreibung und zu der Forderung der CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach, ein „Vertriebenenzentrum“ ausgerechnet in Deutschlands Hauptstadt zu errichten. **Hans Horn**

Unser Autor war in der DDR als Redakteur bei Rundfunk und Fernsehen tätig.

Ist das Abendland eigentlich christlich? (3)

Im Spiegel der zehn Gebote

Wenn ein Mensch jung und kräftig ist (und etwas Glück hat), kann er auch unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen sein Leben organisieren – und wenn er als Mecklenburger in Niedersachsen Koch wird oder als Thüringer in Stuttgart Autos montiert. Vielleicht hat er auch in der DDR-Christenlehre oder spätestens durch die Freundin im Westen von dem Gebot Kenntnis bekommen, das als das fünfte gilt: „Du sollst Vater und Mutter ehren, damit du lange lebst auf Erden!“ Wie beim sechsten Gebot steht auch hier der Schutz einer immer schon bedrohten Spezies Mensch im Mittelpunkt: der kranke, gebrechliche und fürsorgebedürftige Alte. Daß das Vorhandensein von Rentnern nicht als Bereicherung, sondern als gesellschaftlicher Ballast empfunden wird, ist heute bereits dem Zwanzigjährigen allgegenwärtig, falls er sich für die medial ausgetragenen Krämpfe um angebliche Rentenreformen, Pflegestufen und Alterssicherungen interessiert. Daß das schon einmal anders war, weiß er vielleicht von seinem 88jährigen Urgroßvater, der noch als 75jähriger Rentner sein bescheidenes Alterssalär mindestens verdoppeln konnte, weil ihn sein ehemaliger VEB immer noch als Pförtner oder Küchenhelfer brauchte. Daß er als Angehöriger der nichtberufstätigen Bevölkerung „dringend gesucht“ war, hatte ihn sogar stolz gemacht und ihm nebenbei die Kontakte verschafft, die ihn auch ein wenig leichter über den Tod seiner Frau hinwegkommen ließen. Solche Problemlösungen und Lebenshilfen sind dem Kapitalismus wesensfremd. Er bietet, soweit bezahlbar, blitzblanken Komfort in einem Pflegeheim mit gehetztem, überlastetem Personal. Der Urenkel aus Stuttgart kann ihn nur selten besuchen – er hat wahrlich andere Sorgen. Diese Sorge mit den Alten und Gebrechlichen, die in immer größerer Zahl die Gesellschaft belastet, ist längst auch zur Sorge unserer „christlichen“ Nachwuchspolitik geworden. Sie fragen sich und uns, ob es unbedingt nötig ist, einem 85jährigen noch ein neues Hüftgelenk einzusetzen. Ist eigentlich teure Intensivmedizin noch angemessen, wenn der Mensch die 80 oder die 75 oder die ... überschritten hat? Die CDU-Politikerin Reiche kann nur noch darüber stöhnen, daß solche Längerleben auf ihre Kosten, auf Kosten der Jungen, leben. Ist das gerecht? Auch die SPD will, wie zu hören ist, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit „neu definieren“, weil „die volle Verteilungsgerechtigkeit erreicht und jetzt eine neue Leistungsgerechtigkeit“ angestrebt werden muß. Man sollte mal darüber nachdenken, was Uropa Max mit kaputtem Hüftgelenk eigentlich noch leisten kann. Nur wer sich konsequent weigert, gewinnorientiertes Verhalten zu verinnerlichen, wird in seinen Eltern und Großeltern einen menschlichen Wert sehen. Denn: Nur *gegen* das herrschende



System kann das fünfte Gebot eingehalten werden!

Mit den nunmehr zu betrachtenden ersten vier Geboten hat es eine besondere Bewandnis, die sie von den anderen etwas abhebt: In ihnen geht es um ihren Autor und Begründer, den die hebräische Bibel auch JHWH nennt, den „Ich bin, der ich bin“ (oder „... der ich sein werde“). Und um den Umgang mit ihm, den er sich von den Seinen erhofft. Da lautet in der weiteren Reihenfolge das vierte der Gebote: „Du sollst den Feiertag heilig halten!“ (Kurzfassung). Die regierenden DDR-Kommunisten wurden gelegentlich dafür gescholten, daß sie einige der kirchlichen Gedenktage als staatliche Feiertage abschafften – ohne sie doch deswegen zu verbieten: Himmelfahrt, zweiter Osterfeiertag, Reformationstag, Bußtag. Dafür, daß sie zum Ausgleich den Sonnabendvormittag von der Wochenarbeit freistellten, wurden sie hingegen seltener gelobt. Seither mußten DDR-Christen, denen die Verkörperung Christi oder eine bußfertige Selbstprüfung wichtig waren, an diesen Tagen einen Nachmittags- oder Abendgottesdienst besuchen. Es kamen nach meiner langjährigen Erfahrung als Pfarrer im Schnitt zu solchem Gebot nicht mehr Personen zusammen als zu der Zeit, da man sich mit staatlicher Erlaubnis früh noch einmal mehr im Bett herumdrehen konnte. Kirchenfeindschaft? Atheistische Diktatur? Wohl kaum, sondern eher Rücksicht auf die Interessen einer werktätigen Mehrheit, denen damit ein zweitägiges freies Wochenende ermöglicht wurde (das ohne weiteres auch zum Besuch religiöser

Freizeiten genutzt werden konnte). Gewiß hat sich der arbeitsfreie siebte Tag der Woche bereits in einer frühen Form der agrarischen Gesellschaft herausgebildet, aber er scheint mit der Biologie des Menschen und der Rhythmik seiner soziokulturellen Bedürfnisse so tief übereinzustimmen, daß er sich bis in die hochspezialisierte Produktions- und Lebensweise unserer Zeit erhalten hat. Allerdings hat das gewinnorientierte Unternehmertum bereits tiefe Breschen in diesen Siebentage-Rhythmus geschlagen, indem es zu gleitenden Arbeitszeiten und Nonstop-Maschinenlaufzeiten übergegangen ist, die natürlich ein „flexibles“ Bedienungspersonal erfordern. Die dabei und in fast allen übrigen Tätigkeitsbereichen auftretende physische und psychische Auslaugung der Beschäftigten hat ein übriges dazu beigetragen, daß jeder in dieser „Job-Mühle“ Eingespannte sich seine Feiertage und -stunden irgendwie selbst organisieren muß. Für Millionen andere wiederum ist jeder Tag ein Feiertag, weil ihnen jegliche Arbeitstage gestohlen wurden durch Wegrationalisierung ihres Arbeitsplatzes. An dieser Stelle dürfen ruhig die Kirchen einmal lobend erwähnt werden, die zwar aus durchsichtigen Gründen auf die Freihaltung ihrer Feiertage von Staats wegen dringen, dabei aber zugleich – im Verein mit den Gewerkschaften – als Verteidiger humanitärer Restposten beim Ausverkauf von Menschenrechten agieren. Denn: Nur *gegen* das herrschende System kann das vierte Gebot eingehalten werden!

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Hamburgs „Rechtsstaatliche Offensive“ dauert an

Schill ohne Schill

Die Halbzeitpfeife für den Hamburger Senat kommen von wütenden Demonstrationen. Weite Teile der Bevölkerung sind von dem politischen Kurs betroffen, den vor nun zwei Jahren das Rechtsbündnis aus CDU, FDP und PRO (Partei Rechtsstaatliche Offensive) nach jenen Koordinaten einschlug, die der Senat aus SPD und Grünen vorgegeben hatte. Sein Ziel: eine glitzernde Metropole ohne Platz für Arme, Schwache, Flüchtlinge ...

Der mit 19 % Stimmenanteil herausragende Erfolg der PRO, geführt von dem durch drakonische Strafurteile berüchtigten Amtsrichter Schill („Richter Gnadenlos“), ermöglichte die Ablösung des SPD-Senats. Ausschlaggebend dafür war einerseits Enttäuschung über die durch Jahrzehnte lokaler Macht in einem mafiaähnlichen Filz verkommene SPD mit ihrem dümmlich-hohlen Kandidaten Olaf Scholz sowie dem nur noch auf fette Posten bedachten grünen Appendix. Andererseits verfangen die ausländerfeindlichen, rassistisch-faschistischen Parolen von Schill & Co bei Wählern aller Klassen und Stadtteile.

Doch gerade zum Innensenator und Vize-Regierenden ernannt, zeigte sich Schill als ein kaum mittelmäßiger Provinzpolitiker und Scharlatan. Aufsehen erregte er nicht mit politischen Erfolgen, welcher Art auch immer, sondern durch abstruse Vorschläge, Inkompetenz, Postenkungelei und Geldvergeudung – wie etwa für die von einem italienischen Modeschöpfer (!) entworfenen neuen Polizeiformen. Kokaingerüche – Schwamm drüber, das ist „in diesen Kreisen“ üblich – und wüste Pöbeleien kamen hinzu. Eine davon war zu dick: Nachdem Schill im Sommer den Ersten Bürgermeister häßlich beleidigte, bekam er noch vor der Halbzeit die „rote Karte“. Und auch seinen Abgang versah er mit einer Blase: Nun sei er nur noch „einfacher Abgeordneter“ und wolle mal „nach Kuba, um sich dort die letzten Zuckungen des dekadenten Castro-Regimes anzusehen“, ließ er die Medien wissen. Eine Diskussion über Schills Dekadenz löste das allerdings nicht aus.

Daß der „einfache Abgeordnete“ weiter die Fäden in seiner Partei zieht, versteht sich. Vorzeitige Neuwahlen müßte er zwar fürchten, denn nach Umfragen würde die PRO nur noch auf etwa 5 % – wenn nicht darunter – kommen. Doch CDU und FDP hüten sich schwer davor, den Stein ins Rollen zu bringen, weil der Niedergang der PRO sie die Mehrheit kosten würde. So ist es seit einigen Wochen in der Hamburger Politik ohne Senator Schill zwar stiller geworden, doch nicht anders:

Die Bauwagenbewohner der „Bambule“, die Schill durch seine Truppen vor genau einem Jahr von ihrem Platz vertreiben ließ – weshalb Herbst und Winter dann „heiß“ wurden –, sind weiter ohne Bleibe. Als im Oktober symbolisch ein geeigneter Standort besetzt wurde, kam es zu den ge-

wohnten Massenfestnahmen von über 80 Menschen. Davon unbeeindruckt demonstrierten am 18. 10. etwa 2000 Hamburger für Bauwagenplätze, gegen den Senat und seine antisoziale Politik.

Durch die Innenstadt zu marschieren ist allerdings unmöglich geworden. Noch vom SPD-Senat begonnen, haben seine rechten Erben das Verbot von Demonstrationen in der City nahezu total gemacht; die Gerichte segnen die Verfügungen ab und Hunderte bis Tausende Polizisten sorgen für das weiträumige Abriegeln der Einkaufsmeilen. Daß sie damit den Geschäften Umsatzverluste von 50 % und mehr bescheren, rechnen deren Besitzer dem Rechtsblock kaum als einen Erfolg an.

Ganz auf der Linie Schröders besteht der Senat die Ärmsten: Gekürzt wurde den Empfängern von Sozialhilfe das Kleidergeld, gestrichen das günstige Billett für den Verkehrsverbund. Von Kappungen oder Schließung bedroht sind zahlreiche Einrichtungen für Frauen, Arme, Alte und Kranke. Ein CDU-Politiker fand gar, daß „die Treffpunkte für Arme nur mehr Armut erzeugen“. Ob sich der Mann bewußt ist, daß mit fast wortgleicher Begründung vor 60 Jahren die Faschisten im Warschauer Ghetto die „Punkte“ – letzte Bleibe der am meisten Verelendeten – liquidierten? In Europas reichster Stadt fand jedenfalls am 8. November der 2. Bettlermarsch gegen die Senatspolitik statt ...

Besonders unmenschlich sind die vor allem von Schill & Co vorangetriebenen Maßnahmen gegen Flüchtlinge, die doch noch „das Tor zur Welt“ erreichen. Zwar

hatte Hamburg auch unter der SPD und den Grünen die bundesweit höchsten Abschiebezahlen. Die Zwangsverabreichung von „Brechmitteln“ an des Drogenhandels verdächtige Menschen, vor allem aus Afrika, hat übrigens noch ein SPD-Senator angeordnet. Doch erst unter Schill wurde dies zur gängigen Praxis, die willige Mediziner im Universitätskrankenhaus Eppendorf ausführen. Daß bereits ein Mensch an dieser lebensgefährlichen Methode sterben mußte, hat keineswegs zur Beendigung des „Brechmittel“-Einsatzes geführt. Schill-Nachfolger Nockemann läßt ihn ebenso fortsetzen wie die rassistischen Körpermessungen, um angeblich das „Alter“ von Flüchtlingen zu ermitteln ...

Auf einem Wohnschiff am Elbufer gibt es seit dem 1. 10. ein sogenanntes Ausreisecenter (s. RF 57, S. 13). Dort exekutiert die Schill-Partei die Weisungen von SPD-Innenminister Schil(l)y: Für die Internierten gibt es keine Rechtsberatung mehr, dafür aber Polizei und Ausländerbehörde gleich an Bord. Und dieses Boot ... wird immer leerer. Es gelangen nicht nur ständig weniger Flüchtlinge hierher – die unter Schill zur radikalsten Flüchtlingspolitik der BRD gewordene Hamburger Methode läßt viele schnell wieder „verschwinden“: durch Abtauchen in die Illegalität, Ausweichen in andere Bundesländer oder Abschiebung. So plant der Schill-Nachfolger z. Z., die mit über 1000 Angehörigen größte afghanische Gemeinde Europas zu liquidieren. Als eine weitere Verschärfung steht für 2004 ein Verbot für die Frauenhäuser der Stadt an, von Gewalt bedrohte weibliche Flüchtlinge aufzunehmen: Sie sollen in einem zentralen – also auch den Peinigern bekannten – Lager untergebracht werden.

Zum Schluß noch ein Wort zur Verscherbelung öffentlichen Eigentums, zwar auch begonnen von der SPD, doch nun weit enthemmter: „Filetstücke“ der Hafengebiete und der landeseigenen Krankenhäuser, selbst Berufsschulen sollen „privatisiert“ werden. Und während die Elbufer weiter mit in der Krise leer bleibenden Palästen zugebaut werden, steigen die Mieten, wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Viele Menschen müssen die von Kaviarfressern beanspruchten Viertel verlassen.

„Hamburg – Stadt der Klassengegensätze“ heißt eine vom hiesigen DKP-Bezirk noch unter dem SPD-Senat herausgegebene Analyse. Und dem, was Ortwin Runde, Olaf Scholz, Christa Sager und Kumpanei begannen, haben die Schills und von Beusts nur mehr Tempo verliehen – mit noch weniger Skrupeln.

Werner Hoppe



Karl Landskron: Vom Chemielaboranten zum leitenden Leuna-Ingenieur

Eine typische DDR-Biographie

Die Grundschule habe ich 1946 in Halle beendet. Damals besorgte ich mir in Leuna eine Lehrstelle. Ich wollte Facharbeiter im Labor werden. Infolge langer Krankheit beendete ich die Ausbildung erst 1951. Danach war ich in einem Betriebslabor tätig. Weil ich fleißig, selbständig und gewissenhaft arbeitete und dabei bereits einen Forschungsauftrag erfüllen durfte, empfahl mir der Laborleiter zu studieren. Mit einem Vertrag von Leuna, der meine Betreuung vorsah und einen Arbeitsplatz nach dem Studium garantierte, habe ich das dann an der Ingenieurschule für Chemie in Köthen getan. 1954 war ich fertig. Verrückterweise (jeder, der mich heute kennt, findet das besonders kurios) fiel ich bei der Abschlußprüfung ausgerechnet im Fach Gesellschaftswissenschaften durch. Ein älterer Dozent bestellte mich daraufhin zu sich. (Er war, wie ich später erfuhr, Kommunist und hatte wegen seiner Gesinnung viele Jahre im Konzentrationslager zubringen müssen.) Nach einem längeren Gespräch riet er mir, mich intensiv mit Hegels Dialektik zu befassen und eine Arbeit darüber zu schreiben. Das habe ich dann auch getan, so daß ich die Ingenieurprüfung bestehen konnte. An der Dialektik habe ich großen Gefallen gefunden, vor allem während meines späteren Studiums an der Bezirksparteischule (1970/71), wo ich die Dialektik, wie sie Friedrich Engels erklärte, kennenlernte. Doch wenn man mich jetzt direkt fragen würde, was Dialektik ist, müßte ich erst nachsehen – die Verbindung mit den jeweiligen Situationen aber hat man intuitiv.

Nach einigen Jahren Tätigkeit in Leuna – ich arbeitete in der Versuchsgruppe Salz (im Versuchslabor sowie in Technikas) wuchs mein Interesse für die chemische Technologie. Dabei stellte ich fest, daß mir Kenntnisse auf dem Gebiet der Verfahrenstechnik fehlten. Das Leuna-Werk erteilte mir deshalb die Erlaubnis, ein Fernstudium an der Ingenieurschule für Energie in Leipzig-Markleeberg aufzunehmen. Es dauerte von 1957 bis 1961. Diese Qualifizierung habe ich sehr erfolgreich bewältigt. Sie war die Voraussetzung für mein ganzes weiteres Wirken in Leuna. Denn als ich kurz vor dem Abschluß des Studiums stand, wurde dort die Harnstoff-Versuchsanlage als eigenständiger Betrieb geschaffen. Ein etwa gleichaltriger Chemiker leitete sie. Wir kannten uns recht gut, und weil er einen Stellvertreter suchte, war es naheliegend, daß er mich dafür anheuerte.

Inzwischen wurden in der Mitte unseres volkseigenen Werkes Vorbereitungen für den Neubau einer größeren Harnstoff-Anlage getroffen. Bei der Durchsicht der Projektunterlagen bemerkte mein neuer Chef, daß darin einige „faule Eier“ steckten, die er sofort beseitigen ließ. Mißtrauisch geworden, meinte er zu mir: „Du hast genug studiert, nun nimm Dir mal den ganzen Kram vor und betrachte alles gründlich.“ Das war eine Aufgabe nach meinem Geschmack, und wie sich

später zeigen sollte, ein Glücksumstand zugleich. Ich habe alles genau durchgerechnet, bis spät in die Nacht und an Wochenenden. Doch immer wieder tauchten erhebliche Fehler auf, aber auch Zweifel, ob die erzielten Ergebnisse richtig seien. Schließlich stimmte alles. Die neuen Erkenntnisse schlugen ein wie eine Bombe. Denn die Anlage befand sich bereits in der Bauphase, und es mußte nun vieles geändert werden. Da ich dafür jedoch einfache Lösungen anbieten konnte, wurde das Objekt fertiggestellt und der Probetrieb aufgenommen. Alles ging gut, und nach kurzer Zeit begann die Betriebsphase. Jetzt konnte auch die zweite Baustufe eingeleitet und zum Abschluß gebracht werden. Mit der gesamten Anlage wurde schließlich mehr Harnstoff erzeugt, als ursprünglich geplant war.

Da mein Chef für neue größere Aufgaben vorgesehen war, wurde ich Leiter des Harnstoffbereichs. Zugleich erweiterte man mein Aufgabengebiet. Ich mußte mich mit Synergie des Werkes befassen und lernte mit der Analytik betrieblicher Ereignisse umzugehen, besonders bei Störungen. Damit hatte mich der gute Herrmann indirekt zu einem anerkannten Fachmann gemacht.

Mit der Kombinationsbildung wurde aus unserem Bereich die Direktion Stickstoffprodukte, zu der später andere Betriebe, darunter die Ammoniakfabrik, kamen. Nun war ich Abteilungsleiter für Produktionslenkung und Stellvertreter des Betriebsdirektors. Umzudenken gab es nicht viel, dafür aber boten sich Möglichkeiten, neue Produktionen kennenzulernen.

Es war mir klar, daß mich die Leitungsmitglieder der nun angeschlossenen Bereiche mit Skepsis betrachten würden. Deshalb bin ich nie unvorbereitet zu Beratungen gegangen, bei denen man von mir Hilfe erwartete. Im Laufe der Zeit erwarb ich mir Anerkennung und vor allem weitere Freunde. Inzwischen war ich ein respektierter Analytiker von betrieblichen Situationen, besonders von Störungen, geworden. Diese konnte ich zwar nicht verhindern, aber deren Auswirkungen minimieren. Man zeichnete mich mehrfach als Aktivist, als Verdienter Aktivist und mit der Verdienstmedaille der DDR aus. Etliche Male wurde ich zum Erfahrungsaustausch und zur Begutachtung von Harnstoffanlagen in die Sowjetunion, nach Polen, Bulgarien und der CSSR entsandt. Als sich die DDR dann anschickte, moderne Harnstoffanlagen in Leuna und Piesteritz zu bauen, begab sich eine Delegation aus Leitern und Experten nach Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Japan und in die USA. Man nahm mich als Spezialisten mit. Dafür durfte ich die Reiseberichte schrei-

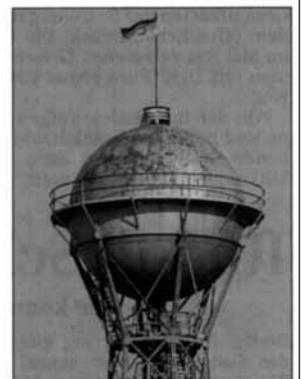
ben. Doch viel wertvoller war für mich das gute Verhältnis zu den Produktionsarbeitern, qualifizierten wie angehenden. Ein Beispiel mag das illustrieren. Es berührt mich noch heute. Werner Hirsch sollte Ingenieur werden. Das vermasselte er sich durch Frauengeschichten und übermäßigen Alkoholgenuß. So wurde er in die Gipsmühle der Amonsulfat-Fabrik versetzt. Es handelte sich um einen Betrieb mit viel Lärm, Staub und harter Arbeit. Nachdem er sich mit Fleiß eingefuchst hatte, ernannte man ihn zum Schichtleiter.

Jedes Jahr feierte die Betriebsdirektion am Tag des Chemiearbeiters ein großes Fest im Klubhaus Leuna. Dort traf ich auf Werner Hirsch. Da ich tüchtige Menschen schätze – und trotz seiner Schwächen gehörte er dazu –, kamen wir beide gut ins Gespräch. Dabei bot ich ihm das kameradschaftliche Du an. Er war sichtlich erstaunt und meinte: „Chef, das geht nicht.“ Nachdem ich ihm klargemacht hatte, daß er mit dem Du keinerlei Vorteile erwerbe, akzeptierte er es mit den Worten: „Geht klar, Chef.“ An einem Wintertag entstand in der Gipsmühle eine bedrohliche Situation. Der Rohstoff Anhydrit-Knorpel ließ sich nur noch mit Eisenstangen aus den Waggons bringen. Alle Männer der Verwaltung mußten laut Winterplan mit zupacken. Als Produktionsleiter der Betriebsdirektion wollte ich an Ort und Stelle sehen, wie sich die Lage bewerkstelligen ließ. An dieser Schicht nahm auch Werner Hirsch teil. Als ich so mitstocherte, sah er mich, kam auf mich zu und fragte: „Ist das heute Deine einzige Sorge, Chef?“ Es war wirklich nicht die einzige. Ich sagte ihm das. Seine Reaktion war kurz und bündig: „Gib die Stange her, und mach, daß Du in Deine Leitstelle kommst, Chef. Das hier ist meine Sache. Wenn der Zug leer ist, rufe ich Dich an, damit Du eine Sorge weniger hast, Chef.“ Das geschah bald darauf.

Nach der „Wende“ wurde auch dieser Betrieb stillgelegt. Werner Hirsch hatte damit seine Heimat und seine Familie verloren. Und so auch sich selbst.

Über Deutzens Wasserturm weht wieder die DDR-Flagge

Deutzen. In Deutzen reiben sich die Einwohner die Augen. Denn über der Wasserkugel flattert eine DDR-Fahne. Niemand weiß, wie sie auf den 60 Meter hohen Turm gekommen ist. Vermutlich wurde die Flagge um den 3. Oktober aufgehängt, glaubt die stellvertretende Bürgermeisterin Renate Blonski. Ratlosigkeit auch bei der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV), der die Wasserkugel gehört. Unklar ist, ob und wie das Symbol entfernt werden soll, denn die Besteigung des Turms ist lebensgefährlich. Verbote sei die Fahne nicht, erklärt Polizeisprecher Andreas Björn Meinel.



Witzig oder kriminell? Die DDR-Fahne über Deutzen. Foto: Döring

Wie sich ein leitender DDR-Diplomat mit dem Berlin-Problem konfrontiert sah

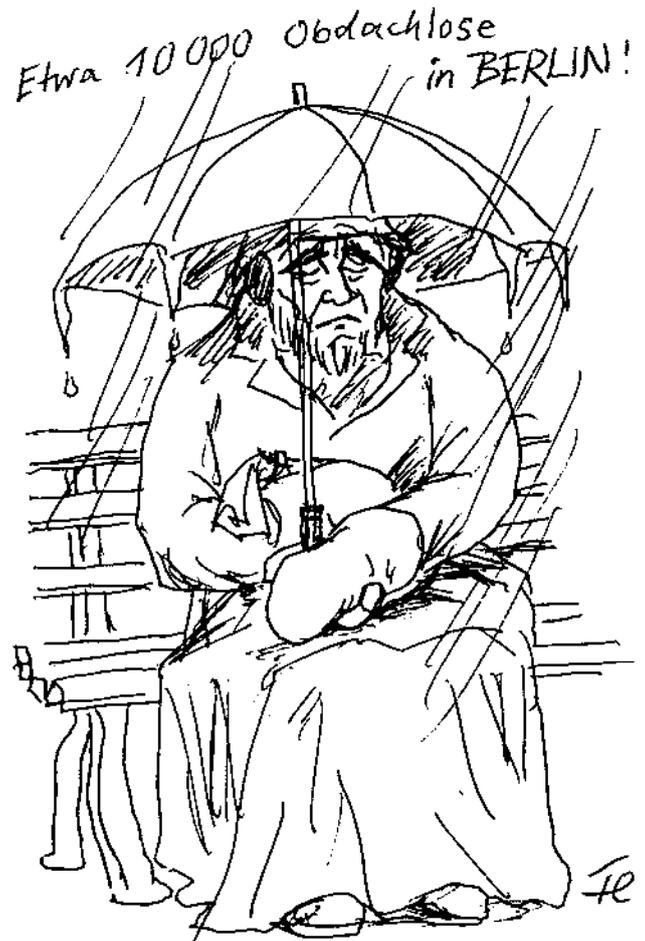
Akteur des Geschehens

Neben Fußnoten in politischen Sachbüchern sind in der Regel Dokumente von völkerrechtlicher Relevanz für den Autor und den Leser besonders wertvoll. Sie geben Auskunft über Motive und Hintergründe politischer Entscheidungen von geschichtlicher Bedeutung. Dr. Joachim Mitdank, ehemals Leiter der Abteilung Westberlin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (1968 – 1978), wurde oft gefragt, wo und wann eigentlich das Berlin-Problem entstand. Diese Fragen beantwortet das „Protokoll über die Besatzungszonen und die Verwaltung von Berlin vom 12. September 1944“. Die Jahreszahl ist kein Druckfehler. Sie benennt das exakte Datum der Unterzeichnung des Protokolls durch die ermächtigten Vertreter der UdSSR, der USA und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (UK), die Herren F. Gusew, John G. Winant und William Strang. Zu dieser Zeit lagen große Teile von Berlin schon in Schutt und Asche. Im Protokoll, das dann noch ergänzt und von den beteiligten Regierungen der Siegermächte bestätigt wurde, heißt es schon im Abschnitt 1: „Deutschland, ... wird zum Zwecke der Besetzung in drei Zonen ... und ein besonderes Berlin-Gebiet, das gemeinsam von den drei Mächten besetzt wird, eingeteilt.“ Frankreich kam im Juni 1945 dazu und erhielt eine eigene Besatzungszone. Schließlich wurde ein Alliiertes Kontrollrat in Berlin etabliert. Eigentlich wollte ihn USA-Präsident Eisenhower an der Grenze von Thüringen zu Bayern unweit Coburgs einrichten. Doch Stalin setzte sich mit Berlin durch. Übrigens kommt Mitdank zu dem Schluß, daß Eisenhowers Vorschlag „der Welt viel Ärger erspart und der DDR eine ungestörte Entwicklung ermöglicht“ hätte. Der Leser darf an dieser Stelle des Buches mit dem wenig verkaufsträchtigen Überlängen-Titel seine Zweifel haben. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gab es zwischen den Großmächten immer wieder Streit.

Der erfahrene DDR-Diplomat beschreibt die separate Währungsreform, „die Deutschland und Berlin spaltete“, die Berlin-Krise 1948/1949, Adenauers Absicht, Groß-Berlin als zwölftes Bundesland in die BRD aufzunehmen, die sogenannte Blockade Westberlins durch die UdSSR, den „geheimen“ Kanal zwischen Moskau und Bonn (KGB-General D. W. Keworkow und Staatssekretär Egon Bahr waren die Akteure) bis zum Vierseitigen Abkommen, dem von der DDR vorgeschlagenen Passierschein-Abkommen, dem Transit-Abkommen, dem beiderseitigen Gebietsaustausch bei Berlin und so manche andere Querelen mit dem Schöneberger Senat. Der Berlin-Status belastete auch die internationalen Beziehungen der DDR. Entgegen den Einwänden der Bonner Regierung und der westlichen Alliierten besuchte 1977 Finnlands Präsident Urho

Kekkonen die DDR und führte in Berlin offizielle Gespräche. Er besichtigte das Neubaugebiet in Marzahn. Danach war er im Trainingszentrum Kienbaum. Es sei nur am Rande vermerkt, daß der schwedische Ministerpräsident Olof Palme noch 1984 auf eine Visite in der DDR-Hauptstadt verzichtete. Er landete statt dessen auf einem NVA-Flugplatz bei Peenemünde.

Mitdank berichtet über verschiedene Episoden, die er als ehemaliger Verhandlungspartner und als Beauftragter der DDR-Regierung mit Vertretern des Senats erlebte. So u. a. über einen nächtlichen Inkognito-Besuch Willy Brandts beim sowjetischen Botschafter in der DDR Pjotr Abrassimow in Ostberlin am 18. Juni 1968. Brandt wurde bei seinem Grenzübertritt von Studenten erkannt. Sie informierten sofort die Westberliner Presse. Als er in den frühen Morgenstunden des 19. Juni wieder am Grenzübergang nach Westberlin einreiste, erwartete ihn dort ein großer Pulk von Reportern und Fotografen. Die DDR-Führung erfuhr erst aus den Westberliner Zeitungen von diesem ungewöhnlichen Besuch des BRD-Vizekanzlers und Außenministers bei Abrassimow. Amüsant ist auch folgende Episode: Ein US-General beschwerte sich beim sowjetischen Armeekommando in Wünsdorf. Er war erbost über einen stundenlangen Aufenthalt in Helmstedt und machte die DDR-Behörden für seinen nicht beheizten Salonwagen verantwortlich. Als im Januar 1990 der britische Außenminister Douglas Hurd die DDR besuchte, war Mitdank schon Botschafter im Vereinigten Königreich. Er begleitete, üblicher diplomatischer Praxis entsprechend, den Gast von Ministerpräsident Hans Modrow nach Leipzig, wo Hurd nach den Gesprächen mit seinem Gastgeber auf eigenen Wunsch die Karl-Marx-Universität und die Nikolaikirche besuchte. Vor seinem Rückflug nach London führte ihn der Weg noch ans Brandenburger Tor. Hier wurde Hurd nachdenklich und sagte zu seinem Begleiter Mitdank: „... über das System von Jalta ist viel geschrieben und gesprochen worden. Feststehen dürfte, daß wir mit diesem System 40 Jahre recht friedlich und auch glücklich gelebt haben. Jetzt müssen wir sehen, was kommt!“



Grafik: Arno Fleischer

Joachim Mitdank war viele Jahre Mitgestalter der Berlin-Politik der DDR. Er hat über diese Zeit seiner diplomatischen Tätigkeit ein interessantes und ehrliches Buch geschrieben. Es ist das 41. Werk von Autoren des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. Es lohnt sich, auch die 66 beigegefügtten Dokumente zu beachten, die es dem Leser ermöglichen, strittige Punkte der zahlreichen Verhandlungen zu erkennen, an denen der Zeitzeuge Mitdank aktiv beteiligt war. Übrigens: Heute wissen wir mehr: Das kapitalistische Berlin ist pleite. Es hat gerichtsnotorisch einen verfassungswidrigen Haushalt, und seine Schuldenlast beträgt 50 Mrd. Euro. In Deutschland gibt es fast viereinhalb Millionen Arbeitslose und ein kollabierendes Gesundheitssystem. Aber das ist schon wieder ein neues Thema. **Franz-Karl Hitzte**

Joachim Mitdank: Die Berlin-Politik zwischen dem 17. Juni 1953, dem Viermächte-Abkommen und der Grenzöffnung 1989 – Erinnerungen eines Diplomaten, trafo-verlag, Berlin 2003, 337 S., 29,80 Euro, ISBN 3-89626-392-7

Das Buch ist u. a. im Kleinen Buchladen im Berliner Karl-Liebknecht-Haus erhältlich.

Zur Dialektik von Reform und Revolution

Im „RotFuchs“ (Juni 2003) habe ich in einer Polemik zur PDS-Programmatik bemerkt, daß heute radikaldemokratische Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft notwendig seien, die „welt-historisch an den Übergang zum Sozialismus heranführen und ihn einleiten könnten“. Manfred Höfer fragte daraufhin in einem Leserbrief (RF Juli 2003), worauf diese Strategie eigentlich konkret abziele. Eine am Profit orientierte Ökonomie wäre durch politische Machtverschiebung in die „Interessen“ des Gemeinwesens einzuordnen, was auf die Etablierung eines gelenkten und kontrollierten Kapitalismus hinauslaufe.

Dieser Logik kann ich nicht folgen. Daß meine Position nichts mit solchen alternativen Reformen der PDS-Programmatik zu tun hat, die demokratischen Sozialismus als „transformatorisches Projekt“ auffassen, das mitten in der kapitalistischen Gesellschaft bereits Konturen gewinnen kann, versteht sich. Für diesen modernen (Bourgeois-)Sozialismus trifft wohl alles zu, was Marx und Engels Mitte September 1879 im Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a. (MEW 19/150 ff.) zu dem Versuch von Bernstein, Höchberg und Schramm schrieben, die Sozialdemokratie in eine kleinbürgerliche Partei umzuwandeln. Eine Kostprobe: „Man schaffe den Klassenkampf ab, und die Bourgeoisie und alle ‚unabhängigen Menschen‘ werden sich nicht scheuen, mit ... (uns) Hand in Hand zu gehn!“

Der von mir erwähnte Sachverhalt ist als ein Problem der Übergangsformen in der Strategie der sozialistisch-kommunistischen Bewegung entwickelter kapitalistischer Staaten zu begreifen. Rosa Luxemburg brachte die marxistische Position zum Verhältnis von Reform und Revolution in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ (Leipzig 1899) auf den Punkt. Reform und Revolution sind als zwei Momente in der kapitalistischen Klassengesellschaft zu betrachten. In welthistorischer Dimension gewinnt diese Aussage – herausgelöst aus der engen Korrelation dieser Entwicklungskomponenten des Klassenkampfes in jener Zeit – wachsende Bedeutung.

Sozialistische Umwälzungen sind in den kapitalistischen Metropolen noch nicht in Sicht. Insofern ist das politische Zentralproblem nicht die „Revolution“, sondern die Reform. Der Sozialismus wird nicht wie die Minerva dem Haupt des Jupiter entspringen. Der Machteroberung durch die Arbeiterklasse wird wahrscheinlich eine lange Periode des Kampfes um radikaldemokratische Reformen vorausgehen, die dem kapitalistischen System durch evolutionäre Entwicklungen und revolutionäre Brüche in der Eigentumsstruktur und in den Machtverhältnissen grundlegende gesellschaftliche Fortschritte abringen. Meines Erachtens müßten Eckpunkte solcher Reformen sein: die fundamentale Demokratisierung der Gesellschaft, ein Optimum an ökologischer

Nachhaltigkeit, eine bestmögliche Menschenrechtsverwirklichung, Eingriffe in das monopolkapitalistische Eigentum und auf dieser Grundlage Umformung der kapitalistischen Produktionsweise. Der Sozialismus wird also nicht ohne einen mehr oder weniger langen und komplizierten „Vorbereitungszeitraum“ mit „Zwischenstationen“, die zunächst an die Schwelle der Systemüberwindung heranführen, zu haben sein. Es versteht sich von selbst, daß es sich hierbei um erbitterten Klassenkampf handelt.

Engels meinte: „Übergangsetappen zur kommunistischen Gesellschaft ... das ist der schwierigste Stoff, den es gibt, weil die Bedingungen sich in einem fort ändern.“ (MEW 38/128) Und dies gilt mehr denn je für die Dialektik von Reform und Revolution heute. Auf sie wirken Faktoren korrelativ ein – von der Niederlage des europäischen Sozialismus, der „neoliberalen“ Entfesselung des modernen Imperialismus bis hin zur Formierung vielfältiger Gegenbewegungen. Da es in diesem historischen Radius nicht „logisch“, sondern dialektisch (widersprüchlich) zugeht, verbieten sich auch „statische“ Etappenschemata. Sein Kulminationspunkt ist die historische Notwendigkeit des Sozialismus – befreit von vulgärmaterialistischen Intentionen.

Die Dialektik von Reform und Revolution ist in dieser Sicht theoretisch zu begreifen und praktisch zu bewältigen. Dabei ist der Kampf für radikale Reformen mit grundsätzlicher theoretischer und praktischer Kritik des kapitalistischen Systems zu vereinen – eingedenk dessen, daß ein künftiger Sozialismus, der auch die Erfolge des realen Sozialismus fortführen wird, in den Widersprüchen und ihrer Lösung wurzelt, die dem heutigen Imperialismus eigen sind. Er wird alle Errungenschaften der menschlichen Zivilisation bewahren und auf eine höhere Stufe heben. Auch diese Tatsache muß „Anknüpfungspunkt“ sein, um breite Volksschichten für eine konsequent demokratische Reformstrategie und für den Weg zum Sozialismus zu gewinnen.

Wie sich die Überwindung des alten Systems durch den Sozialismus vollziehen wird, ist eine andere Frage. Hier gilt grundsätzlich, daß die Arbeiterklasse historisch selbst lernen muß – nach Engels –, „daß ihr durch andere keinerlei dauernder Vorteil verschafft werden kann, sondern daß sie ihn sich selbst verschaffen muß, indem sie zuallererst die politische Macht erobert“. (MEW 7/230) Weiter: Die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln ist die entscheidende Bedingung für den Sozialismus.

Prof. Dr. habil. Ingo Wagner

Zum Tod von Vera Pickova

Am 17. August 2003 starb die herausragende tschechische Journalistin Vera Pickova, Widerstandskämpferin und Kampfgefährtin von Julius Fucik, 83jährig in Prag. Wir wollen ihr ein bleibendes Andenken bewahren – und zwar in Form einer Broschüre oder eines Büchleins in deutscher und tschechischer Sprache. Die Anregung dazu kam fast gleichzeitig von verschiedenen Seiten, von Genossen und Freunden, die Vera schätzten, so auch von der SDAJ-Gruppe „Roter Stern“ aus Dresden/Freiberg.

Vera Pickova hat die Hölle des Hitler-schen Konzentrationslagers Ravensbrück überstanden, wo sie zusammen mit Irma Thälmann und den aus Lidice deportierten Frauen inhaftiert war. Nach der Befreiung vom Faschismus beteiligte sie sich aktiv am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der CSSR. In jüngster Zeit wurde sie in ihrer Heimat und im Ausland, auch bei uns, durch ihre Initiative zur Wiederherstellung des Rosengartens von Lidice bekannt. Auch als Vorsitzende der Prager Bürgerinitiative „Vdecnost“ (Dankbarkeit) bewies sie ihr außergewöhnliches Durchsetzungsvermögen. Diese Initiative erzwang die Wiederaufstellung der Skulp-



Foto: Gabriele Senft

tur der tschechischen kommunistischen Journalistin Jozka Jaburkova auf dem Ehrenfriedhof der Hauptstadt.

Und an einer weiteren Front des Kampfes gegen den Antikommunismus blieb Vera Pickova erfolgreich: Die Neuauflage der durch sie ins Deutsche übersetzten „Reportage unterm Strang geschrieben“ von Julius Fucik ist vor allem ihrem Einsatz zu verdanken.

Auch in unserem Land war die angesehene Journalistin keine Unbekannte. Erst im Juni 2003 nahm sie als Berichterstatterin

für die KSCM-Zeitung „Halo noviny“ am Pressefest der UZ in Dortmund teil, wo sie auch den „RotFuchs“-Stand besuchte.

Um unseren Wunsch umsetzen zu können, wollen wir zunächst Briefe und Fotos von der verstorbenen Kampfgefährtin, Aufzeichnungen über persönliche Erlebnisse mit Vera und Tonbandmitschnitte sammeln, um sie anschließend zu sichten und dann in der von uns geplanten Publikation zusammenzufassen. Material kann an Gabriele Senft, Salvador-Allende-Str. 81, 12559 Berlin, oder an Wolfgang Nicolas, Dorfstr. 16 b, 18519 Brandshagen, geschickt werden.

Rosi und Wolfgang Nicolas

Am 10. Dezember wird der „Tag der Menschenrechte“ zum 55. Mal begangen

Gabi Zimmer belehrt Castro

Gabi Zimmer sorgt sich neuerdings ganz besonders um die Menschenrechte in Kuba. Sie sorgt sich so sehr, daß sie in der „taz“ das Menschenrecht der Grünen-Politikerin Claudia Roth auf Einreise nach Havanna einklagte und über die „Frage der Überlebenschance des kubanischen ‚Modells‘ in einer grundlegend veränderten Welt“ zu sinnieren begann.

Gabi Zimmer wurde von Lesern des ND in Briefen kritisiert. Manfred Wekwerth forderte am 10. Oktober „solidarisches Denken und Handeln“ von der „demokratischen Sozialistin“ ein. Ist das etwa unbillig? Herbert Schwenk warf demgegenüber (im ND vom 13. Oktober) die Frage auf, was aus der kubanischen Revolution geworden sei und zählte zu deren „Sünden“ die „Folgen ihres militärischen Exports nach Afrika und Südamerika“. Ob Kubas Solidarität mit revolutionären Regimes positiv oder negativ zu bewerten ist, sollte man getrost den betroffenen Völkern überlassen. Denken wir nur an Angola, dessen MPLA-Regierung ohne Kubaner vom einstigen Apartheid-Regime Südafrikas und den CIA-gelenkten Banden Savimbis und Holden Robertos überrannt worden wäre! Daß „militärischer Export“ nicht immer konterrevolutionär ist, erkennt sogar Gregor Gysi in seinem jüngsten Buch „Was nun?“ am Beispiel Napoleons an.

Nach den Leserbriefen erhielt Gabi Zimmer am 14. Oktober vom ND das Wort: „Gerade weil ich Sympathie empfinde“ ist ihr Beitrag überschrieben. „Die Vollstreckung von Todesurteilen an Bootsführern und der daraufhin entbrannte Streit zwischen der kubanischen Regierung und anderen über die Durchsetzung der Menschenrechte“, formuliert sie unscharf. Da muß gefragt werden: Wer sind die „anderen“, mit denen die kubanische Regierung streitet? Weshalb nahm der „Streit“ eine Dimension an, die kubanische Richter zwang, die Höchststrafe gegen „Bootsführer“ auszusprechen, wohl wissend, daß nun von „anderen“ eine maßlose Anti-Kuba-Kampagne folgen würde? Gehört es zu den Aufgaben einer früheren PDS-Vorsitzenden, sich in die ideologischen Fußstruppen eines George Bush II. beim Kreuzzug gegen Kuba einzureihen? Solche Fragen wird Gabi Zimmer strikt zurückweisen, liegen ihr doch allein und ausschließlich die Menschenrechte am Herzen. Kann es ein edleres Ziel geben?

„Gerade weil ich das Anliegen der kubanischen Revolution, den jahrzehntelangen Kampf des kubanischen Volkes gegen die Embargo- und Blockadepolitik, die Solidarität der Menschen in Kuba mit den Ärmsten der Armen in Lateinamerika und Afrika mit viel Sympathie verfolge, mache ich mir Sorgen, daß die kubanische Regierung, daß Fidel Castro vergleichbare Fehler wie die DDR-Führung machen.“ Was erwartet der Leser, dem logisches Denken nicht fremd ist? Gabi Zimmer müßte Fidel

Castro die „vergleichbaren Fehler“ unverzüglich mitteilen. Aber vielleicht denkt er ja selber nach?

War die DDR zu leichtfertig im Umgang mit Konterrevolutionären, die sich in die Toga von Menschenrechtlern und Pazifisten warfen? Hat sie falsch eingeschätzt, welchen Stellenwert das „Recht auf Freizügigkeit“ in der imperialistischen Strategie zur Unterminierung der DDR hatte? Es könnten auch andere Fragen sein, aber Fidel Castro erfährt sie von Gabi Zimmer nicht, obwohl davon, wie sie meint, das Schicksal der kubanischen Revolution – wie damals das der DDR – abhängt.

Wer die internationale Politik der letzten Jahrzehnte nicht völlig verschlafen hat, weiß genau, daß die Menschenrechte – in Reden und Erklärungen – eine exponierte Rolle gespielt haben. Sogar die Bundeswehr hatte seit den Zeiten von Strauß ein spezielles Zentrum für psychologische Kriegsführung, dessen Hauptaufgabe die Zersetzung der DDR war. Alard von Schack und andere erarbeiteten Anfang der 60er Jahre die Konzepte für die „Konterrevolution auf Filzlätschen“, wie DDR-Außenminister Otto Winzer Bahrs Strategie „In der Umarmung erdrosseln!“ nannte.

Aus heutiger Sicht ist deren „Erfolg“ kaum bestreitbar. Hatte die DDR-Führung diese Waffe des Gegners unterschätzt?

Der altersweise Willy Brandt gehörte zu denjenigen, die das Demagogische in der damaligen Menschenrechtskampagne erkannten. Er philosophierte im Mai 1987 auf 126 Seiten über „Menschenrechte mißhandelt und mißbraucht“. Gabi Zimmer und „andere“ wären gut beraten, wenn sie das seinerzeitige Niveau Brandts nicht unterschritten. Er hatte gefunden, „wie rasch die Berufung auf die Menschenrechte zur billigen Münze werden kann, mißbraucht im außenpolitischen Streit der Mächte wie im innenpolitischen Kampf der Parteien“. Wer wagt es, dieser Aussage nach der im Namen der „Menschenrechte“ erfolgten deutschen Beteiligung an der Aggression gegen Jugoslawien zu widersprechen?

„Verletzte Menschenrechte als Waffe im ideologischen Kampf zu benutzen ist kein Verhalten, das dem Leiden der Betroffenen gerecht würde. Propaganda über die Schandtaten des Feindes ist zwar so alt wie die Geschichte der Menschen, aber mit Propaganda ist eine überzeugende Politik für die Menschenrechte nicht zu machen“, meinte Brandt 1987. Wer das bezweifelt, möge nach Irak blicken.

„Zur Arbeit für die Menschenrechte gehört das Fegen vor der eigenen Tür. Wer sich zum Westen und damit zu seiner Verfassungsgeschichte bekennt, muß sich eine noch härtere Prüfung seiner menschenrechtlichen Verhältnisse gefallen lassen als derjenige, der sich auf andere Traditionen beruft“, schrieb Brandt. Das hieße für die „Linken“, die Menschenrechte in Deutschland zu ihrem zentralen Thema zu machen. Das neue PDS-Programm erinnert an den Artikel 1 des Grundgesetzes, in dem die Achtung der Würde des Menschen versprochen wird. Es kritisiert negative Folgen einiger „Reformen“. Wo aber findet der Leser die Forderung, die garantierten Menschenrechte in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen? Der PDS-Parteitag nahm die Resolution „Soziale Perspektiven lebendig machen!“ an. Was wird dort über Menschenrechte gesagt?

Noch einmal Brandt: „Wir sind mit mehr oder weniger Erfolg dabei, auch die ‚neuen‘ Dimensionen der Menschenrechte zu begreifen und mit Leben erfüllen zu helfen: Sicherung des Überlebens im Atomzeitalter, Freiheit von Hunger, Gerechtigkeit beim Nutzen der Güter.“

Hat sich Willi Brandt nicht nur mit dem „wir“ getäuscht? Sind die „neuen Ansätze“, die er 1987 gefunden zu haben glaubte, der „Wende“ zum Opfer gefallen und ein für allemal verloren?

Die Antwort des „Spiegels“ (42/2003) lautet: „Die Menschenrechtsfrage, einst der Kristallisationspunkt rot-grüner Oppositionspolitik, ist im Regierungsalltag weit nach hinten gerückt und neuerdings fast ganz verschwunden.“ Warum wohl? Ein Blick in den Text der Menschenrechtskonventionen, die in der Bundesrepublik seit dem 3. Januar 1976 gültiges Recht sind, gibt die Antwort: Alle Menschen haben alle Menschenrechte, darunter das Recht auf ein Leben in Frieden, das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, das Recht auf Bildung usw. In der Charta für Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 heißt es im Artikel 28: „Jedermann hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung aufgeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“

Besitzt die Bundesrepublik diese Ordnung, auf die „jedermann“ Anspruch hat? Willi Brandt hat diese Frage nicht bejaht. Ein Vergleich mit Kuba oder der DDR könnte lehrreich sein.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Am 10. Dezember 2003 begeht

Generalleutnant a. D.
Manfred Dietze
aus Berlin

seinen **75. Geburtstag**.

Der „RotFuchs“ gratuliert seinem langjährigen Leser, der sich durch Treue zur Sache des Sozialismus und Standhaftigkeit in schwierigen Situationen als Kommunist bewährt hat, herzlich zu seinem Jubiläum.

Wenn Zentristen den offenen Rechten in die Hände spielen

Historische Erfahrung ist immer wertvoll, vorausgesetzt man wendet sie in unterschiedlichen Situationen schöpferisch an. Gleichzeitig fallen erstaunliche Parallelen auf. So hat zweifelsohne bei der Durchsetzung des rechten Kurses auf dem Chemnitzer PDS-Parteitag das zentristische Image von Lothar Bisky eine große Rolle gespielt. Er habe „Ruhe“ in die Partei hineingebracht und den Flügelkämpfen ein Ende gesetzt, wird behauptet. Bedenklich ist auch, daß sich in der sogenannten Euro-Linken Kommunisten mit von der Führung her opportunistisch beherrschten Parteien vereinigen wollen. Angesichts solcher Vorgänge sind Lehren aus dem Ringen des bedeutenden italienischen Marxisten Antonio Gramsci um eine revolutionäre sozialistische Partei 1919/20 und den Hinweisen, die Lenin dazu gab, höchst aktuell.

In der Italienischen Sozialistischen Partei hatte der linke Flügel 1912 mit dem Ausschluß der „rechten Reformisten“, wie Lenin sie nannte, mehrheitlich die Führung übernommen, was diese 1914 dazu befähigte, als einzige westeuropäische Sektion der II. Internationale Antikriegspositionen zu beziehen. Auf der Konferenz in Zimmerwald stießen die italienischen Sozialisten zur „Zimmerwalder Linken“, vertraten, wie danach auch bei der Beratung in Kienthal, revolutionäre und internationalistische Positionen und stimmten weitgehend mit den Bolschewiki überein. Nur bezüglich der Leninschen Forderung, sich von den in der Partei verbliebenen „gemäßigten“ Reformisten zu trennen, vertraten sie eine abwartende Haltung.

Die revolutionären Linken dominierten zunächst auch nach Kriegsende und in der Anfangsphase der revolutionären Nachkriegskämpfe die Partei. Das war so, weil sich in Italien infolge der relativ spät einsetzenden kapitalistischen Entwicklung noch keine mit Deutschland vergleichbare Arbeiteraristokratie und ein entsprechender Reformismus mit Masseneinfluß herausgebildet hatten. Die ISP bekannte sich zunächst grundsätzlich und vorbehaltlos zur Kommunistischen Internationale.

Neben den Linken und den Reformisten bildete sich nach dem Ende des Krieges die Strömung der Zentristen (die sich Unitaristen nannten) heraus, die angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr die „Einheit der Partei“ wahren wollte und zunächst zu den Linken tendierte. Insgesamt bestanden günstige Voraussetzungen, den erforderlichen Bruch mit dem Opportunismus zu vollziehen und die ISP in eine revolutionäre, in eine kommunistische Partei umzuwandeln.

Um diesen Prozeß voranzubringen, entstand auf Initiative Gramscis im Mai 1919 die Zeitschrift „Ordine Nuovo“ (Neue Ordnung). Sie wirkte als Sprachrohr und Organisation der Kommunisten und revolutionären Sozialisten und trat innerhalb der ISP für das Bekenntnis zur Oktober-

revolution, zur Diktatur des Proletariats und den Beitritt zur Komintern ein. Auf dem Parteitag im Oktober 1919 konnte das Blatt seine Forderungen weitgehend im neuen ISP-Programm durchsetzen. Lenin sprach von einem „glänzenden Sieg des Kommunismus“, warnte jedoch, die offenen und verkappten Opportunisten würden zweifellos die Beschlüsse „zu durchkreuzen versuchen“. Als solche betrachtete er frühzeitig die Zentristen, die in der Auseinandersetzung um die Umwandlung der ISP in eine kommunistische Partei dann auch zwischen den Linken und den Reformisten hin und her schwankten. Lenins Warnung bewahrheitete sich. Als die ISP bei den Parlamentswahlen einen Monat später mit 32,4 Prozent den ersten Platz einnahm, stellten Zentristen und Reformisten die Mehrheit der Abgeordneten. Die revisionistische These vom „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“ erhielt starken Auftrieb.

Da es neben den Meinungsverschiedenheiten über den Bruch mit dem Opportunismus seitens der Zentristen Widerstand vor allem gegen die Bezeichnung Kommunistische Partei gab, erarbeitete Gramsci ein „Programm für die Erneuerung der Sozialistischen Partei“, in dem er formulierte, die ISP müsse in eine „Partei des revolutionären Proletariats“, die für „die Zukunft einer kommunistischen Gesellschaft“ eintritt, umgewandelt werden. Den Kern seiner Forderungen bildete der Bruch mit dem Opportunismus. Lenin hielt in den Thesen zum II. Komintern-Kongreß fest, daß Gramscis Vorschläge „mit allen Grundprinzipien der III. Internationale durchaus übereinstimmen“, und betrachtete dessen Vorgehen als „im wesentlichen richtig“ (LW 31, S. 187 ff.). In seinem Beitrag „Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei“ benutzte er durchgehend Gramscis Bezeichnung „Partei des revolutionären Proletariats“. Die Reformisten beharrten auf ihren Positionen. Als die revolutionären Nachkriegskämpfe im August/September 1920 mit der Besetzung aller großen Betriebe des Nordens ihren Höhepunkt erreichten, wandten sie sich gegen revolutionäre Aktionen, traten für einen Kompromiß mit dem Kapital ein und forderten die überall entstandenen Fabrikräte zur „konstruktiven Zusammenarbeit“ mit den Unternehmern auf. Im Ergebnis dieser Kapitulation lösten sich die meisten Fabrikräte auf oder wurden von der Polizei zerschlagen.

Während die Reformisten nach diesem Verrat an Einfluß verloren, gewannen die Zentristen an Boden. Sie konnten über die

Hälfte der etwa 180 000 Parteimitglieder hinter sich bringen. In den verschärften Auseinandersetzungen mit den Reformisten tendierte die zentristische Basis zu den Anhängern der „Ordine Nuovo“. Der Führer der Zentristen Giaginto Menotti Serrati unterstützte Gramscis Umwandlungsprogramm, sprach sich für den Bruch mit den Reformisten aus, lehnte aber deren Ausschluß ab der ISP ab.

Am 15. Januar 1921 trat in Livorno der Parteitag der Sozialisten zusammen, der nach einem Antrag der Ordinuovisten die Reformisten ausschließen und die ISP als die neue revolutionäre Partei konstituieren sollte. Die Auseinandersetzungen hielten fast eine Woche an. Serrati schwankte erneut. Die zentristischen Delegierten schlugen sich daraufhin auf die Seite der Reformisten. Lenin wertete Serratis Haltung als schwerwiegenden Verrat. „Sie verfügten über 98 000 Stimmen, aber sie zogen es vor, mit 14 000 Reformisten gegen 58 000 Kommunisten zusammenzugehen.“ Ein Entschluß, den Lenin als „für Italien unheilvoll“ einschätzte. Er wurde zu einem wesentlichen Faktor vor dem Machtantritt des Faschismus, der im Oktober 1922 folgte.

Die Entscheidung der Ordinuovisten war die einzig mögliche. Sie verließen den Parteitag und gründeten am 21. Januar 1921 die Italienische Kommunistische Partei.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Gedanken nach einer Stadtratssitzung

Ein Stadtrat in der Sächsischen Schweiz hatte vieles schon beschlossen; es floß das Geld, das hatte seinen Reiz, da pfffen sie auf die Genossen.

Die betrogen uns vierzig Jahre gar sehr, rief mancher, der um die Dreißig: „Die D-Mark mit ihrem Segen muß her, dann arbeiten wir auch fleißig!“

Mit Speck fängt man Mäuse – das alte Wort, es wurde nun glatt vergessen; in Staatsbürgerkunde hatte mancher dort grad nicht weit vorn gesessen.

Nun fließen die reichlichen Gelder nicht mehr, man spricht von Schulden und Zinsen; die Kassen des deutschen Staates sind leer, drum geht alles in die Binsen.

„Marx ist tot!“ tönte einst Blüm, so wollten sie uns verwirren; doch die Fahne bleibt rot, unter der wir ziehn. Wir lassen uns nicht beirren!

Diese Zeilen schrieb der heute 78jährige Werner Döring aus Hohnstein – ein Pionier der sozialistischen Landwirtschaft der DDR.

Zweierlei Maß

Jugoslawische Bürger aus Varvarin haben vor dem Landgericht Bonn gegen die Bundesregierung auf Zahlung von Schmerzensgeld für die Ermordung von Angehörigen während der NATO-Aggression gegen ihr Land geklagt. Nicht nur die BRD-Öffentlichkeit stellte sich auf die Seite der Täter. Das Gericht verwies auf formaljuristische Aspekte, die eine solche Klage nicht zuließen.

Meines Erachtens liegen die Ablehnungsgründe auf einer ganz anderen Ebene. Die bemühten nationalen und multinationalen Gerichte werden von Juristen dominiert, die selbst aus den Aggressorstaaten kommen oder ihnen aufgrund ihrer bürgerlichen Denkweise politisch nahestehen. Den Haag liefert das beste Beispiel. Meines Wissens befinden sich in den dortigen Gremien z. B. keine Richter aus der Volksrepublik China, der Republik Kuba, der Sozialistischen Republik Vietnam oder der KDVR. Von Unabhängigkeit der Gerichte kann unter diesen Umständen wohl keine Rede sein. Bei dem Bonner Varvarin-Prozess kam das in der Argumentation zum Ausdruck, mit der die Klagen abgelehnt wurden: Der Krieg sei notwendig gewesen, „um Schlimmeres zu verhindern“. In Wahrheit fand er wegen der Weigerung Jugoslawiens statt, sich dem Diktat der NATO zu unterwerfen. Außerdem befürchtete man, daß eine gerichtliche Entscheidung zugunsten der jugoslawischen Kläger einen gefährlichen Präzedenzfall für die westliche Welt schaffen würde.

An dieser Stelle darf noch einmal an ein Verfahren erinnert werden, welches bereits am 21. September 2000 vor dem Distriktgericht Belgrad seinen Abschluß fand. Es verurteilte führende Repräsentanten aus NATO-Staaten, die für die Aggression gegen Jugoslawien verantwortlich zeichneten, in Abwesenheit zu je 20 Jahren Freiheitsentzug. Aus der BRD zählten Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Kriegsmi- nister Scharping zu den Verurteilten. Die Anklageerhebung erfolgte auf der Grundlage des Völkerrechts und jugoslawischer Gesetze wegen in Mittäterschaft begangener Kriegsverbrechen. Durch den Zusammenbruch Jugoslawiens und die Errichtung eines proimperialistischen Regimes, machte man keine Anstalten zur Vollstreckung der Urteile, obwohl die Straftatbestände erfüllt wurden und die Schuld der Angeklagten eindeutig nachgewiesen wurde.

Im Gegensatz zur Behandlung des Klagebegehrens der jugoslawischen Bürger gibt es bei Prozessen gegen Staatsmänner aus ehemals sozialistischen Ländern keine „formalrechtlichen Bedenken“. Diese Verfahren werden ohne Zögern durchgeführt. Hierbei geht es nicht um die angeklagten Personen,

sondern um politische Abrechnung: Ein ganzes Gesellschaftssystem soll an den Pranger gestellt werden. Beispiele dafür sind die Verurteilung von Egon Krenz durch die BRD-Klassenjustiz und der Prozeß gegen Präsident Milosevic vor dem

Haager Tribunal. Bisher mußte sich noch kein Oberhaupt eines kapitalistischen Staates vor einem internationalen Gerichtshof verantworten, obwohl es dafür – blickt man auf die Angriffskriege gegen Nordkorea und Vietnam, auf Jugoslawien, Afghanistan und Irak – genügend Gründe gegeben hätte.

Gottfried Fleischhammer

Kriegsverbrecher unter sich

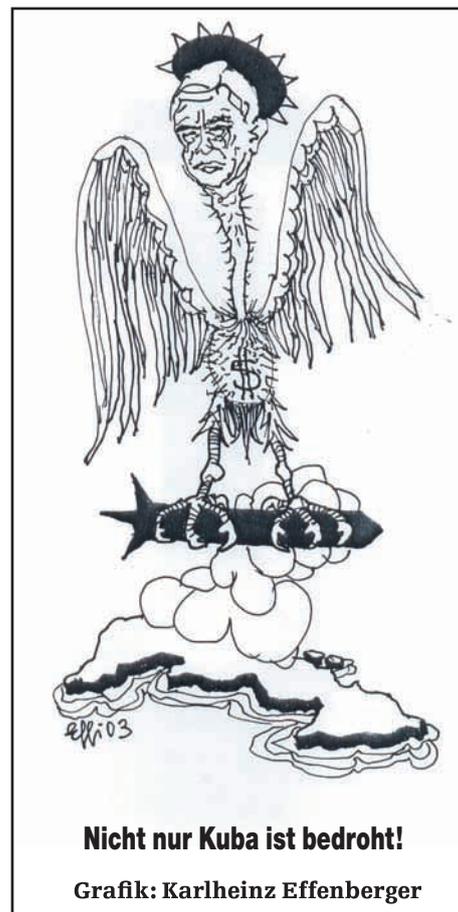
Im November 2004 finden in den Vereinigten Staaten Präsidentschaftswahlen statt. Obwohl das Schauspiel als spannungsgeladener Action-Thriller inszeniert wird, fällt in Wirklichkeit nur eine Entscheidung zwischen zwei Marionetten der Monopole, die sich an sehr sichtbaren Fäden bewegen. Schon während des Wahlkampfes kann man an den keineswegs geheimgehaltenen Zuwendungen großer Spender ablesen, auf wen die Hauptkräfte des Kapitals gesetzt haben. Meistens bevorzugen sie den Bewerber der Republikanischen Partei, unter deren Anhängern sich zwei Drittel aller Konzernanwälte des Landes befinden. Sie steht für die erste Reihe der Superreichen. Die oft etwas gemäßigeren Demokraten (sieht man von ihrem Südstaatler-Flügel ab) vertreten nicht nur die zweite Reihe der Industriebosse, die Mehrzahl der Bank- und Börsenmanager und den überwiegenden Teil der bürgerlichen Intelligenz, sondern erfüllen als traditionelle Wunschkartei der AFL-CIO-Gewerkschaftsspitze auch Funktionen, die anderswo eher der Sozialdemokratie zufallen würden. Eine solche gibt es nämlich in den USA nicht.

Obwohl sich der Wahlkampf vor allem um innenpolitische Themen dreht, kann auch die Flucht eines Präsidenten (jeder darf sich für zwei Amtsperioden hintereinander bewerben) in die Außenpolitik zum Erfolg führen: Das Hochheitschen des amerikanischen Chauvinismus und die mit einem Krieg verbundene „Gefahr“ für die Vereinigten Staaten haben meist einen Solidarisierungseffekt mit dem Staats- und Regierungschef zur Folge. Right or wrong, my country! (Recht oder Unrecht, mein Vaterland!) heißt es dann. Auf dieser Woge eines falschen Patriotismus erzielte z. B. George W. Bush während des Angriffs auf den angeblich von Massenvernichtungswaffen strotzenden Irak seine spektakulärsten Popularitätsraten. So ist damit zu rechnen, daß er im Sommer und Herbst 2004 bei Ausbleiben innenpolitischer Erfolge wiederum diese Karte spielen wird.

Kommt es zur Wiederwahl Dabbeljus, dann könnten die gefährlichsten Jahre in der Geschichte der Menschheit und – was die innere Faschisierung betrifft – auch der USA selbst anbrechen. Denn in der vierjährigen zweiten Amtszeit braucht ein amerikanischer Präsident keinerlei Rücksichten mehr zu nehmen. Die Mächtigen des Ölbusiness und der Rüstungsindustrie der Vereinigten Staaten, die in der unmittelbaren Umgebung Bushs Spitzenlobbyisten stationiert haben, könnten diesen zu einem Amoklauf ohne Beispiel inspirieren.

Gibt es hierzu eine personelle Alternative aus den Reihen der Demokraten? Einen Friedenskandidaten gar? Nichts sieht danach aus. Das knappe Dutzend demokratischer Anwärter, das sich bereits frü-

her gemeldet hat, ist im Augenblick wohl kaum ernst zu nehmen. Allenfalls noch Dean. Doch gemacht: Für den Fall, daß die derzeit noch mehrheitlich Bush gehörende „Gunst der Massen“ umschlägt, haben die eigentlichen Machthaber der USA mit dem Vier-Sterne-General Wesley C. Clark in letzter Minute einen frisch gebackenen Kandidaten der Demokratischen Partei ins Rennen geschickt, der wählbar ist und für sie keinerlei Risiken birgt. Der kriegserfahrene Vietnam-Veteran, der es bis zum für die Bombardierung Jugoslawiens verantwortlichen Oberbefehlshaber der NATO brachte, ist haargenau von denselben Leuten erfunden worden, die auch die „Talente“ von Bush junior entdeckt haben. Sein Auftrag lautet, die wachsende Friedensbewegung mit einem „Antikriegsprogramm“ zu unterlaufen und als „Oppositioneller“ die Stimmen der Unzufriedenen aufzufangen. Wenn „Vaterlandsverteidiger“ Clark gewinnen sollte, was durch sein hollywoodgerechtes „Flair“ erleichtert werden dürfte, bliebe der militärisch-industrielle Komplex wie bisher hundertprozentig am Ball. Bei den USA-Präsidentschaftswahlen 2004 geht es demnach um die Entscheidung zwischen zwei Kriegsverbrechern. **S. R.**



Nicht nur Kuba ist bedroht!

Grafik: Karlheinz Effenberger

Zum 110. Geburtstag von Mao Zedong

Der Unterbibliothekar

Im Jahre 1919 wurde Mao Zedong, am 26. Dezember 1893 geboren, sechsundzwanzig Jahre alt ...

Nachdem er seine ganze Jugend mit Lernen verbracht, viele Wissenschaften studiert und den Sinn einer großen Zahl von Schriftzeichen erkannt hatte, hätte Mao die Prüfung für einen hohen Posten ablegen und eine hochbezahlte Stellung antreten können. Aber das lockte ihn nicht. Er kam nach Peking und wurde Unterbibliothekar in der Universitätsbibliothek. Von früh bis spät gab er den Studenten Bücher aus; die Bezahlung dafür war gering. Eine bessere Stelle wünschte sich Mao jedoch gar nicht. Führte sie ihn doch in das herrliche Land der Bücher. Hier gab es Bücher, die von den ältesten Weisen geschrieben worden waren, und Neuerscheinungen des In- und Auslandes. Die größten konnte man nur zu zweit aufheben, und die kleinsten fanden auf dem Handteller Platz. Alle Wände des Riesengebäudes waren mit Regalen verkleidet, auf denen dicht beieinander die Bücher standen. Um ein Buch von einem unteren Bücherbrett zu nehmen, mußte Mao die Knie beugen, wollte er aber eins von oben, so stieg er die Bambusleiter hinauf. Und jedes beliebige Buch konnte er öffnen und lesen! War das vielleicht kein Glück?

Mao las die ganze Nacht hindurch.

Einmal ertappte ihn dabei Professor Li Dazhao, der damals Stellvertretender Direktor der Bibliothek war.

„Was machen Sie hier so spät, junger Mann?“ fragte der Professor und rückte seine Brille auf die Stirn. „Draußen ist eine herrliche Mondnacht. Sie aber halten sich hier im Bücherstaub auf, anstatt das Leben zu genießen! Was suchen Sie? Was haben Sie in diesen Blättern verloren?“

„Verloren habe ich nichts“, antwortete Mao, „aber Sie haben recht – ich suche dennoch. In meiner Kindheit habe ich von dem Buch der großen Wahrheit sprechen hören. Wenn das Volk es fände, wäre der Weg zum Glück offen ...“ Der Professor sah den jungen Bibliothekar noch aufmerksamer an.

„Und sind Sie überzeugt, daß es ein solches Buch gibt? Ist das nicht eine Erfindung müßiger Leute?“

„Das Buch muß es doch geben, wenn die Menschen es brauchen!“ erwiderte Mao.

Li Dazhao versank in Nachdenken, während der junge Bibliothekar leidenschaftlich fortfuhr:

„Es geht das Gerücht unter den Studenten, daß Sie alle Bücher kennen, die es auf der Welt gibt. Sagen Sie doch, Herr Professor, gibt es darunter denn wirklich kein Buch der Bücher? Das Buch, in dem geschrieben steht, weshalb die Welt so schlecht eingerichtet ist, warum die Mehrheit nicht das Häuflein Müßiggänger abschütteln kann, das eine verschwindende Minderheit darstellt, wie das Volk die Ketten der Sklaverei abwerfen und frei werden kann. Wenn es

so ein Buch nicht gibt, wozu sind diese alle dann geschrieben worden?“ Und Mao wies in die Tiefe der Bibliothek.

Der Professor sah sich nach allen Seiten um und sagte leise:

„Ja, all diese Bücher waren nur die Vorläufer ... Es gibt ein solches Buch.“

„Wie heißt es?“ rief Mao.

„Eile mit Weile! Lassen Sie sich warnen: die Bekanntschaft mit diesem Buch ist lebensgefährlich. Sein Name darf nicht genannt werden ...“

„Ich kann ein Geheimnis bewahren.“

Der Professor schenkte dem jungen Bibliothekar sein Vertrauen und händigte ihm eines Nachts heimlich das ersehnte Buch aus.



In tiefer Nacht, als Mao in der Stille der Bibliothek allein geblieben war, schlug er es auf. Das Büchlein hatte nur wenige Blätter, daß es unbegreiflich schien, wie die ganze Lebenswahrheit darin enthalten sein konnte. Mao begann zu lesen. Die ersten Worte klangen wie der Beginn eines Zaubermärchens:

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus ...“

Je weiter er las, desto mehr packte ihn der Sinn jedes Wortes.

Längst waren die Nebel über den Schloßteichen aufgestiegen. Im ehemaligen kaiserlichen Park erwachten und schrien die heiligen Pfaue. Die ersten Strahlen der Morgensonne glänzten auf den goldenen Dächern der „Verbotenen Stadt“. Mao aber las weiter und hatte die Zeit vergessen. Und bei jedem Schriftzeichen, das er entzifferte, drang er tiefer in die volle Wahrheit des Lebens ein.

Ohne aufzublicken las Mao das ganze Buch und besann sich erst, als er laut die Schlußworte gelesen hatte: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Dieser Aufruf enthält die Lösung! Die Werktätigen haben keine anderen Feinde außer den Reichen, den Kapitalisten! Das Glück auf Erden wird erst kommen, wenn der Feind der Menschheit, der Kapitalismus, von einer neuen Ordnung, dem Kommunismus, abgelöst wird, so wie der Frühling den Winter ablöst!

Mao wollte unverzüglich zum Helfer des Menschheitsfrühlings, zum Kommunisten, werden.

Er schrieb das Buch nicht nur mit deutlichen Schriftzeichen ab, sondern lernte es auch auswendig, damit weder Verhaftungen noch Haussuchungen oder gar Foltern die kostbare Wahrheit aus seinem Gedächtnis rissen.

Er dankte Li Dazhao von Herzen und verließ Peking, um nach Hunan zu gehen. Er eilte zurück in die Heimat, um seine Entdeckung den Freunden mitzuteilen und sie zum Handeln aufzurufen, wie es das Buch gebot.

So las Mao Zedong das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels – und wurde überzeugter Marxist.

Nikolai Bogdanow

Der hier abgedruckte Beitrag wurde einem 1952 im Verlag Kultur und Fortschritt erschienenen Bändchen „Erzählungen über Mao Tse-Tung“ entnommen.

Li Dazhao, geboren 1888, wurde im Jahre 1927 von der Reaktion hingerichtet. Er war einer der ersten Propagandisten des Marxismus in China. 1921 gehörte er zu den „Vätern“ der KP Chinas.

Rätselraten in Lingen

Der ehemalige Chefredakteur der „Osnabrücker Zeitung“, Franz Schmetz, erregte sich am 13. November in der „Lingener Tagespost“ halbspaltenlang über die große „RotFuchs“-Annonce im „ND“ vom 1. November:

„Nachdenklich stimmt bei diesem ganzen Gebräu, daß sich genügend Geldgeber finden, die eine kostenlose Verbreitung der altkommunistischen Theesen finanzieren. Wer sie sind, bleibt offen“, irrte der Emsländer.

Denn: Nichts bleibt offen! Die „RF“-Anzeige, die keinesfalls kostenlos war, bezahlte ein unserer Zeitschrift eng verbundener Arzt ...

Russische Kommunistische Arbeiterpartei im Wahlbündnis mit der KPRF

Übereinstimmung und Konflikt

Der Ko-Vorsitzende des ZK der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei – Russische Partei der Kommunisten (RKAP-RPK) Wiktor Tjulkin hat sich in der Moskauer Zeitung „Prawda“, dem Organ der KPRF, am 9. September 2003 zur Frage des Zusammenwirkens von Kommunisten mit unterschiedlichen Standpunkten geäußert. Die KPRF ist die numerisch stärkste und die RKAP-RPK die zweitstärkste kommunistische Kraft in Rußland. Beide Parteien treten im Rahmen eines Volksblocks zu den bevorstehenden Duma-Wahlen an. Tjulkin schreibt: „Bedeutet dies, daß sich die Parteien vereinigt oder ein gemeinsames Programm ausgearbeitet haben? Und wenn dem so sei, wie können sie dann mit dem Auseinandergehen in der Theorie und bei der Einschätzung der Praxis des sozialistischen Aufbaus sowie in der Politik leben?“

Um die Position der RKAP-RPK zu erklären, möchte ich mich einer Veröffentlichung in der ‚Prawda‘ vom 25. September 2003 zuwenden, die unter der Überschrift: ‚Sjaganow: Die KPRF hat die Lehren aus den Fehlern ihrer Vorgänger gezogen‘ erschien. Der Vorsitzende des ZK der KPRF, G. A. Sjaganow, hat bei einem Treffen mit Vertretern der KP Chinas Erwägungen zu theoretischen Fragen und praktische Schlußfolgerungen seiner Partei aus dem zeitweiligen Rückzug des Sozialismus in der UdSSR mitgeteilt. Der wichtigste strategische Fehler der KPdSU bestand nach Auffassung von Sjaganow darin, daß es die ‚Führung der Partei in den 70er und 80er Jahren nicht verstanden hat, eine Modernisierung sozialistischer Art in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der neuen Etappe der wissenschaftlich-technischen und Informatik-Revolution vorzunehmen, wobei sie keine angemessenen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit fand.‘

Wir sehen, daß die Partei sich hier mehr als Instrument, als Apparat zur Leitung der Volkswirtschaft (was die KPdSU im allgemeinen auch in vieler Hinsicht war) betrachtete. Und objektiv gab es den Mangel, daß sie (als leitender Mechanismus) nicht die Notwendigkeit der Veränderung des Leitungssystems mit Orientierung auf eine Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die intensive Entwicklung begriff. Das stimmt. Aber von unserem Standpunkt aus beruht die Hauptursache der Niederlage des Sozialismus auf Vorgängen, die viel weiter zurückliegen. Als Zeitpunkt des Umbruchs diente nach unseren programmatischen Vorstellungen der XX. Parteitag, der das Abgehen der KPdSU vom Prinzip der Diktatur des Proletariats, vom klassenmäßigen Herangehen markierte und die Aufnahme der Konzeption des allgemeinen Volksstaates ins theoretische Arsenal vollzog. Als zweiten strategischen Fehler nannte G. A. Sjaganow die ‚Verballhornung der in

der Gesellschaft populären Ideen der Perestroika und der Beschleunigung‘. Demnach ist man an die Umwandlungen ohne klar definierten Plan herangegangen.

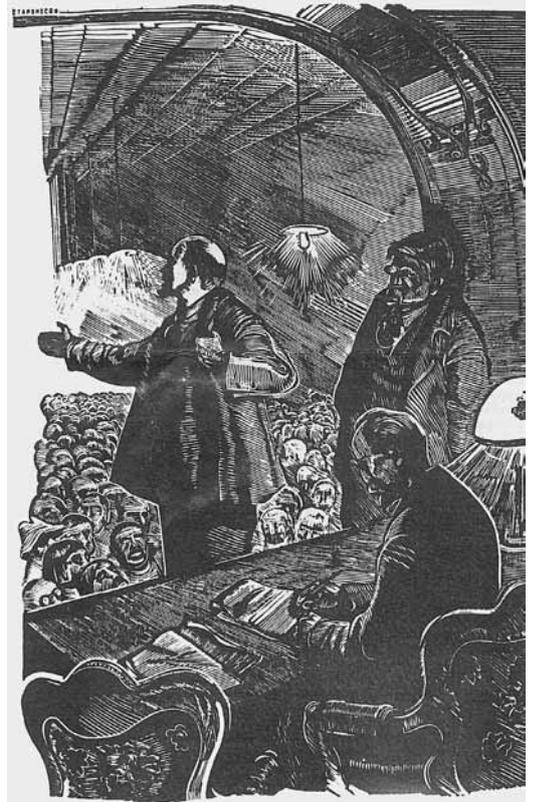
Auch das ist richtig. Wir gehen davon aus, daß man ohne Ruder und Leinwand segelte. Aber ich würde hinzufügen: Das Unheil bestand nicht nur darin, daß man ohne Plan gehandelt hat. Diese Aktionen wurden wiederholt in einer Richtung vollzogen, die der des sozialistischen Weges der Entwicklung entgegengesetzt war.

Wenn wir zur Geschichte der Frage zurückkehren, ist es vernünftig, sich an Lenins Vermächtnis zu erinnern, der betont hat, daß man nicht umbauen sollte, sondern, im Gegenteil, helfen müsse, jene zahlreichen Mängel zu korrigieren, die es in der Sowjetordnung und im ganzen System der Leitung gibt.

Eine Perestroika aber in der Art, wie sie Gorbatschow und die sich um ihn scharenden ‚Architekten‘ vorschlugen und predigten, setzte von Anfang an nicht darauf, die sozialistischen Tendenzen zu stärken, sondern auf die Entwicklung des Privateigentümergebens, auf Individualismus, auf Elemente der Marktwirtschaft, d. h. auf den Kapitalismus. Dies hat nicht anders geendet als mit dem Zusammenbruch. Auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU warnten wir Partei und Volk, daß ‚... die gewaltsame, den objektiven Prozessen entgegenstehende Heilung des Sozialismus durch den Kapitalismus nicht eine Erhöhung der Produktion und des Lebensniveaus nach sich zieht, sondern ihr unvermeidliches Absinken, was zu schweren Leiden des Volkes führt.‘ (s. Beschluß der Minderheit)

G. A. Sjaganow erinnerte in jenem Beitrag auch an die von der KPdSU in der Kaderpolitik begangenen Fehler. Ausgehend von der ‚Sache‘ – dem Nichtbeachten des Zuges der Zeit – kann man folgern, daß es nötig gewesen wäre, auf die allersachkundigste Schicht, auf die technische Intelligenz, zu setzen, die sich mit der Informationstechnik befaßt, bemerkte er.

All das ist wahr: Die Zeit diktiert tatsächlich und die Verbindung der Partei mit diesen Schichten muß sein. Aber noch schlimmer ist, daß die KPdSU jener Periode aufhörte, die Interessen der arbeitenden Menschen widerzuspiegeln, die Interessen der Arbeiterklasse in jenem historischen, traditionellen Verständnis, wie es im Verlauf des 20. Jahrhunderts bestand. Es handelt sich um die Interessen derer, die hinter der Werkbank stehen, mit den Händen und mit dem Kopf arbeiten und unmittelbar materielle Werte produzieren. Dies bezieht sich auch auf die Kolchosniki und die werktätige Intelligenz. Eben deshalb haben sich die Arbeiterklasse und überhaupt das Volk so



Holzchnitt von P. Staronossow

gleichgültig zum Verbot der KPdSU durch Jelzin verhalten, haben sie sich nicht zu ihrer Verteidigung erhoben.

Kurzum, der Unterschied der Positionen in einer Reihe theoretischer und programmatischer Fragen zwischen unseren Parteien wird natürlich erhalten bleiben, was uns jedoch nicht daran hindert, zusammen aufzutreten. Denn in der gemeinsamen Sache des Widerstandes gegen das jetzige Regime der Bourgeoisie waren wir Verbündete, und ich hoffe, daß wir das auch in Zukunft sein werden. Dabei stellen wir während der Wahlkampagne gerade jene Fragen in das Zentrum der Aufklärungsarbeit, die uns verbinden. Das sind die Fragen des sozialen Schutzes der Menschen, der Verringerung des Jochs für die unter den Bedingungen der bourgeoisen Ordnung Arbeitenden, des Gewinns zusätzlicher Freiräume für den Kampf der Werktätigen.

Was aber die Fragen betrifft, in denen es zwischen den beiden Parteien unterschiedliche Auffassungen gibt, so verweisen wir darauf, daß G. A. Sjaganow in dem erwähnten Material hervorhebt, die KPRF sei heute nach allen Seiten offen für Kritik. Eine gesunde Partei müsse alle Meinungen, alle Vorschläge und Hinweise studieren. Also werden wir unser Bündnis als zuverlässige wechselseitige Verbindung für das Offenbaren der Wahrheit und die Stärkung der gemeinsamen Organisation betrachten, natürlich auch für die Erringung des gemeinsamen Sieges.“

Übersetzung: Eberhard Bock

Wandlungen in der Nationalen Befreiungsfront Nikaraguas

Im Oktober-„RotFuchs“ erschien der Artikel „Projekte der Sandinisten“. Er enthält wertvolle Informationen. Es ist gut, daß der „RotFuchs“ an die Sandinisten erinnert und sich mit ihren Projekten beschäftigt. Mir sind die Jahre zwischen 1985 und 1988 vertraut. Ich arbeitete damals als Berater bei der Nationalen Befreiungsfront Nikaraguas (Frente Sandinista de la Liberación Nacional-FSLN). Bestimmte Details des Berichts kann ich so nicht nachvollziehen, da ich andere Erinnerungen habe. Auch muß bedacht werden, daß die FSLN nach ihrer Wahlniederlage 1990 eine Entwicklung nahm, die von ihrer revolutionären Tradition abwich.

1990 unterlag sie einer heterogenen Allianz aus 18 Parteien. Sämtliche anderen politischen Kräfte marschierten gegen sie auf – von rechts bis ultralinks. Schirmherrin dieser Allianz war Violetta Chamorro. Ihre Familie galt als Vorzeigebispiel für „Pluralität“ in der bürgerlichen Gesellschaft. Pedro Joaquín Chamorro, Ehemann von Dona Violetta, fiel als Liberaler der Somoza-Diktatur zum Opfer. Sohn Carlos Fernando leitete „Barricada“, die Zeitung der FSLN. Cousin Pedro führte „El Nuevo Diario“, eine unabhängige Zeitung. Und Tochter Cristina war bei „La Prensa“, dem Organ des reaktionären Unternehmerverbandes COSEP, zu Hause.

Die Nikaraguaner wählten 1990 mit 60 % der Stimmen Violetta Chamorros Allianz. Die permanente Bedrohung der Revolution durch die USA-Administration, der Contra-Krieg und die durch Boykott entstandene wirtschaftliche Misere hatten das Volk zermürbt. Die Bourgeoisie erreichte ihr Ziel. 1979 hatte sie die FSLN unterstützt, um den Diktator Somoza loszuwerden. 1990 schmiedete sie die Allianz, um die Sandinisten von der Macht zu vertreiben. Das 1978 von den USA entworfene Konzept eines „Somozismus ohne Somoza“ erfüllte sie im nachhinein.

Die FSLN trat nicht schon zu Zeiten ihrer Regierungstätigkeit der Sozialistischen Internationale bei. Sie war damals noch keine Partei. Sie hatte den Charakter einer politisch-militärischen Organisation. Nach ihrer ursprünglichen Vorstellung sollte sich daraus eine Sandinistische Volksfront entwickeln. Damit hatte sie begonnen. Dieses Phänomen, das so viele faszinierte, ist inzwischen längst Vergangenheit. Die Geschichte gab der Frente nicht die erforderliche Zeit.

Erst nach ihrer Wahlniederlage ging die FSLN daran, sich als Partei zu konstituieren. Dafür gab es mehrere Gründe. Einer davon war der Wegfall des strategischen Verbündeten. Obwohl die nikaraguanische Volksrevolution keinen sozialistischen Charakter trug, betrachteten die Sandinisten die UdSSR und die sozialistischen Länder als ihre Partner. Die Frente sah sich nun nach neuen Verbündeten um. Im Mai 1990 fand der I. FSLN-Kongreß statt. Er war eine Veranstaltung der tak-

tischen Einheit, stoppte die Meinungsvielfalt, privilegierte aber die Tendenz der Terceristas, die Ortega-Strömung. Die Mehrheit der Delegierten wählte Daniel Ortega zum Generalsekretär. Nach 1990 entstanden in der FSLN Fraktionen und politische Gruppierungen. In der Zeit zwischen dem I. und dem II. Kongreß spielten sich Machtkämpfe ab. Die Frente verlor führende Leute. Sergio Ramirez, unter Daniel Ortega Vizepräsident, verließ 1994 die FSLN und gründete die Sandinistische Erneuerungsbewegung. Auch Dora Maria Tellez, Gesundheitsministerin im Ortega-Kabinett und legendäre Comandante Segunda, ging diesen Schritt. Sie wurde Vorsitzende der Erneuerer. Die Priesterbrüder Ernesto und Fernando Cardenal, Minister in der Sandinistischen Regierung, zogen sich ebenfalls aus der FSLN zurück. Auch Henry Ruiz, Jaime Wheelock und Luis Carrion, alles frühere Comandantes der Nationalleitung, trennten sich von den Sandinisten. Bayardo Arce, Victor Tirado und Humberto Ortega spielen in der Führung der FSLN keine Rolle mehr.

1992 beantragte die FSLN ihre Aufnahme in die Sozialistische Internationale. Diese zog sich in die Länge, weil man seitens der SI Bedingungen stellte. So sollte die Frente nachweisen, daß sie die Wandlung zu einer Partei sozialdemokratischer Prägung voll-

zogen hatte. Erst 1996 befand man sie für „würdig“, aufgenommen zu werden.

Im Mai 1998 trat der II. FSLN-Kongreß zusammen. Er bestätigte ein politisches Programm. Es ist nicht die Fortsetzung des Historischen Programms von 1969. Die „neue“ FSLN verabschiedete sich – zumindest vorerst – von ihrem früheren revolutionären Projekt.

Im Februar 2001 tagte der III. FSLN-Kongreß. Mit der dort beschlossenen Plattform „Die Nikaraguaner auf ein hohes Niveau des Fortschritts und des Wohlstandes durch Mitarbeit aller führen!“ erhoffte sich die Frente einen siegreichen Wahlkampf. Doch sie verlor im November 2001. Die massive Einmischung der USA-Administration in den Wahlkampf und die Anwendung der „Antiterrorkeule“ nach den Ereignissen des 11. September blieben nicht ohne Wirkung.

Es ist durchaus möglich, daß die FSLN eine neue Chance erhält, falls die gegenwärtige Regierung des Präsidenten Bolanos scheitern sollte. Washington wird dann mit Gewißheit ein neues Bedrohungsszenario erfinden und eine andere bürgerliche Marionette in vorgezogene Wahlen schicken. Die Frage ist nur, ob es den Sandinisten gelingen wird, die Phalanx aus Einmischung des Weißen Hauses und Druck der Bourgeoisie Nikaraguas zu durchbrechen.

Wolfgang Herrmann

Brasiliens Lula in Havanna

Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva – ein seiner politischen Herkunft nach linker Sozialdemokrat, dessen breitgefächerter Koalitionsregierung auch Kommunisten angehören – hat unlängst seine Absage an den antikubanischen Blockadekurs der USA durch einen Besuch in Havanna bekräftigt. Er ließ sich dabei von etwa 50 brasilianischen Geschäftsleuten, die am Warenaustausch mit Kuba und Investitionen auf der Insel interessiert sind, begleiten. Im Beisein von Fidel Castro und Lula fand im hauptstädtischen Hotel Nacional ein gemischtes Seminar statt, an dem auch Vertreter kubanischer Exportfirmen und Außenhandelsbetriebe teilnahmen.

Während Lulas Aufenthalt in Kuba wurden insgesamt 12 bilaterale Dokumente – Verträge und Absichtserklärungen – unterzeichnet. Sie sollen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet

der Biotechnologie, in der Zuckerindustrie beider Länder, bei der Erzeugung von Alkohol als Treibstoff und bei der gemeinsamen Produktion von Medikamenten führen. Der Bau mehrerer Touristenhotels mit insgesamt 2000 bis 2500 Betten – finanziert durch die Brasilianische Bank für Entwicklung – ist geplant. Die kubanischen Schulden bei Brasilien sollen durch einen Prozentsatz der Exporte des Landes beglichen werden.

RF, gestützt auf „Granma Internacional“



Brief aus Wroclaw (Abschluß der Serie)

Volkpolen war nach dem 2. Weltkrieg eine wichtige Schalt- und Transitstelle für die Ausreise von Juden nach Palästina. Die KPdSU, auch Stalin persönlich, sowie die Polnische Arbeiterpartei PPR bzw. die PVAP und die Behörden des Landes unterstützten das Drängen zionistischer Kreise auf einen unabhängigen Staat Israel, der auch aufgrund der Erfahrungen des Holocaust zunächst als potentieller Fortschrittsfaktor in der Nahostpolitik betrachtet wurde.

Die außenpolitische Konstellation wechselte, der Kalte Krieg verschärfte sich, im März 1948 brach die Berlin-Krise aus, die frühere Zusammenarbeit der UdSSR und der westlichen Alliierten in der Deutschlandfrage gehörte der Geschichte an. Im Mai 1948 entstand der Staat Israel, den der angloamerikanische Imperialismus als bald zu seinem Instrument im Nahen Osten machen wollte. In Polen organisierten und unterstützten viele leitende jüdische PVAP-Genossen offiziell und inoffiziell die Emigration der Juden nicht nur aus Polen, sondern teilweise auch aus der Sowjetunion nach Palästina und Israel. Hierbei spielte der gegen sie gerichtete Antisemitismus zweifellos eine Rolle, bildete aber nicht die Hauptgrundlage der Auswanderung. Die Emigration dauerte mit verschiedenen Schwierigkeiten bis zum Ende der 60er Jahre an. Sie war vor allem Resultat zielstrebigster und konsequenter zionistischer Politik.

Das Entstehen Israels löste nicht nur bei Zionisten, sondern auch bei Funktionären der PVAP jüdischer Abstammung Genugtuung aus. Als der neugebildete Staat dann aber der imperialistischen Politik im Nahen Osten untergeordnet wurde, entstand für sie das Problem der doppelten Loyalität: gegenüber Polen und gegenüber Israel. Die Widersprüche wuchsen mit den Kriegen Israels gegen arabische Nachbarn 1956 und insbesondere 1967. Zahlreiche jüdische Genossen nahmen die militärischen Siege Israels mit Freude auf, manche arrangierten auch materielle und organisatorische Hilfe. Das war ein Faktor bei der Spaltung der Gomulkaschen PVAP-Führung und der sogenannten März-Ereignisse 1968. Gomulka bezeichnete die Israel-Anhänger in Polen als „neue fünfte Kolonne“. Er empfahl ihnen zu emigrieren. Viele frühere Genossen, die in der Mehrheit leitende Positionen eingenommen hatten, gingen – auch aufgrund ihrer internationalen und Familienkontakte – schneller als andere auf bürgerliche Positionen über. Etliche wollten sofort auswandern, nachdem sie zu jüdischen Nationalisten und Anhängern der westlichen Politik sowie des Staates Israel geworden waren. Aufschlußreich ist, daß sich kaum jemand, der in Polen als Kommunist aufgetreten war, nach der Emigration der KP Israels oder linken Organisationen

anschloß. Die meisten traten zionistischen und anderen antikommunistischen Parteien bei. Nicht wenige präsentierten sich als „Opfer des kommunistischen Regimes“.

Ein Wort zu Gomulka. Sein Verhalten, seine Prinzipien und Ideale wurden mehr durch polnische als durch internationale Faktoren geformt. Einheimische Antisemiten kreideten ihm seine Ehe mit der Jüdin Sonia Szoner an. Deswegen bezeichneten sie ihn auch als „jüdische Geisel“. In der Jugend gehörte er zur Polnischen Sozialistischen Partei. Später wurde er Mitglied der KPP und war Funktionär auf mittlerer Ebene. Vor dem 2. Weltkrieg lebte er eine Zeitlang in der UdSSR. Er verlor durch Verfolgung Gesundheit und Lebensjahre. Ursprünglich war er Anhänger Stalins. Nach der Auflösung der KPP im Jahre 1938 ging er auf Abstand zur Sowjetunion. In den 40er Jahren dachte er, daß man zwischen der UdSSR und dem Westen balancieren könne. In diesem Sinne stand er Titos Kurs nahe. Während der wegen andersgelegter geopolitischer Bedingungen mehr Spielraum besaß, betrachtete Gomulka die Sowjetunion und die KPdSU als Partner, aber nicht als internationalistisches kommunistisches Subjekt. Das war auch die Grundlage vieler Widersprüche und Konflikte mit Chruschtschow und Breschnew, die Ende 1970 mit Gewißheit eine Rolle bei seinem Sturz gespielt haben dürften. Gomulkas Amtszeit zwischen 1956 und 1970 ist mit Hilfe einer leitenden Schicht von Funktionären verlaufen, die – wie vor allem auch in der Sowjetunion und in anderen Ländern des Warschauer Vertrages – keine weiteren sozialistischen Fortschritte mehr anvisierten, sondern eigene Privilegien befestigten und Schritt für Schritt zum Kern der inneren Konterrevolution wurden. Diese Gruppe wuchs Gomulka allmählich über den Kopf.

Der erste Versuch, ihn zu stürzen, erfolgte im März 1968. Damals trat ein Teil der liberal-bürgerlichen und antisowjetisch orientierten Studentenjugend gegen die Partei und Volkspolen auf. Unter den Rädelführern befanden sich auch jüdische Studenten mit hohen Querverbindungen. Diesen Umstand benutzten Gomulka und der neue Innenminister General Moczar für eine antisemitische Argumentation. Sie erklärten, Zionisten hätten die Unruhen angezettelt. Sie stellten die polnischen Staatsbürger jüdischer Abstammung vor die Alternative: Wer sich als Jude betrachte, möge emigrieren, wer sich als Kommunist empfinde und der Volksrepublik Polen gegenüber loyal sei, könne bleiben. Nach den Märzereignissen verließen fast alle Juden Polen in westlicher Richtung. Viele gingen nach Israel.

Schließlich mußte Gomulka als 1. Sekretär der PVAP zurücktreten. Das geschah

im Ergebnis der zweiten Kraftprobe, der sogenannten Dezember-Ereignisse 1970 in Gdansk, Gdynia und Szczecin, wo es zu großen Streiks der Werftarbeiter kam. Wahrscheinlich war eine Provokation gegen Gomulka und seine Gruppe im Spiel. Mehr als 30 Arbeiter wurden getötet, zahlreiche verwundet.

Als politischer Nachfolger gelangte eine neue Parteiführung mit Edward Gierek an die Macht, die schnell das Tor für kapitalistische Kredite und die Abschwächung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten öffnete. Das war ein weiteres Vorseignal der späteren Niederlage des realen Sozialismus nicht nur in Polen, sondern auch in der Sowjetunion und den anderen europäischen sozialistischen Ländern.

Resümierend können wir feststellen, daß Polen kein „antisemitisches Land“ war oder ist. Jahrhunderte lang war es für Juden sogar ein „gesegnetes Land“. Hier hatten sie besonders gute Entwicklungsbedingungen. In Polen gab es aber leider auch antisemitisch orientierte Kräfte und Organisationen, wie in anderen Ländern auch. In Israel wird von jüdischen Nationalisten die Meinung verbreitet, „jeder Pole“ habe „den Antisemitismus mit der Muttermilch eingesogen“ (M. Begin).

Die PPR und später die PVAP besaßen von Anfang an ein schwaches Theorie- und Kaderpotential. Ein bedeutender Teil ihrer Funktionäre betrachtete – unabhängig von nationaler Abstammung – seine politische Tätigkeit in der Arbeiterbewegung als Sprungbrett für klassenfremde Ziele und Interessen. In diesem Sinne muß man die Frage aufwerfen, ob die PVAP überhaupt eine kommunistische Partei gewesen ist – und zwar trotz der Meinung und Haltung Tausender opferbereiter Mitglieder. Nicht wenige ihrer Führer befaßten sich niemals ernsthaft mit der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus sowie mit den programmatischen Voraussetzungen der revolutionären Arbeiterbewegung. Dieses Defizit vergrößerte sich noch durch tiefe Deformationserscheinungen in den Reihen der internationalen kommunistischen – besonders der sowjetischen – Bewegung.

Prof. Dr. sc. Zbigniew Wiktor

Unser Autor ist Hochschullehrer an der Universität Wroclaw. Er war Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“, dem im Jahre 2002 die legale Existenz entzogen wurde.

Unsere Genesungswünsche dem früheren „Freiheit“-Chefredakteur

Dr. Hans-Dieter Krüger

der sich nach schwerer Operation auf dem Wege der Besserung befindet.

Zum 125. Geburtstag von Berta Lask

Die spätere Schriftstellerin Berta Lask wurde am 17. November 1878 in Wadowice (Galizien) geboren. 1884 übersiedelte sie mit den Eltern nach Deutschland. In Freienwalde genoß die Fabrikantentochter eine bürgerlich-humanistische Erziehung. 1901 heiratete sie den Nervenarzt und Dozenten Louis Jacobsohn. Der Erste Weltkrieg rüttelte Berta Lask auf, machte sie zur leidenschaftlichen Pazifistin. So begann sie Gedichte gegen den Völkermord zu schreiben. 1923 wurde sie Mitglied der KPD. Bald war sie für die „Rote Fahne“ tätig. 1925 reiste sie mit einer Lehrerdelegation in die Sowjetunion, 1927 nahm sie in Moskau am Internationalen Schriftstellerkongreß teil. Ein Jahr später zählte Berta Lask zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller. Sie schrieb für dessen Zeitschrift „Die Linkskurve“. Aus der Feder der Autorin stammen Gedichte, Jugendbücher, Reportagen, Stücke und Romane. Besonders bekannt war ihr Drama „Leuna 21“. Sein Text wie der eines anderen Stückes wurde in der Weimarer Republik beschlagnahmt. Zum „Welttag des Theaters“ sendete der DDR-Rundfunk 1979 eine Adaption von „Leuna 21“.

1925 erarbeitete Berta Lask das „Dramatische Gemälde des Deutschen Bauernkrieges – Thomas Müntzer“. Über die Entstehung des Stückes äußerte sie: „Aus Halle war ich aufgefordert worden, anlässlich des 400. Gedenktages des Deutschen Bauernkrieges“ ein Müntzer-Drama zu schreiben. Obwohl die Zeit bis zur Feier sehr kurz war, erklärte ich mich bereit.“ In wenigen Wochen wurde das Drama fertiggestellt, das auf der Eislebener „Wiese“ unter freiem Himmel aufgeführt werden sollte. Die Schriftstellerin selbst bezeichnete es als „kein Werk von künstlerischer Bedeutung, sondern als ein schnell hingeworfenes Agitationsstück“. Es wurde mit mehreren hundert Laiendarstellern und Gustav von Wangenheim in der Hauptrolle inszeniert. Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes bildeten in ihren grauen Uniformen mit hölzernen Lanzen, Speeren, primitiven Schwertern und Morgensternen das Bauernheer. Die Autorin ließ Müntzer zum Schluß sagen: „Die Gewaltigen müssen vom Stuhl gestoßen und zerschmettert werden, um ihres großen Unrechts wegen. Gott hat das Zeichen gegeben ... Wir aber müssen den Weg bereiten mit Kraft und Mut ...“

Walter Dietze wertete diese Müntzer-Figur in einem umfangreichen Essay: „Er ist ihr Sprecher, der unwandelbar durch alle Ereignisse hindurchgeht und ihnen seine Deutung gibt. Ebenso statisch ist sein Gegenspieler Luther als Ideologe der konterrevolutionären Partei in der Bauernbewegung gesehen, und das Drama zeigt, daß es der Konterrevolution gelingt, die Bauern entweder demagogisch für sich zu gewinnen oder zumindest ihre revolutionäre Entschlossenheit zu lähmen. Historische Gründe, die eine Individualisierung sowie auch eine Motivierung aus konkreten, d. h. besonderen geschichtlichen Umständen erfordern hätten, werden nicht berücksichtigt.“ Berta Lask habe ein „politisch-propa-

gandistisches Lehrstück“ geschaffen. Seine Aufführung war ein großes Ereignis in der Geschichte des deutschen Arbeitertheaters während der Weimarer Republik. Nach den beiden Festtagen in Eisleben wurden die bereits gedruckten Exemplare des Dramas konfisziert. Die Autorin klagte man wegen Landesverrats an. Heinrich Mann schrieb hierzu: „Mit Verboten verbürgen juristisch vorgebildete Dummköpfe den nicht juristisch vorgebildeten, daß die Welt am Fleck bleibt ... Sie sind tief zu beklagen – mehr als ihr Opfer, mehr als Berta Lask ...“ Die „Rote Fahne“ berichtete am 2. Juni 1925 über die Theateraufführung in Eisleben: „Der Eindruck des Stückes war überwältigend. Immer wieder kamen aus den Massen der Zuhörer spontane Rufe, die bezeugten, wie richtig sie das Stück verstanden, wenn sie die historische Parallele auf die Gegenwart zogen ...“

In den 20er Jahren wurden auch Berta Lasks Kinderbücher viel gelesen: „Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten“ (es erschien 1983 nochmals im Kinderbuchverlag) und „Wie Franz und Grete nach Rußland kamen“ (1926).

Nach einer Haft von zwei Monaten emigrierte die Schriftstellerin 1933 in die UdSSR, wo sie 20 Jahre lebte. 1953 brachte sie aus dem Exil ein umfangreiches Romanwerk mit – die Trilogie „Stille und Sturm“. Sie erschien 1955 in zwei Bänden im Mitteldeutschen Verlag Halle. Berta Lask gestaltete hier ihre Entwicklung von einer bürgerlichen Fabrikantentochter zur revolutionären Agitatorin nach. Noch in der Sowjetunion waren von ihr zwei Erzählbände herausgekommen. Nach ihrer Rückkehr lebte sie in Berlin. 1956 veröffentlichte sie „Otto und Else“.

Für ihre Verdienste als Künstlerin und Kämpferin der Arbeiterbewegung erhielt sie den Vaterländischen Verdienstorden in Silber und Gold. Berta Lask starb am 28. März 1967. Anlässlich ihres 100. Geburtstages gestaltete die Akademie der Künste der DDR 1978 eine Ausstellung über ihr Schaffen. Aus gleichem Anlaß zeigte man in Moskau Ausschnitte aus ihrem Werk. Zum 50. Jahrestag des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller wurde im selben Jahr die Anthologie „Und immer brennt unser Herz“ veröffentlicht. Sie enthielt Texte der Mitglieder, unter anderem auch von Berta Lask.

Dieter Fechner

Faschistisches Schmierstück auf Erlanger Bühne

Im bayerischen Erlangen ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen Antifaschisten und Nazi-Rehabilitierern um eine von der Intendantin des städtischen Theaters, Sabina Dhein, in Szene gesetzte Aufführung eines faschistischen Schmierstücks entbrannt. Es handelt sich um Hans Rehbergs „Die Wölfe“. Das „Drama“ wurde 1944 von einem fanatischen Hitleristen als Teil der Durchhaltepropaganda geschrieben und von den Nazi-Obersten als „kriegswichtig“ eingestuft.

Während Rechtsradikale die geplante Aufführung begrüßten, zeichneten sich seitens der Rathauspartei „Grüne Liste“ und auch der SPD Widerstände ab. Örtliche Antifaschisten protestierten gegen die Provokation. Vor allem das „Erlanger Bündnis für den Frieden“ (EBF) und andere Verbände machten in diesem Sinne mobil.

Die Intendantin verkündete, sie wolle „ein viel zu lange schon verschlossenes Giftschrankchen öffnen“. Es gehe um „Experimente“ und einen überfälligen „Tabubruch“, sekundierten der Regisseur und ein weiterer Intendant. Behauptet wurde, man wolle dem bürgerlichen Publikum das Nazi-Stück in einer Inszenierung zeigen, die sowohl den „widersprüchlichen Gehalt des komplexen Werkes“ als auch die „ambivalente Haltung des Autors zum nationalsozialistischen Regime“ verdeutliche.

Von Zwiespältigkeit kann hier keine Rede sein. Hans Rehberg, 1901 geboren, war seit 1930 Mitglied der NSDAP, unter Goebbels Kulturwart in Berlin, später Leiter des Kulturamts der pommerschen Bezirksleitung von „Kraft durch Freude“ und schließlich Kriegsberichterstatte bei

Admiral Dönitz. Als Schwiegersohn von Dr. Erich Lübbert, der in Werften und südafrikanischen Diamantenminen sein Geld machte, unterhielt er beste Verbindungen zu jenem Industriellenkreis, der im November 1932 in einem Geheimschreiben an Hindenburg Hitlers Ernennung zum Reichskanzler forderte.

Rehberg fand trotz seiner Beschäftigung für die Nazi-Partei noch Zeit zu drittklassigen dichterischen Ergüssen, deren stolpernde Verse allerdings nicht immer zum erhofften Erfolg führten. Auch das Kriegstreiberstück „Die Wölfe“ wurde 1943 vorzeitig vom Breslauer Spielplan abgesetzt, da sich der „Dramatiker“ als Dilettant erwies. Nicht einmal die dem „Werk“ vom Obersten Heereskommando bescheinigte „Kriegswichtigkeit“ konnte es retten. Die Zuschauerränge blieben überwiegend leer. Selbst der Rezensent des „Völkischen Beobachters“ sprach von mangelndem „literarischem Ehrgeiz“ des Autors. Daraus entwickelte die Erlanger Intendantin ihre These, Rehberg habe eine „ambivalente Haltung“ zur faschistischen Diktatur eingenommen. Wissenschaftler des Nürnberger „Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände“ bezeichnen das Machwerk als „braunen Schrott“. Ein Erlanger Gymnasiallehrer berichtete, seine Klasse habe das Stück mit wiehernem Gelächter aufgenommen.

Trotz aller Einwände setzte Frau Dhein die Premiere auf den 16. November an. Die Mitglieder des „Erlanger Bündnisses für den Frieden“ reagierten mit dem warnenden Appell: „Wehret den Anfängen!“

R. F., gestützt auf Presseinformationen des EBF-Sprechers Manfred Kirscher

Hauptstadt der Emigrantenerliteratur

Im Sommer 1987 meldete „Le Monde“ die Einweihung einer Gedenktafel am Touristenbüro der kleinen Hafenstadt Sanary-sur-Mer zwischen Marseille und Toulon. 36 Namen deutscher und österreichischer Literaten, Theaterleute, Maler und Publizisten sind stellvertretend für die in dieser Gegend von 1930 bis 1941 lebenden Emigranten verzeichnet: Bert Brecht, Lion Feuchtwanger, Walter Hasenclever, Egon Erwin Kisch, Erika Mann, Golo Mann, Heinrich Mann, Thomas Mann, Ludwig Marcuse, Erwin Piscator, Franz Werfel und Arnold Zweig befinden sich darunter. Ohne Zweifel: Das ist eine Ehrentafel des antifaschistischen Exils.

Wer heute als Tourist Sanary besucht, ein Fischerdorf der Provence, das den ganzen Charme der Cote d'Azur verbreitet, wird überrascht sein, mit welcher Liebe man sich der antifaschistischen deutschsprachigen Emigranten erinnert. Das Fremdenverkehrsamt des Departements Var hat keine Mühe gescheut und deren einstige Wohnhäuser mit kleinen Gedenktafeln versehen. So kann sich der Besucher auf die „Emigranten-Routen“ begeben und erkunden, wo z. B. Thomas Mann an „Joseph und seine Brüder“ arbeitete, Franz Werfel und Alma Mahler-Werfel ihre „Turm-Wohnung“ einrichteten, wo Lion und Marta Feuchtwanger ihre Freunde empfingen. Zunehmend, so die Auskunft der freundlichen Mitarbeiter der „Maison de Tourisme“, wird nach den Faltblättern und Prospekten gefragt, die die Wege dorthin kennzeichnen.

Führungen zu den Häusern der Exilanten gehören inzwischen zum ständigen Angebot. Auch ein Gemälde im „Theater Galli“ (auf ihm sind Thomas Mann und Lion Feuchtwanger auszumachen) hält die Erinnerung an die antifaschistischen Intellektuellen wach. Sanary, so die Schätzungen, avancierte zusammen mit Nizza, Le Lavandou und Bandol zur Zufluchtsstätte für etwa 500 Emigranten. Manche blieben nur einige Wochen, andere Monate oder auch Jahre. Alle aber hatten Deutschland im Blick und die Hoffnung im Herzen, eines Tages in das Land ihrer Geburt zurückkehren zu können. Ludwig Marcuse war es, der Sanary die „Hauptstadt der deutschen Literatur“ nannte, etwas ironisch, liebevoll und mit Ehrfurcht formuliert.

Dennoch war das Exil alles andere als eine Idylle. Darüber täuschten das milde Klima, das schöne Blau des Meeres, der malerische Hafen und das allbekannte Licht der Cote d'Azur nicht hinweg. Marcuse charakterisierte die Situation so: „Wir waren in dem Land, in dem sich Gott am wohlsten fühlte. (...) Alles war azurblau, nur nicht unser Gemüt. (...) Wir waren im Paradies – notgedrungen.“ Für viele waren die Politik des Nazi-Regimes, die Angst vor dem drohenden Krieg, die Sorge um Freunde und Bekannte in Hitler-Deutschland, die Repressalien der französischen Behörden, der Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges, der tagtägliche Kampf um notwendige Dokumente und nicht zuletzt

um die Sicherung elementarer Lebensgrundlagen so bedrohlich, daß mancher verzweifelte. „Alle weinten um Deutschland, alle schrieben gegen Hitler, alle arbeiteten an Romanen, Dramen, Gedichten, Biographien ...“ (Kesten) Nicht wenige literarische Produkte jener Zeit haben einen ehrenvollen Platz in der deutschen Literatur gefunden. Man las sich vor und diskutierte, in den Wohnungen und, sehr oft, in den Cafés am Hafen. Das humanistische Deutschland hatte auch im Süden Frankreichs Platz genommen. Die Schriftsteller litten unter dem Exil, kaum einer war auf dieses vorbereitet. Die Hoffnung der meisten, das Nazi-Regime werde nur Wochen, höchstens Monate existieren, erwies sich



bald als Illusion. Im Exil zu sein bedeutete, eine Krise zu durchleben und die eigene Identität infrage zu stellen. Man erfuhr Solidarität, aber oft auch Isolation und Verarmung. Und immer wieder wurden die gleichen Fragen gestellt: Wohin führt der Weg? Geht es überhaupt weiter und wie? Wo und wie finden wir die Möglichkeit, den Mördern zu entkommen?

Nicht alle ertrugen die Hoffnungslosigkeit und Einsamkeit. Die Katastrophe, die mit dem 30. Januar 1933 über Deutschland hereingebrochen war, wurde hautnah erlebt und durchlitten. Etliche verloren die Kraft zum Weiterleben und wählten den Freitod, kamen auf der Flucht um, wurden in Konzentrationslagern ermordet oder verhungerten. Man lese die Romane „Transit“ (Anna Seghers) und „Die Nacht von Lissabon“ (Erich Maria Remarque), um zu erfahren, wie die Lebenssituation und die psychische Verfassung der Flüchtlinge aussahen.

Ein großer Teil der Emigranten von Sanary ging aber auch andere Wege. Sie führten zu den Internationalen Brigaden oder, gezwungen durch die faschistische Aggressionspolitik, in weitere Staaten, um das Leben dort fortzusetzen. Viele kehrten Deutschland für immer den Rücken.

Nicht wenige wurden später in Lagern wie Les Milles, Gurs oder Le Vernet interniert. Die „Sanaryaner“ aber, spätestens zu Beginn des 2. Weltkrieges in alle Winkel der Welt verstreut, haben in ihrer Mehrheit versucht, dem Faschismus mit der Waffe des Wortes die Stirn zu bieten, so mancher auch mit der Waffe in der Hand. Sie widersetzten sich ihm aus ihrer humanistischen Überzeugung heraus.

Heinrich Mann, in Nizza lebend, schrieb 1933 in dem Essay „Aufgaben der Emigration“: „Die Emigration steht für Deutschland und für sich selbst, sie enthält menschliche Werte von höherem Lebensrecht als alles, was sich in dem niedergeworfenen Land breit machen darf. Sie umfaßt Denker und Charaktere. Die anderen dort hinten haben Gleichgeschaltete und Schwätzer. Sooft die Emigration öffentlich auftritt, sollte ihre Überlegenheit betont werden, viel mehr als das ihr angetane Unrecht; zu empfehlen ist Stolz.“

Es verwundert nicht, daß die Mehrheit der Emigranten, enttäuscht und verbittert über die politische Entwicklung, nicht in die Westzonen bzw. die BRD zurückkehrte. Über Jahrzehnte hinweg wurden die Bücher von Feuchtwanger, Döblin, Klaus und Heinrich Mann der Öffentlichkeit vorenthalten. Während Gründgens, Benn und Furtwängler wieder im Rampenlicht standen, erlebten die Emigranten nach 1945 im deutschen Westen erneute Verachtung. Ein beträchtlicher Teil von ihnen siedelte sich in der SBZ, der späteren DDR, an. Die Bücher der antifaschistischen Schriftsteller wurden hier gedruckt und fanden eine breite Leserschaft. Doch das Trauma des Exils ist für viele bis zu ihrem Lebensende geblieben. Im Nachkriegsdeutschland, in der BRD, aber auch in der DDR, sahen sich einige neuen Schwierigkeiten ausgesetzt. In der BRD nicht selten mit dem Stigma des „Vaterlandsverrats“ bedacht und ausgegrenzt, wurden in der DDR der 50er Jahre insbesondere „Westemigranten“ (wie Dahlem, Merker, Janka u. a.) Repressalien ausgesetzt.

Die Geschichte der Flüchtlinge von Sanary-sur-Mer ist noch nicht niedergeschrieben. Dem Literaturhistoriker Manfred Flügge kommt das Verdienst zu, den Ort der Zuflucht der exilierten antifaschistischen Künstler von Rang der Vergessenheit entrissen zu haben. Und wer wissen will, wie Sanary in den 30er Jahren aussah, der greife zum Roman von René Schickele „Die Witwe Bosca“. Oder noch besser: Man fahre dorthin, setze sich in eines der „Emigranten-Cafés“ an der Place Massena und denke daran, wer hier in Deutschlands dunkelster Zeit saß und, oft kontrovers, diskutierte. Vielleicht findet sich auch Zeit, das Grab von Klaus Mann, damals wiederholt in Sanary, in Cannes aufzusuchen. Er ist hier 1949 aus dem Leben geschieden.

Sanary-sur-Mer wurde am 23. August 1944 von Truppen des Generals Lattre de Tassigny befreit. Wer heute von der größten Kulturtat des 20. Jahrhunderts, dem Sieg über den Hitlerfaschismus, spricht, kann nicht umhin, den Namen dieses Ortes zu nennen und derer zu gedenken, die hierher flüchteten, nachdem in Nazi-Deutschland ihre Bücher verbrannt waren und es darum ging, das nackte Leben zu retten. Zugleich ist das, was im französischen Süden vor sieben Jahrzehnten geschah, ein unverzichtbarer Bestandteil des antifaschistischen Erbes und der deutschen Literaturgeschichte.

Dr. Peter Fisch

Vorabdruck aus Gerhard Bengschs neuem Buch „Der Colonel von Cattenberg“

Meine Freundin Betty

„Der Colonel von Cattenberg“ heißt ein neues Buch von Gerhard Bengsch. Im Mittelpunkt der Titelgeschichte stehen die abenteuerlichen Erlebnisse eines arbeitslosen Ingenieurs. Mit der gütigen Erlaubnis von Autor und Verlag bringen wir hieraus einen Vorabdruck – unseren Lesern zum Vergnügen (aber auch, um ihnen Lust auf das gesamte Werk zu machen).

Tag für Tag, Woche für Woche und Monat für Monat wartete ich auf positive Nachricht vom Arbeitsamt. Hin und wieder fand ich einen Job für ein paar Stunden. Fand ich nichts, saß ich vorm Fernseher. Manchmal ging ich in die Kneipe an der Ecke, hielt mich an einem Bier fest und freute mich, wenn sich jemand zu mir setzte. Auf diese Weise lernte ich Betty kennen.

Betty studierte Betriebswirtschaft. Das heißt, sie tat so, um ihren Papa, einen hessischen Getränke-Grossisten, bei Laune zu halten. Papa schickte ihr jeden Monat einen Scheck. Die Beziehungen Papas zu seiner Tochter hatten vorwiegend finanziellen Charakter. Man sah sich selten. In ihrer Schulzeit schickte er die Schecks ans Internat im Berner Oberland, später nach Berlin. Sie haßten sich nicht, sie liebten sich nicht; er gab, sie nahm. Die Ursachen habe ich nie erforscht, denn Betty, die glutäugige Schönheit aus dem Taunus, ist in meinem Leben eine Episode geblieben, die nach acht Wochen ein jähes, von der Polizei herbeigeführtes Ende nahm.

Damit komme ich zu meiner ersten Berührung mit der Polizei, die zu Konsequenzen führte, mit denen ich nicht gerechnet hatte. Zwar war Betty älter als der studentische Durchschnitt, doch gleichzeitig war sie erheblich jünger als ich. Was ihr an mir gefiel, hat sie mir nie verraten. Man sagt mir eine entfernte Ähnlichkeit mit einem berühmten amerikanischen Filmschauspieler nach, sollte es das gewesen sein? Egal. Betty lud mich in ihre Studentenbude ein. Ich wohnte bei ihr und teilte ihr Bett. Und es dauerte nicht lange, da teilte ich auch ihre Auffassungen.

Die wichtigste Erkenntnis, die Betty aus ihren bisherigen betriebswirtschaftlichen Studien und durch den Umgang mit Gleichgesinnten gewonnen hatte, war die, daß Kapitalismus Scheiße ist. (Sie sagte gern und oft Scheiße.) Rüstung bis zum Wahnsinn, Konsum bis zum Wahnsinn, Umwelt im Arsch, alles im Arsch. (Lieblingswort Nummer 2.) Was den Kapitalismus ablösen sollte, wußte Betty nicht so genau. Sie tippete auf eine neue Art von Sozialismus, eine dem bisherigen überlegene, doch erschien es ihr verfrüht, sich auf Details festzule-

gen. „Kommt Zeit, kommt Rat“ antwortete sie, als ich sie danach fragte, doch gab sie zu, daß einige ihrer Genossen genauere Vorstellungen hätten. Der Sozialismus Bettyscher Prägung gipfelte in dem Satz: „Wir brauchen keine Theorie und keine Partei, sondern zehn Schachteln Streichhölzer und hundert Zentner Dynamit.“ Streichhölzer besaß sie reichlich, denn sie war Kettenraucherin, Dynamit glücklicherweise nicht. Ihre Ablehnung der kapitalistischen (Un-)Ordnung, ihrer Repräsentanten und Verteidiger beschränkte sie auf Demonstrationen, an denen sie, abgesehen von Tomaten und faulen Eiern, grundsätzlich unbewaffnet teilnahm.

Eines Tages lud sie mich ein, sie zu begleiten. Nein, sie lud mich nicht ein, sie forderte mich mit der allen Linken eigenen Unbedingtheit auf, mit ihr einem Gelöbnis von Wehrpflichtigen beizuwohnen. Wir kamen nicht allein. Kampfgefährten, die mit Lautsprechern, Trillerpfeifen und anderen Hilfsmitteln demokratischer Willensäußerung ausgestattet waren, schritten Seit' an Seit' mit uns vom Brandenburger Tor über den Potsdamer Platz zum Gelöbnisort, dem Reichpietschufer. Das war die Demo-Route, und die war selbstverständlich auch den Bullen (O-Ton Betty) bekannt, was schon auf dem Hinweg zu Handgreiflichkeiten führte. (Nicht von uns, wir haben nicht angefangen!)

Unterwegs stießen immer mehr Genossen und Sympathisanten zu uns, vorwiegend jüngere. Es können ungefähr zweihundert gewesen sein, die Zahlenangaben schwanken. Fest steht nur, daß es sich um 250 Rekruten, 5 Offiziere, 7 Unteroffiziere und 1 Stück Kriegsminister (SPD) gehandelt hat, die dort von mehr als doppelt so vielen Polizisten bewacht wurden.

Was soll ich lange reden? Es ging alles unheimlich schnell. Den Minister trafen Tomaten; reizende Jungfern ließen ihre Hüllen fallen und rannten splinternackt auf die jungen Krieger zu, deren Mütter entsetzt und deren Väter begeistert aufschrien; Offiziere blökten Befehle; aus Lautsprechern erscholl Tucholskys weltbekannte Ansicht über das, was Soldaten sind; Wasserwerfer rasselten herbei, Schlagstöcke sausten durch die Luft.

Mir war es eine rechte Freude, Dampf abzulassen, meine Wut loszuwerden aufs Arbeitsamt und überhaupt auf alle Diedaoben, die sich dauernd die Diäten erhöhen, aber Diedaunten bescheißen, wo sie nur können. (Wieder O-Ton Betty.) Wollüstig skandierte ich Parolen, drosch zurück, wenn ich gedroschen wurde, feuerte matschige Tomaten auf ausschwärmen-

de Feldjäger, schmiß einem asthmatisch keuchenden Oberst ein faules Ei mitten ins fassungslose Antlitz und verschönte, aus hygienischen Gründen eine herumliegende Kinderschippe benutzend, die schwarzrotgüldene Adlerfahne der ruhmreichen Bundeswehr mit Hundekacke.

Damit beschäftigt, entging mir ein fetter, schwerer Kerl, der sich mir von hinten genähert hatte. Im Bruchteil einer Sekunde lag er auf mir und stieß mir mit der Wucht einer Dampftramme sein Knie ins Brustbein. Sein fauler Atem benebelte, ein Schlag auf die Nase betäubte mich. Handfesseln schnappten zu, Polizisten übernahmen mich. Der Zweizentnerschläger (Verfassungsschutz, nahkampfgewühtes Spezialkommando für Gelöbnisfeiern) verschwand im Schlachtgetümmel.

Verschwinden war auch meine glutäugige Kampfgefährtin Betty. Sie war in Papas Schoß und Schloß im Taunus geflüchtet und ließ nie mehr von sich hören. Inzwischen soll sie mit einem Ministerialrat vom hessischen Landesrechnungshof verheiratet sein, den sie aus Protest gegen seine bourgeoisen Unterdrückerallüren nach besten Kräften betrügt.

Mein Fall kam in Moabit vors Schnellgericht. Der Richter schielte, aber das spielte in diesem Zusammenhang keine Rolle. Er schielte nicht nach oben, nicht auf die Beförderungsliste und nicht auf die wegen Blindheit und Taubheit schwerstbehinderte Göttin des Rechtswesens, sondern hatte einfach ein nach außen stehendes Auge.

Er war ein alter Mann, die Pension war ihm sicher. Als er mich nach meinen Untaten befragte, kam es mir vor, als sei seiner Stimme ein leises beifälliges Kichern unterlegt. Sollte sich unter der schwarzen Robe ein heimlicher Gesinnungsgenosse verbergen? Und als er das Urteil sprach, schwang aufrichtiges Bedauern mit. Sühnelos könne ich den Saal nicht verlassen, brummelte er. Mehr als die Bitte des Herrn Pflichtverteidigers, die bisherige Unbescholtenheit des durch Arbeitslosigkeit und eine gescheiterte Ehe aus der Bahn geworfenen Angeklagten strafmildernd zu würdigen, könne er nicht in seinem Urteil berücksichtigen. Jeglicher Nachsicht stünden entgegen die §§ 88, 91, 96 und 97 StGB, also Beschimpfung des Staates, Beschmierung von Staatssymbolen, Verunglimpfung von Staatsorganen usw.

Wer weiterlesen will, der greife zu Gerhard Bengsch: Der Colonel von Cattenberg, Scheunenverlag, Kückenshagen, 2003, 288 S., 9,90 €

Leserbriefe an RotFuchs



Auf die am 1. November 2003 im ND veröffentlichte Anzeige erhielten wir bisher 442 Neubestellungen des RF. Alle Bezieher von Probeexemplaren werden durch uns, wenn sie nicht abbestellen, monatlich weiterbeliefert.

Die Redaktion

Die Annonce im ND und die Zeitschrift haben folgende Bedeutung für mich. Ich sehe Licht am Ende des Tunnels! Von dem Förderverein hatte ich bis jetzt keine Ahnung. Ich möchte Fördermitglied werden. Seit 1966 war ich Mitglied der SED, nach der „Wende“ kurze Zeit in der PDS.
Gerda Grünberg, Königs Wusterhausen

Auch ich bin „altmodisch genug“, um am wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin festzuhalten. Auch für mich ist die DDR „das gute Deutschland“ geblieben. Daher hat Euer sehr wirksam formuliertes Inserat im ND mein brennendes Interesse für Eure Zeitschrift „RotFuchs“ geweckt.

Heinz Jürgen Furian, Hannover

Ich möchte mich für die schnelle Zusendung der beiden neuesten „RotFuchs“-Ausgaben bedanken. Es ist mir wirklich eine Freude, diese Zeitung zu lesen. In vielen Dingen spricht Ihr mir aus dem Herzen. Denn dieses Deutschland ist nicht mein Deutschland. Nach 28 Jahren aus der Polizei gefeuert, als Genosse verspottet, ist es eine Genugtuung zu wissen, daß es noch ehrliche Menschen gibt, die ihren Geist und ihre Überzeugung nicht dem Klassenfeind geopfert haben. Laßt Euch nie unterkriegen!

Kurt Gutschmidt, Berlin

Die „RotFuchs“-Ausgaben Nr. 69 und 70 habe ich erhalten und unverzüglich gelesen. Sie haben nicht zu viel versprochen. Es ist wirklich eine interessante Lektüre, die nicht so schnell wieder aus der Hand gelegt wird, wenn man einmal mit dem Lesen begonnen hat. Die Leitartikel auf den Titelseiten beider Nummern („Verunsicherung“ und „Ohne Kompromisse?“) sind bestechend in ihrer verständlichen und überzeugenden Art. Allerdings würde ich die Problematik der „führenden Rolle“ einer „marxistisch-leninistischen Massenpartei“ im Kampf für den Sozialismus vorsichtiger behandeln. Wichtig wäre es doch, zunächst Klarheit darüber zu schaffen, was unter einer marxistisch-leninistischen Partei zu verstehen ist, was sie kennzeichnet, woran sie zu erkennen ist. Warum ist es objektiv notwendig, daß sie die führende Rolle im revolutionären Kampf des Volkes für den Sozialismus übernimmt? (...)

Horst Retzlaff, Magdeburg

Danke, danke für die „RotFuchs“. Wie recht hat Genosse Prof. Mebel – ich kenne auch sein Buch – mit dem Ausspruch: „Ich bin und bleibe Kommunist.“ Ich bin und bleibe es auch! Bin katholisch, trotzdem, nein, gerade deswegen.

Horst Schröter, Iserlohn

Ich bedanke mich sehr für die Übersendung der Probeexemplare des „RotFuchs“. Solche „altmodische“ (s. Inserat im ND) Literatur ist schon gut. Ich bitte recht herzlich, mich regelmäßig mit dem „RotFuchs“ zu versehen, zumal sich schon Nachleser bei mir angemeldet haben.

Gerhard Vogt, Ludwigslust

Für die Übersendung von zwei „RotFuchs“-Exemplaren bedanke ich mich. Ihr habt meinen Wunsch prompt erfüllt. Nach der Lektüre der beiden Ausgaben möchte ich in Euren ständigen Leserkreis aufgenommen werden. An der Finanzierung werde ich mich durch regelmäßige Geldüberweisungen beteiligen, da sonst ja nichts laufen kann. Ich finde die Artikel und Mei-

nungsäußerungen zu aktuellen Fragen der Politik sehr aussagekräftig. Der „RotFuchs“ bedeutet für mich als DKP-Mitglied, daß dieses parteiunabhängige Forum allen Kommunisten und Sozialisten die Möglichkeit gibt, ihr Herz auszuschütten. Ganz besonders steht es auch den vielen parteilosen Genossen, die Kommunisten und Sozialisten geblieben sind, zur Verfügung. (...)

Armin Lufer, Berlin

Dank für die vier Probehefte des „RotFuchs“. Meine Frau und ich haben sich sofort festgebissen. Wir bitten Euch, uns die Zeitschrift künftig regelmäßig zuzusenden. Da wir keine Vorstellung von den Kosten für ein Exemplar und dessen Versand haben, werden wir zeitgleich eine Spende von 50 Euro überweisen. Kann diese steuerlich geltend gemacht werden?

Hannelies und Karl-Friedrich Schrodetzki, Rudolstadt

Anmerkung der Redaktion

Für Spenden bis 100 Euro erkennt das Finanzamt den Einzahlungsbeleg als „Zuwendungsbestätigung“ an. Bei Beträgen über 100 Euro stellen wir auf Wunsch entspr. Bescheinigungen aus.

Mich bewegt das Schicksal des Palastes der Republik. Seit 13 Jahren versucht man mit fadenscheinigen Begründungen (Asbest), dieses Symbol der DDR-Menschen verschwinden zu lassen. Dabei geht es doch gar nicht um Asbest, dann müßte man ja die Bonner Oper oder das Westberliner ICC auch beseitigen.

Als Teil der modernen Bilderstürmerei reiht sich der Abriß ein in die Schändung von Pharaonen-Gräbern und die Vernichtung von geschichtsträchtigen Statuen durch die Taleban.

Als die Führer der Pariser Kommune im April 1871 die Vendome-Säule als Symbol des Chauvinismus stürzten, reagierte der französische Schriftsteller Victor Hugo voller Empörung: „... Wenn man ein Denkmal wegen der Erinnerungen, die es weckt, zerstören muß, so laßt uns den Parthenon niederreißen, weil er an den heidnischen Aberglauben erinnert, die Alhambra, weil sie an den mohammedanischen Aberglauben erinnert, das Kolosseum, weil es an jene schrecklichen Feste erinnert, bei denen Raubtiere Menschen fraßen, die Pyramiden, weil sie an die furchtbaren Könige erinnern, die Pharaonen, deren Grabmäler sie sind. Laßt uns alle Denkmäler niederreißen, angefangen beim Ramses-Tempel, alle Moscheen, angefangen bei der Hagia Sophia, alle Kathedralen, angefangen bei Notre-Dame!“

(Gefunden im Nachwort zu „Das Jahr 1793“, Kiepenheuer Verlag, Leipzig und Weimar 1989) Dem ist nichts hinzuzufügen!

Werner Jahr, Potsdam

(...) Während alle linken Parteien Deutschlands an Mitgliedern verlieren oder stagnieren, hat der „RotFuchs“ (Zeitung und Förderverein) Zulauf. Im Raum Neubrandenburg zählten wir Anfang des Jahres 28 Mitstreiter. Heute sind es 66. Der RF vermag die gesunden Kräfte in den linken Parteien und darüber hinaus viele parteilose Genossen anzusprechen und zusammenzuführen. (...)

Weil der RF niemanden aus einer der bestehenden Parteien abwirbt, hebt er das Niveau aller. Er ist nämlich Organisator und Forum für die marxistisch-leninistische Weiterbildung ihrer Mitglieder. Die jeweiligen Parteien werden ideologisch von innen gestärkt. (...)

Viele meiner PDS-Genossen tragen sich jetzt mit dem Gedanken des Austritts. Ich finde, sie sollten sich lieber dem „RotFuchs“-Förderverein anschließen und im Sinne seiner Ziele in der PDS wirken. (...)

Wir müssen uns um unser Blatt scharen, denn das, was derzeit keine linke Partei kann und deren Funktionsmehrfachheit auch nicht wirklich will, könnte aus dem RF erwachsen: die Zusammenführung von Sozialisten und Kommunisten.

Wir müssen bedenken, daß die „RotFuchs“-Bewegung ein Keim in Entwicklung ist. Sie kann sich zu einem großen Baum entwickeln, der die Landschaft prägt. Sie kann aber auch noch

leicht beschädigt und sogar vernichtet werden. Genossen, seid wachsam!

Günter Schmidt, Neubrandenburg

Die Überschrift des ND zum Interview mit Robert Havemanns Sohn Florian („Der Mann ist viel interessanter“) ist zutreffender, als es dieser anscheinend ahnt. Er sagt über seinen Vater: „Er hat auch nicht erzählt, daß er als Chemiker in der Nazi-Zeit an der Giftgas-Forschung beteiligt war, daß er gute Kontakte zum Heereswaffenamt hatte.“

Vater Robert hat Sohn Florian offenbar viel mehr nicht erzählt, so z. B., daß er auch IM sowohl der militärischen Abwehr als auch der Gestapo war. In den Akten seines Prozesses vor dem Volksgerichtshof, die Florian nach eigenem Bezeugen auch gelesen hat, ist festgehalten, was Robert Havemann dazu in seiner Vernehmung am 5. September 1943 ausgesagt hat, nämlich dies: „Zu Beginn des jetzigen Krieges – es kann Ende 1939 gewesen sein – wurde ich auf Vorschlag meines Chefs Prof. Haeubner, Leiter des Pharmakologischen Instituts, zum stellvertretenden militärischen Abwehrbeauftragten ernannt. Es kann im Jahr 1941 gewesen sein, als ich zum militärischen Abwehrbeauftragten ernannt wurde und Prof. H. stellv. Abw. wurde. Diese Regelung erfolgte allgemein in den Fällen, wo die Chefs oder Betriebsführer Abw. waren. Später, es kann im Mai 1942 gewesen sein, wurde ich zum politisch-polizeilichen Abwehrbeauftragten ernannt.“ (Die politische Polizei war bekanntlich die Gestapo.)

Sohn Florian bemerkt nach der Feststellung der guten Beziehungen seines Vaters zum Heereswaffenamt: „Deshalb wurde ja letztlich das Todesurteil gegen ihn nicht vollstreckt.“ Alle anderen in diesem Prozeß Mitangeklagten wurden hingerichtet. Vielleicht erklärt sich die Ausnahmebehandlung Havemanns nicht nur mit seinen guten Beziehungen zum Heereswaffenamt?

Übrigens: Angesichts der gnadenlosen Diskriminierung aller, die auch nur zum Waffendienst in der Sicherungstruppe „Felix Dzierzinski“ einberufen waren, verdient es nachdrückliche Erwähnung, daß die DDR-Führung trotz ihres Wissens um Havemanns V-Mann-Tätigkeit für die Gestapo und den militärischen Abwehrdienst – die entsprechenden Akten lagen im Archiv des MfS und wurden dort ausgewertet – in ihrer Auseinandersetzung mit ihm von diesem Wissen keinen Gebrauch gemacht hat.

Dr. sc. Kurt Gossweiler, Berlin

In Ergänzung des Leserbriefs von Rolf Weinholt, Hoyerswerda, kurz folgender Bericht: Auch ich verbrachte einige Tage im Krankenhaus. In dieser Zeit kam ich mit vielen Patienten ins Gespräch: 6-Bett-Zimmer und „Freigang“ im Korridor. Ich spürte das Bedürfnis vieler nach vernünftiger Information, die ihnen heutige Tageszeitungen vorenthalten. Mindestens drei Patienten hätten sich gefreut und mir gedankt, wäre ich dazu imstande gewesen, ihnen den „RotFuchs“ anzubieten. Leider war ich darauf nicht vorbereitet. Deshalb mein Vorschlag: Genossen, falls Euch mal ein Krankenhausaufenthalt bevorsteht – deckt Euch mit einem „Rudel RotFuchs“ ein!

P. S. Noch ein kurzes Erlebnis im Krankenzimmer: Als ein junger „Bursche“ über die DDR herzog, standen alle anderen Patienten „wie ein Mann“ hinter mir und verteidigten sie.

Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Heute morgen kam bei mir der Oktober-„RotFuchs“ an. Darin las ich u. a. den Aufsatz von Konrad Strehl zur Problematik des künftigen DKP-Programms. Dazu stellen sich mir ein paar Fragen: 1. Wer ist der Autor? In Eurer Autorenliste taucht sein Name nicht auf. Auch kenne ich keinen Autor dieses Namens. Handelt es sich um ein Pseudonym? Seit wann ist es aber in der kommunistischen Presse üblich, „Geschützte“ so schwerer Art aufzufahren und sich dabei zu verstecken? Niemand, der so etwas schreibt, wird bedroht, weder vom Gegner noch von einer – ohnehin nicht existierenden – „allmächtigen Kontrollkommission“. 2. Woher hat der Autor seine wenigstens in Teilen falschen Infor-

mationen? Warum wird verschwiegen, daß hinter dem durch ihn kritisierten Beschluß 21 der anwesenden 28 Parteivorstandsmitglieder (bei 2 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen) standen? Wie will man es, wo man immer an Leninische Organisationsprinzipien appelliert, vereinbaren, den Stoß gegen zwei Genossen (Heinz Stehr und Nina Hager – R. F.) zu richten, wo man doch wissen mußte, daß man es mit einem PV-Beschluß zu tun hat? 3. Wir haben das Parteiprogramm (der DKP – R. F.) von 1978 in einer Zeit erarbeitet, da ging es mit der Partei aufwärts, nahm sie rasch an Mitgliedern zu, (...) waren wir verbunden mit einer großen sozialistischen Arbeiterjugend-Organisation, lief an den Universitäten nichts ohne das Mitwirken des mit uns verbundenen Studentenverbandes „Spartakus“. (...) Wir hatten das mit uns verbundene Institut für Marxistische Forschungen und mehr als ein Dutzend hochkarätiger Universitätsprofessoren. Doch selbst unter so günstigen Bedingungen ließen wir uns zehn Jahre Zeit, um – über einige Zwischenschritte – unser Programm zu erarbeiten.

Heute leben wir unter den Bedingungen einer beispiellosen Niederlage, fehlt uns gar manches von dem, worüber wir damals verfügten. Und da wollen einige nach der Methode der Witwe Hurlig verfahren? Das ist absolut unernt. **Dr. Robert Steigerwald, Eschborn**

Bemerkung der Redaktion

Genosse Steigerwald mußte als Redakteur der Marxistischen Blätter eigentlich wissen, daß die strikte Diskretion in bezug auf ein Pseudonym zu den Gesetzen der Medienarbeit gehört. Was nun Konrad Strehl betrifft: Er ist, da Alt-Kader, offensichtlich mit vielen Internas der DKP vertraut. 2. Der RF läßt sich als parteiunabhängige Zeitung, die niemandes direktes oder indirektes Anhängsel ist, keine Vorschriften darüber machen, ob er zwei, drei oder fünf Personen aus einer politischen Partei kritisiert. In diesem Falle waren es zwei. 3. Genosse Steigerwald hat offengelassen, worin die z. T. „falschen Informationen“ bestanden haben sollen. Es wurde deutlich gesagt, daß die Verschiebung der Programmatscheidung über den 17. Parteitag der DKP hinaus – ein statutenwidriger Umgang mit der Beschlußlage des 16. Parteitags – von der Mehrheit des PV der DKP zu verantworten ist. 4. Nicht Witwe Hurlig, sondern Witwe Säumig ist hier am Start.

Seit einem reichlichen Jahr lese ich den „RotFuchs“, und er ist mir eine große moralische Unterstützung in diesen (nicht nur) für mich sehr schwierigen Zeiten. So hilft mir z. B. die marxistisch fundierte Bewertung von historischen Ereignissen durch Fachleute oder Zeitgenossen – ob sie die DDR betreffen oder die anderen sozialistischen Länder oder die Weltpolitik –, mich nicht zweifeln oder verwirren zu lassen im Dschungel der Halbwahrheiten, Lügen und Diffamierungen und außerdem meinen Stolz zu bewahren, als DDR-Bürgerin für dieses Land und eine sozialistische Gesellschaft gearbeitet zu haben. (...)

Ich vermisse im „RotFuchs“ innenpolitische Themen, die politökonomische Fragen aufgreifen. Das gilt u. a. für die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. (...)

Ich würde auch selber dies und jenes recherchieren, bin aber nicht mobil und finanziell ein bißchen sehr klamm, male auch gerade kleine Bilder für Weihnachten, um ein paar Euro hinzuzuerdienen. Aber ohne größeren Aufwand könnte ich über das Leben als Arbeitslose schreiben, über vergebliche Bemühungen ... Ob das jemanden interessiert? Noch ist mir die Richtung nicht klar, aber ich denke weiter darüber nach. **Martina Dost, Worin**

Ich möchte meinen Aufnahmeantrag für den Förderverein gerne mit einigen Bemerkungen zum RF verbinden. Mir scheint, er zielt noch nicht ins Schwarze, in die Kernbereiche des Wesens und der Politik der BRD bzw. der sogenannten westlichen Demokratie. Auf sozialökonomischem Gebiet würde mir z. B. so etwas vorschweben wie in der Karikatur über Ul-

la Schmidt in Nr. 70 dargestellt, natürlich verbal, durchaus polemisch, logisch durchdacht und sachlich begründet. Auf politisch-ideologischem Gebiet wird in den offiziellen Darstellungen die kapitalistische Gesellschaft nicht nur als soziale Marktwirtschaft, sondern auch als Wissens-, Spaß-, Informations- oder postindustrielle Gesellschaft verbrämt und dadurch die Wirklichkeit verschleiert. (...) Finden sich denn aus dem Kreis der Wissenschaftler, Professoren und Doktoren von den Hochschulen und Instituten der DDR keine zusätzlichen Mitarbeiter für den „RotFuchs“, so daß der heutige Themenkreis etwas erweitert werden könnte? Ich stelle mir vor, daß sie außer ihren Kenntnissen und Fähigkeiten sogar über aktuelles Hintergrundwissen verfügen, das für den Normalbürger nicht zugänglich ist.

Helmut Müller, Berlin

Ich bin 29 Jahre alt, arbeitsloser Tischler und beschäftige mich seit meinem 14. Lebensjahr mit Politik. Schnell war für mich klar, daß der Kommunismus/Sozialismus das politische Ziel ist, wofür es sich zu kämpfen lohnt. In Essen, wo ich aufgewachsen bin, war es nicht leicht, Gleichgesinnte zu finden. Aber es gab sie. Damals hatten wir die Karl-Liebkecht-Buchhandlung, in der man viel Wissenswertes erfahren, lesen und kaufen konnte, oder die selbstverwaltete Kneipe „Links“ der SJO „Die Falken“, in der man sich zweimal in der Woche zum Gedankenaustausch oder einfach nur so traf. (...) Ich habe einiges von Marx und Engels gelesen, ebenso Werke der von mir sehr verehrten Frau Dr. Rosa Luxemburg (u. a. „Briefe aus dem Gefängnis“). Karl Liebkechts Reden habe ich mir über eine Buchhandlung bestellt. (...)

Aber als ich jetzt zum ersten Mal den RF las und wieder las, kam ich mir vor, als ob ich nur ein Sandkorn eines Strandes kennen würde. Ich bin in Westdeutschland christlich-grün erzogen worden, und es war sehr schwer, offene Diskussionen in der Schule und in der Allgemeinheit über Kommunismus zu führen. Als ich mit 16 Jahren das erste Rosa-Luxemburg-Foto in meinem Zimmer aufhängte, war zu Hause die Hölle los. Es blieb hängen.

Manchmal habe ich das Gefühl, nie diesen ganzen Kontext kennenzulernen, vielleicht können Sie mir weiterhelfen. Außerdem habe ich einige Kritik an den ehemals sozialistischen Ländern und Angst davor, daß man mir sagen würde: Du bist kein Kommunist/Sozialist. Dann würde viel in mir zusammenbrechen.

Björn Plänker, Bochum

In dieser an Sensationen so reichen Zeit werden die Menschen täglich mit Horrormeldungen überfüttert. (...) Ängste werden geschürt, Armeen mobilisiert, Superwaffen entwickelt und immer neue Feinde gefunden.

Die Ursachenforschung für diese Erscheinungen, Katastrophen und Wirkungen ist nicht gefragt. Keiner soll nachdenken, schon gar nicht über die Zukunft der Menschheit.

Vor 133 Jahren schon hat Karl Marx im Kapital die Gründe für all diese gesellschaftlichen Phänomene benannt. Er zitiert einen englischen Ökonomen: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 % sicher kann man es überall anwenden; 20 % lebhaft; 50 % positiv waghalsig; 100 % – es stampft die menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 % – es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert – selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es beides ermuntern.“

Wie wahr – gerade heute! Irak, Afghanistan (...) und viele andere Tatorte des ausufernden Kapitalismus sind Beweis für diese These. **Egon Eismann, Wernigerode**

In seiner Rede auf der 2. zentralen Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins spricht Gerhard Feldbauer von einem „neuen sozialistischen Anlauf“.

Im Wettkampf stehen einem Hochspringer mehrere Anläufe zur Verfügung, um sich über die Latte zu schwingen. In der Geschichte da-

gegen lassen sich nach einem Fehlversuch die ursprünglichen Ausgangsbedingungen eines bestimmten Vorganges nicht wiederherstellen, denn die menschliche Geschichte steht von Anfang an unter dem Gesetz des Fortschritts. Hier haben daher die Verläufe und Prozesse ihren Anfang, ihre Fortsetzung und ihre Vollendung. In unserem Anwendungsfall ist und bleibt die russische Oktoberrevolution von 1917 die große proletarische Revolution des 20. Jahrhunderts, die den Anfang und Einstieg in eine neue Epoche sozialer Revolution markiert. Sie hat gewaltige Folge- und Fortsetzungsveranstaltungen gezeitigt, darunter – wie sich jetzt immer deutlicher abzeichnet – ihr vielleicht wichtigstes Resultat: die chinesische Volksrevolution nebst dem sich vor unseren Augen abspielenden Aufstieg Chinas zur modernen sozialistischen Großmacht. Als nächstes Etappenziel hat die Partei dort die Herstellung einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ proklamiert. Wenn alles gutgeht, könnten davon auch für die westeuropäische bzw. deutsche sozialistische Bewegung ein Anstoß und eine Chance ausgehen. (...)

Dr. Manfred Höfer, Leipzig

In einer Zeit massiven Sozialabbaus, wo sich erster Widerstand gegen die Profitsteigerung auf Kosten der Armen, Alten und Kranken organisiert, veröffentlichte „Die Rote Fahne“ in ihrer Oktober-Ausgabe einen Artikel, in dem der „RotFuchs“ auf massive Weise angegriffen wird.

Eine wesentliche Ursache für die sozialpolitischen Grausamkeiten der Hundt, Rogowski und Schröder ist das Fehlen der organisierten Gegenwehr. Das Nichtvorhandensein einer massengestützten marxistisch-leninistischen Partei ist in diesem Zusammenhang besonders schmerzhaft.

Deshalb empfinde ich den „DRF“-Artikel zum „RotFuchs“ in dieser Zeit als nicht angemessen und in seiner Wirkung falsch. Der Feind steht nicht links, sondern rechts. Es sollte, wie vereinbart, auf öffentliche Polemik verzichtet werden. Außerdem kann ich mir nicht vorstellen, daß damit die Reihen der KPD zahlenmäßig gestärkt werden. Für mich als Parteiloosen stellt sich die Frage, warum es unter Kommunisten nicht möglich ist, Meinungsverschiedenheiten kameradschaftlich zu klären.

Was den „RotFuchs“ betrifft, wünsche ich mir, daß er sich verstärkt innenpolitischen Themen widmet. Gerade heute, wo die gesamte Journalle des Kapitals den alternativlosen Sozialabbau den Menschen schmackhaft machen möchte, sind die marxistisch-leninistische Analyse und Argumentation gefragt.

Gerd Ullrich, Berlin

Eindrucksvoll, emotional und konstruktiv war m. E. die 2. zentrale Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins am 11. Oktober. Es wurde nicht nur eine ansprechende Bilanz der Arbeit gezogen, sondern auch die zunehmende Wirkung des „RotFuchs“ deutlich gemacht. Sichtbar und spürbar – hier wächst eine über die Zeitung verbundene Gemeinschaft von Kommunisten und Sozialisten heran, die zukunftssträchtig ist. Die Leipziger „RotFuchse“ – fast alle Mitglieder unserer DKP-Gruppe gehören inzwischen mit vielen anderen Genossen der Regionalgruppe des Fördervereins an – werden ihren Beitrag leisten, um die Mitgliederzahl des Vereins und den Kreis der Bezieher der Zeitung zu verdoppeln.

Karl-Heinz Reinhardt, Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig

Der Artikel von Genossen Werner Hoppe zum Hamburger Aufstand (Oktober-RF) ist sehr gut, enthält aber eine m. E. falsche Aussage: „Weg ... zur revolutionären Massenpartei ...“ Ich möchte, gestützt auf unsere Erfahrungen und das Urteil der Klassiker, behaupten, daß eine mit hohem Bewußtsein und Wissen ausgerüstete Partei der Arbeiterklasse, die in der Lage ist, die alte Gesellschaft zu beseitigen und eine neue

zu schaffen, durchzusetzen und zu verteidigen, keine Massenpartei sein kann. (...) Aufgabe der marxistischen Partei ist es, die Masse der Unterdrückten mitzureißen, zu organisieren und zu bilden, die notwendige gesellschaftliche Umwälzung vorzubereiten und zu leiten. Das geht nur mit einer Avantgardepartei.

Nach dem Sieg der neuen Gesellschaftsordnung ist die Schaffung einer Massenpartei zwar möglich, aber nicht sinnvoll. Wenn eine führende Partei zur Massenpartei wird, ist die Mitgliedschaft mit bestimmten Vorteilen verbunden. (...) Es wird immer viele wenig überzeugte, aber laut schreiende Mitläufer und Karrieristen geben, die, wie die Erfahrung bestätigt, das ganze Werk zum Einsturz bringen. Die führende Partei muß deshalb eine relativ kleine Avantgardepartei bleiben. Warum hatte die SED 2,3 Millionen nominelle Mitglieder und Kandidaten?

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Ich zitiere aus einem Briefwechsel zwischen dem bekannten, 1966 verstorbenen Künstler Prof. Otto Pankok und mir, der während des Vietnamkrieges stattfand:

„Das Böse – bisher im Zaum gehalten, ist heute losgelassen ... Die Welt treibt höllenwärts!“

Arthur K. Führer, Bottrop

(...) Was dieses Land dringlichst braucht, ist etwas ganz anderes als eine sich selbst aufgebende, sich selbst zerstörende PDS, der offenbar nicht mehr zu helfen ist, weil die Oberen es nicht wollen und die anderen nicht gegen sie ankommen, es z. T. auch gar nicht versuchen, und das aus den unterschiedlichsten Gründen. Hoffentlich, dreimal hoffentlich siegen diesmal Einsicht, Vernunft und gegenseitige Toleranz unter den Linken über Meinungsverschiedenheiten, Vorbehalte, gegenseitiges Mißtrauen und kleinliche Rechthaberei. Hoffentlich, denn die Verantwortung ist riesengroß, und die Zeit drängt. (...)

Gerhard Wetzels, Berlin

Der Beitrag „Im Spiegel der 10 Gebote. Ist das Abendland eigentlich christlich?“ des evangelisch-lutherischen Theologen Peter Franz fand neben anderen Artikeln mein Interesse. Ich darf dem Autor dazu gratulieren und freue mich bereits jetzt auf die Fortsetzung. Ich nehme die Serie auch zum Anlaß, etwas zu Christentum und marxistischem Kommunismus anzumerken. Aufgrund des Marx-Wortes „Religion ist Opium für das Volk“ konnten Sozialrevolutionäre wie Jesus von Nazareth und Che Guevara nicht zusammen kämpfen, im übertragenen Sinn. Dies sah zeitweilig durch die sogenannte Befreiungstheologie von Frei B. in Südamerika ganz anders aus und stellte eine große Gefahr für die Kurie in Rom dar. Diese hat dann letztendlich der gefährlich „unheiligen Allianz“ aus christlichem Kommunismus den Garau gemacht, wobei ihr fast jedes Mittel recht war!

Ganz besonders für Süd- und Mittelamerika (einschließlich Mexikos) wäre jedoch eine solche neuerliche Allianz eine wünschenswerte Sache. Religion in Gestalt einer selbstherrlichen reichen Kirche mit Alleinvertretungsanspruch für alle Glaubensfragen kann nicht im Sinne des HERRN sein, wobei ich allein als HERRN jenen bewußten jüdischen Sozialrevolutionär gelten lasse, dessen Meinung zum momentanen eskalierenden Palästina-Problem mich sehr interessieren würde! Für mich ist die Bergpredigt so viel wie das kommunistische Manifest von Marx und Engels. (...)

Ich plädiere vorerst für eine neue christlich-revolutionäre Vereinigung der Bergprediger, die ihren Ausgang vielleicht in Nikaragua nehmen wird, wo wir vorhaben, eine linke Aussteiger- bzw. Einsteiger-Kommune zu gründen.

Frank-Reginald Evertz, Managua

Ich erhielt ein Probeexemplar des RF und habe mit Interesse die Beiträge gelesen. Besonders interessierte mich die Serie über das Christentum und die Einhaltung der christlichen Gebote

te durch solche, die sich Christen nennen. Man denke nur an das 6. Gebot, und es fallen einem viele Namen ein. (...) Doch das ist nicht mein Problem. Mich beschäftigt seit der sogenannten Wende die militante Rückkehr des Klerus in die Politik und die Überhandnahme der Religionen bzw. der hinter ihnen stehenden Kirchen, die um noch mehr Einfluß in der Politik ringen. Dem steht eine nur geringe materialistische bzw. atheistische Aufklärung gegenüber.

Lese ich das neue Programm der PDS, die „an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden“ ist, so verschimmen hier der notwendige Schulterschuß mit allen auch religiös gebundenen Menschen, die Kriege oder diese Gesellschaft ablehnen, mit einer fehlenden Abgrenzung von dem, was Religion und die dahinter stehenden Kirchen bedeuten. (...)

Wenn Länder wie Polen und Portugal vehement die Aufnahme (ihres christlichen) Gottes in die europäische Verfassung fordern, so ist das für mich der Versuch einer Rückkehr in Vor-Aufklärungs-Zeiten (des 19. Jahrhunderts).

Gerhard Rosenberg, Berlin

„RotFuchs“ zeichnet sich dadurch aus, daß er optimistisch ist, von Erfolgen und Aktivitäten berichtet, und nicht in das bekannte Gejammer der Linken verfällt. Wie sollen Kommunisten wieder da sein, wenn sich die Linke revisionistisch und pazifistisch verhält? Aus dieser Lethargie kann kein revolutionärer Mut wachsen! Leidenschaft und Zuversicht sind Voraussetzung, daß Kommunisten ernst genommen werden, daß ihre Aura auf die unzufriedenen Massen positiv ausstrahlt, so daß die Unterdrückten und Beleidigten Hoffnung schöpfen können und Erfolge wieder sichtbar werden.

Dieter Schütt, Hamburg

Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) erregte mit seiner Äußerung über die ewig jammernden und weinerlichen Ostdeutschen öffentliches Aufsehen und Ärgernis. Dabei ist „Schmidt-Schnauze“ für solche Sprechkanonaden eigentlich bekannt, vielleicht rührt das noch von seinen Gewohnheiten als Offizier der deutschen Wehrmacht her.

Inzwischen werden immer mehr Medienstimmen laut, daß Schmidt so unrecht nicht habe, nur beträfe seine Wertung die Deutschen in Ost und West gleichermaßen. (...)

Wenn man die Sache aber gründlicher und vor allem politisch betrachtet, wird deutlich, daß vielmehr das deutsche Großkapital, die Bosse der Wirtschaft und Banken jammernd und klagen, weil ihnen der Profit, Renditen und Dividenden nicht hoch genug sind. Wenn man sie hört, dann müßten sie kurz vor dem existentiellen Abgrund stehen und auf Spenden angewiesen sein. Dafür sorgt dann auch „die Politik“ mit dem Wetteifern um das perfekteste „Sparpaket“, mit dem die „Arbeitnehmer“ und die Schwächsten der Gesellschaft immer mehr geschröpft, die Reichen aber großzügig beschenkt werden. Die Paketschnürer sind sich ihres Lebens sicher, haben ihre Lobbys, zehren von der Gunst der Mächtigen, um selbst Macht zu kosten. Für die Masse der Bürger haben sie dann den Bibelspruch: „Selig sind die, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit, denn sie werden gesättigt werden.“ Das spricht sich gut, wenn man satt ist. **Günter Stedten, Berlin**

Aus Marx' „Lohnarbeit und Kapital“ stammt der denkwürdige Satz: „Wenn die ganze Klasse der Lohnarbeiter durch die Maschinerie vernichtet würde, wie schrecklich für das Kapital, das ohne Lohnarbeit aufhört, Kapital zu sein.“ Ich habe den Eindruck, daß bislang niemand die Mühe auf sich genommen hat, diesen Satz einmal konsequent zu Ende zu denken. Abgesehen davon, daß er auch seinem Wortlaut nach nichts an Aktualität verloren hat, bedeutet er generell, daß ohne gesellschaftlich produktive Arbeit das Kapital aufhört, Kapital zu sein. (...) Auf jeden Fall erzielt man ein denkwürdiges, zumindest aber ein des Nachdenkens würdiges Resultat, wenn man diese Quintessenz auf die Realität projiziert. Ökonomische Effizienz bemißt sich

nicht am Kommerz, sondern am produktiven – unter bürgerlichen Verhältnissen wertschöpfenden – Charakter der Arbeit. Aber längst nicht alle Arbeit ist wertschöpfend. Hat man nicht einen gänzlichen Verlust an Realitätssinn zu beklagen, kommt man geradezu zwangsläufig zu dem Schluß, daß wir uns in einem Prozeß befinden, in dem es nicht mehr nur um die Vernichtung von Arbeitsplätzen geht, sondern um die Vernichtung der gesellschaftlichen Arbeit und folglich des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Mit anderen Worten: Das Kapital frißt sich selbst auf, indem es seine Existenzgrundlagen vernichtet.

Rolf Bullerjahn, Berlin

(...) Das verheerende Ergebnis der Anti-Sozialpolitik der Bundesregierung, die eng mit der Unkenntnis der Verhältnisse in den östlichen Bundesländern verknüpft ist, hat den Schwarzen einen erheblichen Machtzuwachs eingebracht, abgesehen von Anwachsen der Nichtwählerschaft. Die Konservativen werden die nächste Bundestagswahl gewinnen. Reaktionäre und Besserverdienende zerschlagen dann die Reste des Sozialsystems in Deutschland. Erkennen die Wähler das denn nicht? Begreifen sie nicht, was Leute wie die Dame Merkel im Schilde führen? Der deutsche Michel mit seiner Schlafzupfelmütze zeigt wieder einmal seine verhängnisvolle politische Unmündigkeit. Er entscheidet sich für das angeblich kleinere „Übel“. (...) Hatten wir das nicht schon einmal?

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Wäre der „Sozialstaat“ BRD auch zur Zeit der Existenz der DDR geopfert worden? Eindeutig nein! Sowohl die Wirtschaft als auch die Politik der BRD mußten sozialpolitische und wirtschaftliche Erfolge der DDR berücksichtigen. Die heutige BRD braucht kein „Schaufenster“ dieser Art mehr! Da es die DDR nicht mehr gibt, werden auch die „Auslagen“ nicht mehr benötigt. Hemmungslose Profitgier, ständig größere Ausschüttung von Gewinnen an Aktionäre zeichnen die Gegenwart. Immer mehr Wirtschaftszweige verlagern ihre Produktionsstätten in Billiglohnländer, Großverdiener ihren Wohnsitz in steuergünstigere Staaten. Anstatt gegen diese Steuerflüchtlinge vorzugehen, sollen die Defizite durch drastische Einschnitte bei den Arbeitslosen, chronisch Kranken und Rentnern ausgeglichen werden. Die Politiker haben sicher keinen Kontakt mit Familien, die mit weniger als 800 Euro im Monat auskommen müssen. Warum werden Wirtschaftskonzernen Milliarden geschenkt? Wird die BRD tatsächlich von den Konzernen geführt, nicht aber vom Bundestag und vom Bundeskanzler? Wenn ja, dann hätte Karl Marx mit seiner Einschätzung des Kapitalismus mehr als recht!

Peter Oldenburg, Schwerin

Wir trauern um unseren langjährigen treuen Leserbriefschreiber, den Kommunisten und Ingenieur für Verkehrstechnik

Joachim Kaschig

aus Berlin-Reinickendorf.

Wie wir erst kürzlich von der Familie erfahren, starb er bereits im Mai 2003.

Um so geschmackloser ist es, daß ein anonymes „Leserbriefschreiber“ unter Mißbrauch des Namens unseres Genossen Kaschig am 15. Oktober 2003 ein durchsichtig-feindseliges Elaborat geschickt hat, dessen trübe Absichten aber sofort erkannt wurden.



Götterwechsel am Hindukusch

Grafik: Klaus Parche

Große Jahresabschluß- veranstaltung der Berliner Regionalgruppe

**am 19. Dezember,
um 16.00 Uhr,**

im Blauen Salon des alten
ND-Gebäudes am
Franz Mehring-Platz

Es spricht und diskutiert mit
uns der Kundschafter des
Friedens

Rainer Rupp

Sein Thema lautet:
**Die USA im kalten
und im heißen Krieg.**

Zuvor spielt für uns das
ukrainische „Duo Karpa-
tika“ Die jungen Künstler
bieten Musikstücke ihrer
Heimat sowie russische
und sowjetische Weisen.

Am 8. Dezember begeht der
verdiente Kommunist

Eberhard Bock

aus Berlin

seinen **90.** Geburtstag

Er hat unsere Zeitschrift
durch zahlreiche Überset-
zungen aus dem Russischen
bereichert und bewältigt
noch heute ein strammes
Tagespensum. Wir gratulie-
ren ihm herzlich und wün-
schen ihm weiterhin Kraft
und Lebensmut.

Redaktion und Vereinsvorstand danken allen Lesern, die dem „RotFuchs“ im Jahr 2003 ideell und materiell die Treue gehalten haben. Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen ruhige Feiertage und ein kampferfülltes neues Jahr!

I M P R E S S U M

**Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.**

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der **20.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Frank Mühlefeldt
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph

Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel
Bruni Büdler
Bernd Koletzki